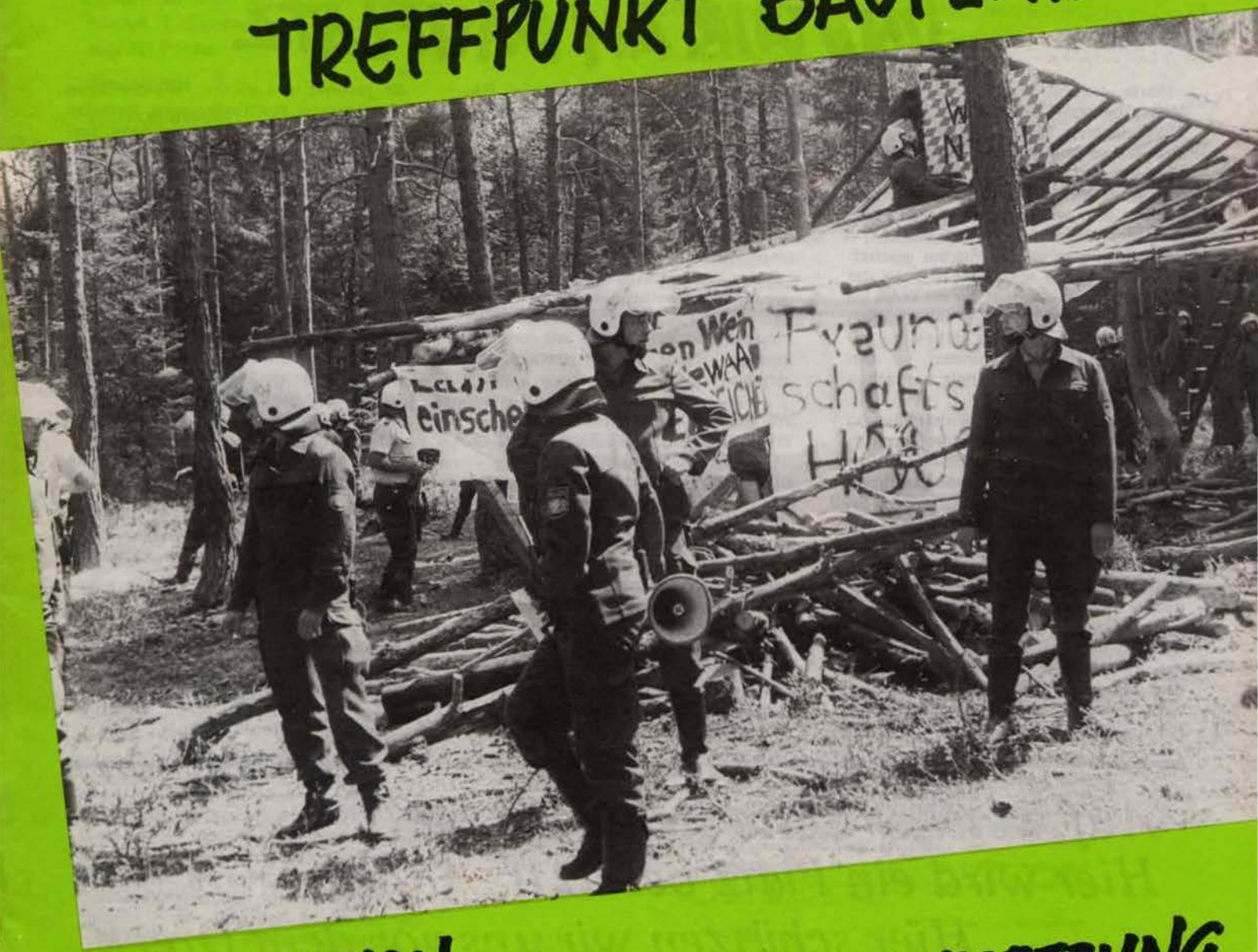
RadiAktiv

bayerisches Anti Atom Magazin

Ausgabe 4/1985 3,– DM

AB SOFORT MIT RODUNG RECHNEN!
-1.TEILERRICHTUNGSGENEHMIGUNG ERTEILT!
TREFFPUNKT BAUPLATZ!



DOKUMENTATION DER ERSTEN PLATZBESETZUNG 12.OKT. GROSSDEMONSTRATION

HEUTE, 26.9.
1. TEG BEKANNTGEWORDEN
MIT RODUNG MUSS TÄGLICH GERECHNET WERDEN
BEI RODUNGSBEGINN SIND WIR AM BAUPLATZ

Heute, am 26. 9. 1985, wurde gegen Mittag bekannt, daß Morgen, am 27. 9. 1985, die erste TEG erteilt werden wird. Das Umweltministerium bestätigte die Meldung und bekräftigte, daß die TEG mit sofortiger Vollziehbarbarkeit ausgerüstet sein wird, so daß Klagen keine aufschiebende Wirkung haben werden.

Es sollen also wieder Fakten geschaffen werden. Wie schon oft oft, seit das Genehmigungsverfahren für die WAA im Gange ist – nur mit dem Unterschied, daß dieses Mal, wenn sie erst einmal anfangen zu roden, zumindest für den Wald nichts mehr rückgängig zu machen ist.

Wenn die bayerische Landesregierung sich bei dem Genehmigungsverfahren an die gesetzlichen Erfordernisse und Vorschriften gehalten hätte, wäre nach den Mängeln des vom TÜV genehmigten Sicherheitsberichts der DWK erstens ein neues Öffentlichkeitsverfahren fällig und zweitens wäre eine Erteilung der ersten TEG wegen der Begutachtung dieser Mängel frühestens in zwei Jahren möglich – wenn überhaupt.

Die da oben zeigen uns ganz deutlich, daß sie gar nicht daran denken, sich an den Rechtsweg zu halten – sie werden, wenn es sein muß, notfalls auch über Gesetze hinwegtrampeln, so, wie sie uns mit ihren Polizeistiefeln bei der Räumung des besetzten Platzes getreten haben.

Spätestens ab sofort gilt für uns, daß wir uns nicht mehr von denen da oben vorschreiben lassen können, was Recht und Unrecht ist, sondern daß wir unseren Widerstand nach **unserem** Rechtsempfinden ausrichten müssen.

Daran werden uns auch ihre Drohungen und Diffamierungen nicht hindern können. Auch durch die Gewalt ihres Polizeiapparates werden wir uns von unserem Recht auf Widerstand nicht abhalten lassen.

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT. BEI RODUNGSBEGINN GILT: TREFFPUNKT BAUPLATZ

Bitte sorgt dafür, daß Ihr Eure Anfahrt so flexibel organisiert, daß ihr auch kurzfristig in der Lage seid, am 12. Oktober anstatt nach München nach Wackersdorf an den Bauplatz zu fahren, wenn, wie befürchtet werden muß, die Rodungen noch vor der geplanten Großdemo stattfinden werden.

Sagt bitte im Münchener Koordinierungsbüro (Tel. 089/4 48 48 10) Bescheid, wie und mit wievielen Leuten ihr ca. rechnet und ob ihr, falls die Demo am Bauplatz stattfinden wird, Hilfe benötigt bei der Umorganisierung (bei Zugfahrt z. B. Bereitstellung von Bussen)).

Falls bis zur Großdemo die Rodungen noch nicht begonnen haben, ist lt. gewöhnlich gut unterrichteter Kreise zu befürchten, daß es direkt am Montag nach der Großdemo losgehen soll. Für alle, die die Möglichkeit haben, noch bis Montag da zu bleiben, sollten sich das möglichst überlegen. Eine massenhafte Begleitung des Bauwagens von München nach Wackersdorf, wo er „rechtzeitig" am Montag eintreffen soll, wäre toll – und wir wären am Montag dann gleich vor Ort.

Alle, die sich immer noch nicht in die Telefonkette eingetragen haben, haben hiermit die letzte Gelegenheit:

BIWAK-Büro: Tel. 0941/5 55 55
Anti-WAA-Büro SAD:
Tel. 09431/2 07 59

Viel Kraft und Spaß bei der Vollmobilisierung. Und vergeßt nicht die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegungen: Wir werden uns von nichts und niemanden das Recht nehmen lassen, direkt am Bauplatz zu demonstrieren!!

Auf welcher Seite stehst Du, he?
Hier wird ein Platz besetzt!
Hier schützen wir uns vor dem Dreck,
nicht morgen, sondern jetzt!

IMPRESSUM

Herausgeber:
LAKO – Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen

Redaktion:
NIGA – Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen

Bestellungen:
NIGA c/o Anita Aschenbrenner
Keßlerplatz 15
8500 Nürnberg 20
Konto: Postscheckkonto Nürnberg
Anita Aschenbrenner
(Sonderkonto)
Kto.Nr.: 113237-850

Ein Jahresabo (5 Ausgaben) kostet incl. Porto 20 DM. Ein Förderabo kostet 30 DM. Ab 5 Exemplaren kostet 1 Exemplar 2,50 DM zuzüglich Porto.

Einzelpreis 3,–

Auflagenhöhe:

Ausgabe 4/1985

V.i.S.d.P.: Anita Aschenbrenner, Marga Schmidt, Christian Bothe

INHALT

WAA nur durchsetzbar in einer Demokratur 4

Nachbereitung der Platzbesetzung durch die Polizei 6

Bei der SPD – für jeden etwas dabei 8

Großdemo 12. 10. 9

Widerstand oder Wahlkampf 11

Erste WAA-Platzbesetzung 13

Ein ganzer Landkreis im Computer 23

Studie zu Atommülltransporten durch Nürnberg 25

Ein Atomarbeiter packt aus 27

TÜV genehmigt unzureichenden Sicherheitsbericht 28

Atomwaffen made in Germany 31

Geschichte des deutschen Atomprogramms 39

Interview mit „MZ"-Redakteur Otto 42

Ende des OHU-2-Prozesses 43

Gedanken ... Ideen ... Diskussion 45

Kontaktadressen 47

Ein Manko der RadiAktiv scheint mir die fehlende direkte Auseinandersetzung über die Differenzen in der Anti-WAA-Bewegung, wie sie anläßlich der Bauplatzbesetzung z. B. hochkommen. Ein Vorschlag dazu: Wie wäre es damit, ein paar feste, vom „Rest" der Zeitung klar abgetrennte Seiten zum Thema „Meinungsverschiedenheiten" einzurichten, auf denen politische Beiträge (nicht persönliche Diffamierungen!) abgedruckt würden. Wir hätten da jedenfalls einen, nämlich die beiliegenden Thesen, die wir Euch bitten würden, abzudrucken!

Initiative Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO!, Regensburg

RadiAktiv · In eigener Sache

Wir haben in letzter Zeit viele Leserbriefe und Anregungen bekommen – vielen Dank. Damit nicht nur wir davon profitieren, haben wir uns entschlossen, eine Diskussionsseite einzurichten. Also schreibt – wir würden uns freuen.

Leider gibt's noch einen Punkt, der uns Sorgen macht: die mangelnde Zahlungszuverlässigkeit vieler RADI-Bezieher/innen. Wir haben über 7 000 DM Außenstände. Wir bitten Euch dringendst, Eure Schulden zu begleichen. **Achtung – neue Konto-Nummer.**

!

Anita Aschenbrenner
Sonderkonto
113237-850

RADIs, die Ihr nicht verkauft (und auch nicht bezahlt) habt, schickt bitte an uns zurück.

Lallbela, 17. Juli 1985

Liebe WAA-Gegner!

Mit Freude haben wir die Nachricht von der großen Demonstration gegen die WAA im Februar aufgenommen.

Auch wenn kein direkter Zusammenhang besteht: Auf unsere Art versuchen wir dem Leben und Überleben eine Chance zu geben. Wir haben beispielsweise dieser Tage mit dem Einsetzen der Regenzeit auf unserem 'compound' 9to Bäume und 5oo Agaven gepflanzt. Und bei Euch (uns) sollen eine Million Bäume gefällt werden wegen eines unsinnigen, unökonomischen, gefährlichen großtechnischen Projektes. Das tut weh.

Wir wünschen Euch (uns) viel Erfolg bei den kommenden Aktionen un den Verantwortlichen etwas mehr Einsicht und etwas mehr weniger Starrsinn.

Mit solidarischen Grüßen

Peter Bergesdorff

im Komitee Deutsche Notärzte (Cap Anamour).

WAA – nur durchsetzbar

Und er traut sich doch... „Old Schwurhand" Zimmermann bei seiner Vereidigung als Bundesinnenminister. *Foto: ap*

„Mal muß man sich die Hände dreckig machen, dann muß man sie sich eben waschen!"
(Zimmermann 1962)

Weniger Geld ist mehr Geld

Strauß

und das Bonner Zauberkabinett aktiv in Sachen WAA

Anfang September prangte in allen Zeitungen eine kleine Schlagzeile: „Geringe Zuschüsse für die WAA Wackersdorf?" oder ähnliches. Die meisten Leser/innen werden wohl gestutzt haben – wäre es doch auch eine ganz und gar gegenläufige politische Tendenz! Aber nein, es ist natürlich nur Volksverdummung – wie immer eben.

Der Trick läuft so: Von der bisher angenommenen staatlichen Investitionszulage von 600 Millionen DM will Bonn nur 320 Millionen DM zuschießen. Im Gegenzug darf nun aber auch auf regionale Investitionszulagen zurückgegriffen werden. Bisher war nur eines von beiden möglich. Es käme also noch eine zehnprozentige Regionalzulage dazu, was bei geschätzten Investitionskosten von 6 bis 10 Milliarden DM immerhin 600 Millionen bis 1 Milliarde DM bedeutet. Herr Strauß, das ist ja eine ganz nette Summe, die Sie hier für die DWK bereithalten – da wollte wohl Herr Albrecht nicht mehr so recht mithalten, wie?

Tja, um die WAA in die Finger zu bekommen, muß man es sich ganz schön etwas kosten lassen – pardon, ich meine natürlich, daß unser Landesvater großen Wert darauf legt, ein paar strahlend saubere Arbeitsplätze für sein Volk zu ergattern und keinen noch so astronomischen Preis dabei scheut. Ach ja, fast hätte ich vergessen, daß es auch wohl eine Forschungszulage gibt in (für uns zumindest) unbekannter Höhe. Übrigens ist es dem Finanzminsterium wichtig, darauf hinzuweisen, daß das Gesetz nicht gezielt auf „Wackersdorf" zugeschnitten sei, sondern daß es generell einen Anreiz für arbeitsbeschaffende Investitionen bieten soll.

Wie unabhängig diese gesetzlichen Veränderungen von der WAA sind, macht noch eine weitere zusätzlich geschaffene Finanzquelle deutlich: Falls die Kosten für die WAA die 9,6 Milliarden-Grenze überschreiten sollte, kommt eine weitere Staatshilfe hinzu, die nach heutigem Recht nicht vorgesehen ist.

Nachdem die WAA in der BRD das Projekt mit der höchsten Investition darstellt, kann diese Bestimmung nur und ausschließlich auf die WAA abgestimmt sein. Außerdem zeigt dies ganz deutlich, daß die Herren selbst bereits jetzt schon davon ausgehen, daß die WAA **mindestens** 10 Milliarden DM kosten wird! (MZ, TAZ, 4. 9. 1985)

Ach ja, da hätten wir ja auch noch einen etwas indirekten Zuschuß: Die Sonderabschreibungen für im Zonenrandgebiet errichtete Gebäude werden von 40 % auf 50 % erhöht. Der bayerische Finanzstaatssekretär Albert Meyer hatte diese Forderung gegenüber dem Bund mit besonderem Nachdruck verfolgt und es schließlich in der Sommerpause durchgesetzt. Unterm Strich geht's ja immerhin um 1 Milliarde DM haben oder nicht haben. (SZ, 21. 8. 1985)

Allmählich wird immer verständlicher, warum die am 18. 7. 1985 neugegründete Wackersdorfer Tochter der DWK, nur mit einem lächerlicher Stammkapital von 100 000 DM ausgestattet worden ist.

WAA – nur durchsetzbar in einer Demokratiur

Der Leiter der Münchner Staatskanzlei, Stoiber (CSU), fürchtet „falsche Urteile" durch Richter (wir berichteten im letzten RADI-AKTIV) und möchte deswegen mit „Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt" gegen aufmüpfige Richter vorgehen – dafür gibt es jedoch noch keine Rechtsgrundlage. Doch daß es hier nicht nur um eine vereinzelte Stimme geht, die solche Korrekturen der Richter fordert, sondern allerhöchstens Stellen, macht spätestens jetzt Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) deutlich: Er sprach von der Gefahr, daß die Rechtssprechung in der BRD politisiert werden könnte. „Wir müssen aufpassen, daß demokratisch legitimierte Entscheidungen auf diese Weise nicht ausgehöhlt werden und daß Gewaltanwendung als zulässiges Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht hoffähig gemacht wird." (SZ, 18.9.85)

Demgegenüber müssen wir aufpassen, daß nicht eines Tages wir uns in der Situation befinden, in der bereits allein die WAA-/AKW-Gegnerschaft als Gewalt gegen den Rechtsstaat ausgelegt wird, nachdem ja heute bereits teilweise das Sitzen als Gewalt definiert wird.

Geld schadet dem Gedächtnis

Seit Juli sorgt die zu erwartende Gewerbesteuer, falls die WAA in Betrieb gehen sollte, für ein Gerangel zwischen Wackersdorf, Bodenwöhr, Schwandorf und Neunburg vorm Wald. Die möglichen 30 Millionen sind natürlich auch kein Pappenstiel, da werden sogar mögliche Parteiaustritte (CSU) in die WAAgschale geworfen. Vergessen sind da auch schnell die Aussagen, die noch vor drei Jahren zum Bau einer WAA gemacht wurden. Damals stimmte der Schwandorfer Stadtrat mehrheitlich gegen die WAA, Neunburg vorm Wald lehnte den Standort Wackersdorf wegen Gefahren für das Grundwasser ab, Bodenwöhr stimmte dem Bau nur zu, „wenn die Endlagerung gesichert sei" und selbst der immer wieder als Befürworter zitierte Wackersdorfer Gemeinderat machte ein sicheres Endlager zur Bedingung. Von einem sicheren Endlager kann keine Rede sein . . .

Zudem paßt es der Bayerischen Staatsregierung sicher gut in den Kram, daß sich damit sogar WAA-Gegner in eine zwiespältige Position begeben und ihre Energie vom WAA-Widerstand abziehen lassen.

in einer Demokratur

Und immer mehr Arbeitslose ...

Auf den ersten Blick verständlich, daß sich die Oberpfälzer Firmen für die Aufträge einsetzen – ein bißchen bleibt immer für die eigene Tasche. Wer allerdings die Situation auf dem Oberpfälzer Arbeitsmarkt kennt und beobachtet, kann das scheinheilige Gerede der Betreiber und der bayerischen Staatsregierung um ihre Arbeitsplatzbemühungen schon lange nicht mehr ertragen. Um die 10 Milliarden-Anlage durchzusetzen, ist ihnen jede Lüge recht.

Die neuesten
Arbeitsplatzverluste
in der Mittleren Oberpfalz

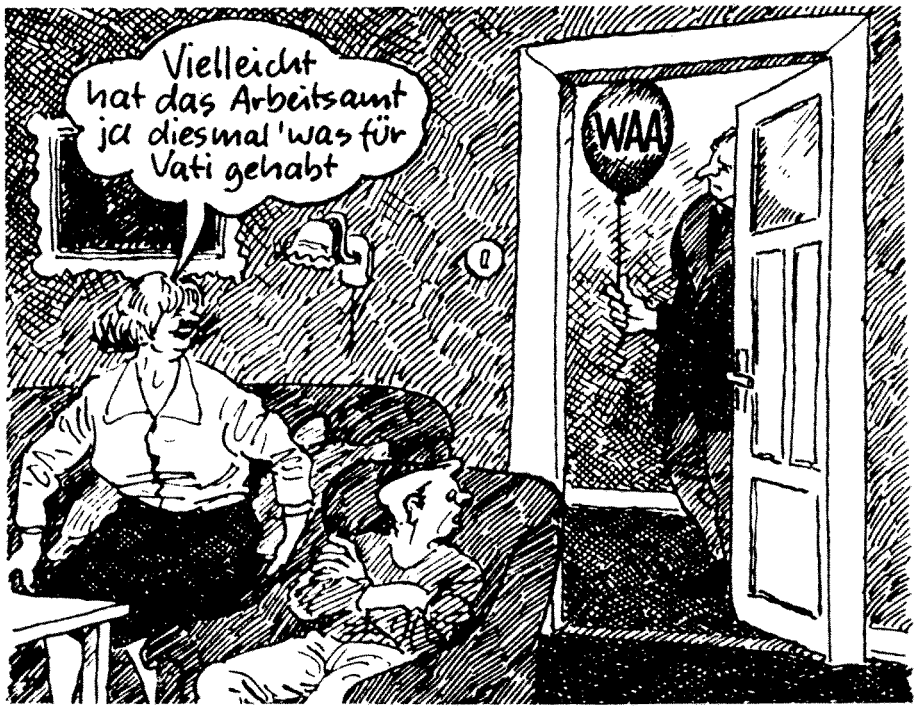
Luitpoldhütte Amberg
Der Bund hat seinen Aktienanteil von 51% an die Harlberg-Hütte in Saarbrücken-Brebach verkauft (Tochter des frz. Konzerns Pont-a-Mousson und der Gruppe Saint Gobain gehört, deren Nuklearabteilung am Bau der WAA mitbeauftragt ist.)
Durch Umstrukturierung (Stillegung Kunststoffguß, Rohrguß verlagert nach Brebach) – 450 Arbeitsplätze

Maxhütte Sulzbach-Rosenberg und Maxhütte-Haidhof beabsichtigt, Kaltwalzwerk Haidhof an die Konzernmutter Klöckner zu verkaufen mit dem Ziel der Stillegung – 700 Arbeitsplätze
(evtl. Hintergrund: Zum Klöckner-Konzern gehört auch die stark stillegungsbedrohte Georgsmarienhütte/Niedersachsen; evtl. Kompensation zugunsten von Niedersachsen dafür, daß die WAA nach Bayern kommt)

Bahnbetriebswerke in Schwandorf und Weiden werden zum 31.12.1985 aufgelöst
SAD – 450 Arbeitsplätze
WEN – 350 Arbeitsplätze

Die Zahl der Arbeitsplätze, die damit verlorengehen wird, ist höher als das Maximum an Arbeitsplätzen, das die WAA bringen kann.
Da es sich auch um staatliche Betriebe/Maßnahmen handelt, dürfen wir fragen, wie es noch vertretbar erscheint, Steuergelder (allein die Zonenrandförderung wird über 600 Mill. betragen) unter arbeitsmarktpolitischen Vorwänden in den Bau der WAA zu stecken.

– Immerhin haben sich die Verluste der DWK seit ihrer Gründung vor zehn Jahren auf eine **MILLIARDE** angehäuft (MZ, 30. 7. 1985)



Bauaufträge an Firmen aus der Region

- Herrmann Obertshauser
  Schlosserei
  St. Birkenhöhe
  8418 Maxhütte-Haidhof
- Scharfmetall
  Industriegebiet Nord
  8464 Wackersdorf
- Schmidt-Bräu
  Brauerei und Gaststätte
  Marktplatz 8
  8460 Schwandorf
- Anton Schömberger
  KG-Stahlbau
  8472 Wölsendorf
- G. Ellert – Bauunternehmer
  8465 Bodenwöhr
- Hornik Metallbau GmbH
  Regensburger Str. 71
  8460 Schwandorf
- Ferro-Metallbau
  Stahltore-Stahlbau
  8464 Wackersdorf

Augenwischerei !
Aufträge für die Region – aber wohin geht das Geld?

Im August wurden die ersten Großaufträge zur Errichtung der WAA vergeben. Scheinbar ein großer Batzen fiel dabei nach Badenwöhr – Rodung und Erdaushub für 13 Millionen Mark (angesichts einer 10-Milliarden-Anlage eher ein Brosamen). Die Firma Ellert aus Bodenwöhr ist mit ihren 150 Arbeitskräften hauptsächlich auf Tiefbau spezialisiert. Zudem beschäftigt sie keine gelernten Holzhauer und das Zerkleinern der Wurzelstöcke ist in der Gegend gänzlich unüblich. Beides aber ist in der Rodungsausschreibung des von der DWK eingesetzten Konsortiums um die KWU verankert und von der Firma selbst nicht zu leisten. Bleibt die Frage, wo Ellert die Maschinen und die Arbeiter herbekommt – das befragte Forstamt Bodenwöhr zum Beispiel! hat die Arbeiten abgelehnt. Bleibt auch die Frage, wieviel von den 13 Millionen wirklich in der Region bleiben wird. Übrigens war sich Gustav Ellert, laut Zeitungsberichten, schon vor einem Jahr sicher, daß er den Rodungsauftrag bekommen würde – dabei haben doch Strauß und Albrecht erst Anfang dieses Jahres das Knobelspiel (für die Öffentlichkeit) durchgeführt.

Auch die Brauerei Schmidt-Bräu kann auf eine gute Zusammenarbeit mit der DWK setzen, immerhin hat es ihr jetzt den Auftrag für die Baukantine eingebracht, daß sie schon vor Jahren einen Gestattungsvertrag mit dem Bayernwerk abschloß, der es der DWK ermöglicht, ihre Abwasserleitungen von der WAA zur Naab durch das Gelände der Brauerei zu legen. Allerdings sind 300 Mittagessen für ein Unternehmen wie Patrizier/Quelle, der die Schmidtbräu gehört, kaum der Rede wert.

Auch für die Zaunanlagen fand sich eine Gemeinschaft einheimischer Firmen, in der auch das Unternehmen A. Schönbergers (Vorstandsmitglied der Handwerkskammer) vertreten ist.

Diffamierung, Hetze:

„Nachbereitung" der Platzbesetzung durch

In den letzten Monaten vor der ersten Platzbesetzung wurde seitens der Polizei immer wieder in der Öffentlichkeit auf „Erkenntnisse" verwiesen, daß sich eine RAF SÜD gebildet hat, die sich in den WAA-Widerstand zentral eingeklinkt hat – und nicht zu vergessen unsere Großdemonstration am 16. 2. 1985 in Schwandorf, von der unser Umweltschmutz-Minister Dick wußte, daß der größte Teil der Demonstranten von auswärts angereist sei und Waldenfels, der Sprecher der neugeschaffenen „Koordinierungsgruppe WAA" von „Berufsdemonstranten" sprach. Damit machten sie sich zwar total lächerlich, aber das Ziel all dieser Äußerungen ist darauf ausgerichtet, jegliche weitergehenden Aktionen bereits im Vorfeld in der Öffentlichkeit zu isolieren und diffamieren.

Dies ist ihnen für die erste Platzbesetzung nicht gelungen, stattdessen hat ein großer Teil der Bevölkerung mit den Platzbesetzern sympathisiert, nicht zuletzt wegen des brutalen Polizeieinsatzes.

Im Rahmen der Polizeistrategie gedacht, ist dieser Einsatz nach hinten losgegangen, denn bei vielen BI-Mitgliedern ist jetzt das Gefühl da, „das nächste Mal bin ich auch dabei". Da gilt es für die Polizei gegensteuern.

Und schon gab es Ende August eine dubiose, schlagzeilenmäßig aufbereitete Sensationsstory in den örtlichen Zeitungen über einen vermeintlichen WAA-„Berufsdemonstranten", der in Schwandorf verhaftet worden ist.

Er soll angeblich einen Schäferhund auf einen Passanten und auf Polizeibeamte gehetzt haben. Zum eigentlichen Hergang soll hier nichts gesagt werden, denn da geht die Darstellung in den Zeitungen und die schriftliche Darstellung des Verhafteten auseinander. Klar ist jedoch, daß der Schäferhund mit seinen Welpen einem über jeden Verdacht erhabenen BI-Mitglied gehört und die Hunde sich dort im Hof frei bewegen können – die Hoftüre ist nicht verschlossen, jeder kann die Hunde rauslassen.

Der Zeitungsbericht allein zeigt schon ganz deutlich, daß hier irgendetwas nicht stimmt. Laut Zeitungsbericht hat der Verhaftete ausgesagt, „von Göppingen nach Schwandorf gereist zu sein, um auftragsgemäß hier einen Schäferhund in Empfang zu nehmen, mit dem er zum WAA-Gelände gehen solle. Seine Auftraggeber bzw. die Leute, die ihm den Hund gaben, wollte er jedoch nicht kennen. Das Tier sei speziell abgerichtet für die Teilnahme an Demonstrationen. Aus diesem Grunde habe er es auch nicht zurückgehalten, als es den Passanten anfiel." (MZ, 31. 8. 1985) (Letzteres ist absolut unlogisch – soll er vielleicht bei einer Demonstration die eigenen Leute anfallen?)

Hier ist eindeutig ein Bilderbuch-Berufsdemonstrant beschrieben, wie wir ihn uns vorstellen sollen. Soviel kann man jedoch festhalten: das Tier ist weder auf Demonstrationen abgerichtet (wie soll das überhaupt aussehen) noch wurde es von seinem Besitzer oder anderen Personen an den Verhafteten übergeben. Entweder hat hier der Verhaftete gelogen. Das würde aber bedeuten, daß er wider besseren Wissens falsche Aussagen macht, die ihn selbst belasten – das wiederum würde nur dann einen Sinn machen, wenn er ein Agent-Provokateur wäre, d. h. ein von der Polizei Bezahlter mit dem Ziel, WAA-Gegner in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Diese Methoden sind zwar ungeheuerlich, aber sie werden praktiziert. Dafür gibt es in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung genügend Beispiele.

Die andere Möglichkeit ist, daß der Verhaftete eine andere Aussage gemacht hat als das, was in der Presse veröffentlicht worden ist. (In einem Brief hat er z. B. ausgeführt, daß er das Hoftor öffnete und ihm ein Welpe entgegenlief und die Schäferhündin hinterherkam.)

Das hieße dann, daß die Polizei gezielt die Aussage des Verhafteten gefälscht hat, um ein Bilderbuchbild der zu erwartenden auswärtigen „Berufsdemonstranten" zu zeichnen. Und wie schön reihen sich da die angeblichen Aussagen des Verhafteten ein, der als „Beruf" Demonstrant angegeben haben soll und „keine festen Wohnsitz habe, sondern immer dort sei, wo es größere Demonstrationen gebe, beispielsweise in Frankfurt gegen die Startbahn West, in Mutlangen gegen die Waffenstationierung oder in Schwandorf gegen die WAA."

Diese Ausführungen sind nichts weiter als spekulative Schlußfolgerungen, die aber deutlich machen sollen, wie wichtig es für die BIs ist, solchen Geschichten nachzugehen und Licht in das Dunkel zu bringen. Lassen wir die Sache einfach auf sich beruhen, weil wir „mit so etwas" nicht in Verbindung gebracht werden wollen, dann haben wir eigentlich schon verspielt. Denn wir überlassen denen, die mit **allen Mitteln** die WAA durchsetzen wollen, freiwillig das Feld, auf dem sie durch gezielte Diffamierungen uns und unsere Arbeit in der Öffentlichkeit zu diskreditieren versuchen.

Eine andere Methode, die das planmäßige Vorgehen der Polizei deutlich macht, geht aus der nachfolgenden Presseerklärung des „Dachverbands der Oberpfälzer Bürgerinitiativen" hervor.

Presseerklärung

Richtigstellung bzw. Klarstellung zum Gesprächsangebot des Dachverbandes der Oberpfälzer Bürgerinitiativen an die Polizei

In mehreren Artikeln verschiedener Zeitungen über das Geschehen um die Platzbesetzung auf dem Gelände für die geplante WAA entstand der Eindruck, als ob die Oberpfälzer Bürgerinitiativen der Polizeiführung angeboten hätten, über die Vorgehensweise bei dieser Platzbesetzung und möglichen zukünftigen Aktionen zu sprechen. Daraus könnte der absolut falsche Eindruck entstehen, daß sich die Oberpfälzer Bürgerinitiativen nicht solidarisch mit den Zielen der Platzbesetzer sehen und gleichsam

die Polizei

WAA-Gegner suchen ein „Friedensgespräch"

Offerte an die Polizei

Mehr Toleranz durch Informationstreffen

SCHWANDORF — In ihrem Bemühen, die Konfrontation mit der Polizei nicht noch weiter zu verhärten, haben die Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA dem Polizeipräsidium in Regensburg „Informationsveranstaltungen" angeboten. ·NN· 21.AUG.

In ihrem offenen Br... ...nten die W... Gegner, auf diese ... die ...n emotion... ...stra...

über ihre Köpfe hinweg ein Zusammenspiel mit der Polizei suchen.

Vor einiger Zeit gab es wohl einen sog. „Offenen Brief" der Oberpfälzer Bürgerinitiativen, in dem der Polizei angeboten wurde, in Gesprächen mit den Einsatzbeamten über die Motive des Widerstandes zu sprechen und Informationen über das Gefährdungspotential einer WAA zu liefern, um Verständnis bei den Beamten für die WAA-Gegner zu wecken.

Aber aus verständlichen Gründen können solche Gespräche niemals Einsatzformen der Polizei bei Widerstandsaktionen zum Thema haben. Da nun dieses Gesprächsangebot gerade jetzt und nicht schon zu dem früheren Zeitpunkt als es tatsächlich erfolgte, von der Presse herausgebracht wurde, muß nochmals ausdrücklich betont werden, daß das Gesprächsangebot in keinerlei Zusammenhang mit der am letzten Donnerstag erfolgten Baubesetzung steht und die Oberpfälzer Bürgerinitiativen in keiner Weise gedenken, mit der Polizei etwas über die Widerstandsformen zu diskutieren.

Die Oberpfälzer BIs sind vielmehr der Meinung, daß angesichts der Schwere der Bedrohung unserer schönen Heimat durch die geplante WAA nachdrücklichere Widerstandsformen verständlich sind, weil die DWK und die bayerische Staatsregierung nicht gewillt scheinen, auf noch so zahlreiche und überzeugende Argumente der Gegner der Anlage zu reagieren. Es ist eben leichter und einfacher, mit riesigen Polizeiaufgeboten zu operieren, anstatt sich mit Argumenten objektiv auseinanderzusetzen.

Das SEK „schlimmer als eine Rockerbande"

Schwandorf (mzn). Landrat Hans Schuierer erreichten am Freitag vormittag eine Reihe von Anrufen, in denen besorgte Bürger ihr Entsetzen über den Einsatz des Sondereinsatzkommandos (SEK) aus Nürnberg kundtaten. Während der Bereitschaftspolizei korrektes Verhalten bescheinigt wurde, gab ein Anrufer seinen Eindruck unverblümt wieder. Mitglieder des Sondereinsatzkommandos seien „wie ein Schlägertrupp der Polizei" aufgetreten und „schlimmer als eine Rockerbande über die sitzenden Demonstranten hergefallen".

SEK brutal —

Bereitschaftspolizei „korrekt"?

Richtig ist: Das SEK hat gewütet wie eine Schlägertruppe.
Falsch ist, daß das SEK selbständig gehandelt hat.
Falsch ist auch, daß dem Einsatzleiter Polizeioberrat Fritz Huber das SEK **nicht** unterstellt war.

Richtig ist hingegen, daß das SEK dem Einsatzleiter Huber unterstellt war und er gegenüber dem SEK-Überfällen hätte einschreiten können.

Falsch ist jedoch, auch wenn es immer wieder wiederholt wird (zuletzt 25. 9., MZ), daß die Bereitschaftspolizei sich „korrekt" verhalten habe.
Richtig ist hingegen, daß auch die Bereitschaftspolizei getreten hat

Außerdem haben sie dem SEK den nötigen Schutz für dessen Überfälle geliefert.

Zwei neue

Bepo-Hundertschaften gegen den WAA-Widerstand

SPD stimmte zu

- Im März 1985 gab es einen **einstimmigen** Beschluß der bayerischen Haushaltspolitiker: Wegen dem zu erwartenden Widerstand gegen die WAA wird in diesem und im nächsten Jahr eine Aufstockung von je 130 Bereitschaftspolizisten durchgeführt.
- Die erste Hundertschaft der kasernierten Polizeitruppe, die ursprünglich in Nürnberg stationiert werden sollte, wurde Anfang September in Eichstätt auf die Beine gestellt. Die zweite Hundertschaft für Südbayern wird, voraussichtlich im Frühjahr, in Dachau stationiert.

Die Menschen aus dem WAA-Widerstand danken schon jetzt der SPD für diese knallharte Unterstützung.

Bei der SPD — Für jeden etwas dabei

- **Hiersemann:** „Da insbesondere die Landesregierung für eine WAA in Wackersdorf zuständig sei, sei es auch nicht sicher, ob die SPD bei einem möglichen Bundestagswahlsieg die Anlage, beispielsweise durch eine Absage an Kalkar, aufhalten könne." (MZ, 8. 7. 1985)

- **Zierer, MdL:** Der einfachste Weg zur Verhinderung der WAA sei jedoch eine SPD-Bundestagsregierung 1987, die den Bau der Atomanlagen **mit Sicherheit blockieren** würde, gemäß der klaren Beschlußlage der gesamten SPD zur entsprechenden Novellierung des Atomgesetzes." (MZ, 15. 7. 1985)

Diese beiden konträren Positionen machen deutlich, daß wir uns auf keinen Fall darauf verlassen dürfen, daß die SPD, wäre sie wieder in Regierungsverantwortung, die WAA auch wirklich stoppen würde. Wir müssen in allererster Linie auf unsere eigene Kraft und Stärke setzen, und durch unseren vielfältigen und immer breiter werdenden Widerstand einen so starken politischen Druck erzeugen, daß weder eine CDU-Regierung und erst recht keine SPD-Regierung daran vorbeikommt.

Wie notwendig ein gesundes Mißtrauen gegenüber den etablierten Parteien ist, die ja in Zeiten ihrer Regierungsverantwortung **alle** die WAA auf ihren Fahnen hatten, zeigt auch die Haltung des SPD-Unterbezirksvorsitzenden von Schwandorf/Cham, Zierer: das Thema WAA wird das wichtigste Thema in den nächsten zehn Jahren sein. Aber als Parteivorsitzender müsse er auch darauf achten, daß Mitglieder, die anderer Meinung sind, noch Platz in der Partei finden. „Wir dürfen nicht alles **pro und contra** WAA ausrichten." (MZ, 16.9.85)

Immer schön nach dem Motto, bei uns kann schließlich jeder ... anstatt sich um die parteiinterne Auseinandersetzung zu kümmern und so die Meinungsbildung innerhalb der Partei gegen die WAA zu forcieren. Diese Haltung macht eigentlich sehr deutlich, daß auch führende Teile der SPD die fatalen Auswirkungen der WAA nicht begriffen haben — es ist nicht einfach **irgendeine** gesundheitsgefährendende Industrie, sondern darüber hinaus u. a. auch eine Schlüsseltechnologie zum Atombombenbau. Und wenn hier die SPD ohne massiv auf den parteiinternen Meinungsbildungsprozeß und auch auf einzelne Leute wie z. B. den SPD-Bürgermeister Josef Ebner von Wackersdorf Einfluß zu nehmen, einfach die verschiedenen Meinungen stehen läßt, dann entspricht dies vom Ausmaß letztendlich der Haltung: naja, die einen sind halt für den Krieg, und viele andere in der Partei nicht, aber bei uns kann ruhig jeder seine Meinung behalten. Wir WAA-Gegner hätten darüber doch gerne mehr Klarheit.

Achtung, Augen auf: Arbeitskreis Energie offensiv

Der ach so unabhängige, mit Flick-Geldern gespeiste Arbeitskreis Energie (AKE) hat jetzt begründet, warum er bisher noch keine größeren Aktivitäten unternommen hat: Er wollte nämlich erst das Konzept des WAA-Koordinierungsausschusses der Staatsregierung abwarten. Jetzt ist es soweit. Im Konzept der Staatsregierung hätten lt. AKE zwar „die wirtschaftlichen Interessen der in der Oberpfalz beheimateten Unternehmen bei der Auftragsvergabe Berücksichtigung gefunden. Der ebenso wichtige Faktor der Öffentlichkeitsarbeit aber sei weitgehend vernachlässigt worden."

Deshalb wurde beschlossen, in der Universitätsstädten Regensburg und Nürnberg und in Niederbayern und der Oberpfalz Informationsveranstaltungen in eigener Regie durchzuführen — u. a. wollen sie darlegen, daß die Arbeiter in Atomanlagen „keine Handlanger für den künftigen Bau von Atombomben" seien.

Sorgen wir dafür, daß sie keinen Fuß auf den Boden bekommen — die Atomlobby hat bereits schon jetzt mehr Forum in den Medien als gut ist.
Und wir werden weiterhin immer wieder betonen: Militärische und zivile Nutzung der Atomenergie sind untrennbar miteinander verbunden.

Großdemonstration am 12. 10.!

Schon seit 1. September ist der Wackersdorf-Bauwagen unterwegs. Er fährt über die deutsche Atommüllstraße und verbindet die ehemals geplanten WAA-Standorte, Atomanlagen und die Betroffenen der Atomenergie. Nach der Demonstration am 12. 10. soll er am geplanten Bauplatz in Wackersdorf als Vorposten der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung dienen. Bis er in Wackersdorf angelangt ist, hat er in über 40 Orten Station gemacht und in Verbindung mit örtlichen Gruppen Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen unterstützt. Ideenreiche und nützliche Geschenke können dabei abgegeben werden, wie z. B. eine Besetzerausrüstung (Lüchow-Dannenberg) oder das Schwein Franz-Josef in Hameln, das dann meistbietend versteigert wurde, da ihm die lange Reise nicht zuzumuten war.

Das **Münchner Koordinationsbüro, Tel. 089/4 48 48 10** hat bislang Anmeldungen von mehreren Sonderzügen (wegen mangelnder Flexibilität nicht zu empfehlen) und einer Vielzahl von Bussen. Zur Unterstützung finden am 12. 10. auch in den österreichischen Bundeshauptstädten Kundgebungen statt.

Die Mobilisierung ist in vollem Gang!

Auf drei Routen zum Königsplatz . . .

. . . oder im Taxöldener Forst

Auf der Kundgebung werden sprechen:

- **eine Vertreterin der BI Schwandorf**
- **Landrat Schuierer**
- **Pfarrer Salzl, Schwandorf**
- **eine Vertreterin des Sommerlagers**
- **eine Vertreterin der bundesweiten ANTI-AKW-Bewegung**
- **Hubert Weinzierl, BN, für den Trägerkreis**

und je ein Redner von Grünen und SPD

wird in der Woche vor dem 12. 10. mit den Rodungsarbeiten begonnen, findet die Demonstration am Baugelände statt – deshalb mit Bussen fahren! Kundgebungsbeginn: 14.00 Uhr.

WIDERSTAND gegen den Bau der WAA

1. Samstag nach Rodungsbeginn:	2. Rodungstag:
Große WAAldbesichtigung Treffpunkt: 14.00 Uhr Bahnhof Altenschwand/ Gaststätte Lorenz	Gewaltfreie Behinderungsaktionen gegen Rodungsarbeiten am WAA-Gelände Treffpunkt: 9.00 Kölbldorf

12.10.1985 DEMONSTRATION IN MÜNCHEN

Auftaktkundgebungen 11^{00}:

OSTBAHNHOF
ACKERMANNSTR. (Olympiagelände)
ROSENKAVALIERPLATZ (Umweltministerium)

Abschlusskundgebung ODEONSPLATZ ab 14^{00}

Stellungnahme der Bürgerinitiativen zur Demonstration am 12. Oktober und dem Beginn der Rodungen im Taxölder Forst

Die am 20./21. September in Amberg versammelten Bürgerinitiativen stellen eine breite bundesweite Mobilisierung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf fest, deren erster Höhepunkt die zehnstündige Besetzung des geplanten Bauplatzes im August war.

Eine weitere Etappe des Widerstandes wird die bundesweite Demonstration am 12. Oktober sein.

Da sich Hinweise verdichten, daß mit den Rodungen im Taxölder Forst schon vor dem 12. Oktober begonnen werden kann, betonen die Bürgerinitiativen die Festlegung des Demonstrationsaufrufes:

1. Die Demonstration ist geplant als politische Kampfansage in München,

   aber

2. „Sollten die Rodungen auf dem Bauplatz in Wackersdorf in der Woche vor dem 12. Oktober beginnen, ruft der Trägerkreis auf, am 12. Oktober zur Demonstration in Wackersdorf zu fahren."
   (Zitat Aufruf des Trägerkreises)

Wir teilen die Meinung des BUND-Vorsitzenden Hubert Weinzierl, der bereits bei der Konstituierung des Trägerkreises am 15.07. in Regensburg unter großem Beifall betont hat, daß in dieser Situation die Entscheidung vor Ort fallen und die Umweltbewegung sich dann nicht fernab vom Geschehen versammeln kann.

Wir rufen deshalb nochmals alle Gruppen auf, **jederzeit** und besonders in der organisatorischen Planung der Demonstration am 12. Oktober darauf vorbereitet zu sein, nach Wackersdorf zu fahren.

Bei der Anreise nach München mit dem Zug müssen mit der Bundesbahn in jedem Falle ein Halt in Nürnberg oder Würzburg vereinbart werden. Gegebenenfalls wird das Koordinationsbüro von diesen Bahnhöfen Busse nach Wackersdorf organisieren. Die Anreise mit dem Bus muß so geplant werden, daß die Busse jederzeit nach Wackersdorf umgeleitet werden können.

Wann die 1. Teilerrichtungsgenehmigung ausgesprochen wird und wann die Rodungsarbeiten beginnen, werden Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreiten. In diesem Falle wird die Information auch über die Telefonkette verbreitet. Bitte informiert Euch und stimmt Euch in jedem Falle (auch bezüglich der Anreise zur Demonstration!) mit dem Münchener Koordinierungsbüro ab:
Telefon 0 89/4 48 48 10!

Gemeinsam haben wir in zehn Jahren 8 geplante Standorte für eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage verhindert. Auch in Wackersdorf haben die Betreiber keine Chance: Unser **gemeinsamer** Widerstand wird auch diesen letzten WAA-Standort verhindern!

ATOMMÜLLKONFERENZ zu Amberg, 21. September 1985

Rodungsbeginn — nix wie hin!

Die Planungen für gemeinsame Aktionen bei Rodungsbeginn konkretisieren sich. Bei verschiedenen Treffen in den letzten Wochen wurde die Basis für ein gemeinsames Vorgehen von Bürgerinitiativen und autonomen Gruppen gefestigt.

Ab dem 2. Rodungstag sollen die Rodungsarbeiten konkret behindert werden. Treffpunkt dafür ist täglich 9.00 — Kölbldorf. Schon jetzt haben sich überall Gruppen getroffen, die ihre Aktionen vorbereiten (Behinderungen aller Art, Anbinden an Bäumen, etc.).

Es ist wichtig, daß möglichst viele Gruppen mit konkreten Vorhaben kommen.

Am **Samstag nach Rodungsbeginn** um 14.00 Uhr Kundgebung am Baugelände.

Das bleibt:

Am 1. **Rodungstag** wird die Telefonkette ausgelöst. Wer noch nicht aufgenommen ist, kann das unter der Telefonnummer 0941/5 55 55 bei der BI-WAK, Regensburg, noch schnell nachholen.

Auf welcher Seite stehst Du, he?
Hier wird ein Platz besetzt!
Hier schützen wir uns vor dem Dreck,
nicht morgen, sondern jetzt!

Das ist neu:

Während der ganzen Rodungswoche kann in der Nähe des Baugeländes gezeltet werden — auf einer Wiese in Hofenstetten.

Zur gemeinsamen Vorbereitung des Samstags nach Rodungsbeginn haben sich „Städtepartnerschaften" zwischen örtlichen BIs und autonomen Gruppen gebildet. Die ersten Treffen haben schon stattgefunden. Partnerschaften bestehen zwischen:

- Erlangen — BI Schwandorf
- München — BIWAK Regensburg
- Autonome Nürnberg — BIs Amberg/Weiden/Bamberg
- Würzburg — Nürnberg — Heilbronn — Bamberg

Diese Gruppen bereiten für den Samstag eine Platzbesetzung vor. Nähere Informationen beim Anti-WAA-Büro, Tel. 09431/2 07 59.

Die neugegründete „Interessensgemeinschaft Bayerische Bauern" (IBB) richtet an die Bundesregierung und an die Bayerische Staatsregierung den Aufruf, alles zu tun, um die WAA überflüssig zu machen.

Dieser Aufruf ergeht im Interesse der von ihr vertretenen Bauern, die von den Auswirkungen dieser Anlage am meisten betroffen sind, aber auch im Interesse der Gesamtbevölkerung.

Er ist umso notwendiger, als der Bauernverband aufgrund seiner parteipolitischen Verflechtungen im Raumordnungsverfahren sich nicht gegen diese Anlage ausgesprochen hat.

Widerstand ja — Wahlkampagnen nein

Widerstand oder Wahlkampf — Intrigen bei der Vorbereitung der Anti-WAA-Demo am 12. 10.

Im Zuge der Vorbereitungen zur Groß-Demo am 12. 10. in München gab es einige Wochen lang Streit um die Redner/innen auf der Abschlußkundgebung. Da der Streit von den Landesfunktionären der Grünen und der SPD in den Trägerkreis getragen wurde und die Methoden die Arbeit erheblich lähmten, halten wir es für notwendig, die Vorgänge hier zu dokumentieren. Als Vorbemerkung sei ausdrücklich betont, daß es sich hier um Machtbestreben der Landesfunktionäre handelt, die **nicht in Abstimmung,** sondern – wie einige Protestschreiben der grünen Basis zeigten – entgegen dem Willen der aktiven Basis liefen.

Zur Geschichte:

Am 15. Juli wurde in Regensburg ein grobes Rednerkonzept beschlossen. Damals einigten sich die Anwesenden auf folgende Gruppen und Personen: BI Schwandorf, Landrat Schuierer, bundesweite Anti-Atom-Bewegung, BUND, DGB, SPD, Grüne und christlicher Widerstand.

Auf den folgenden Trägerkreissitzungen wurden immer wieder Kritik bzw. Änderungswünsche aus den Reihen der Bürgerinitiativen laut. Eine der Ursachen war die Befürchtung, die Abschlußkundgebung würde in einen Wahlkampf entarten, da für die SPD Hiersemann und für die Grünen Rotter sprechen sollten. Zwei Personen, die man zwar in der Anti-AKW- und WAA-Bewegung vermißt, die jedoch die Spitzenmänner bzw. Schlüsselfiguren für die baldigen Landtagswahlen sind.

Am 12. 8. wurde auf der Trägerkreissitzung daraufhin folgender Beschluß gefaßt: „Sobald ein diskutierfähiges Alternativkonzept vorhanden ist, wird nochmals über die Rednerliste beschlossen. Falls keines vorgestellt wird, bleibt die Rednerliste wie bisher."

Vom 10. bis 18. 8. fand bekanntlich das Sommercamp gegen die WAA statt. Um zu zeigen, daß die Demonstration und der Widerstand vor Ort eine Einheit bildet und sich nicht spalten läßt, wurde beschlossen, am Samstag, dem 17.8., in Schwandorf eine Trägerkreissitzung abzuhalten. Diese wurde auf 14 Uhr festgelegt. Aufgrund der aktuellen Ereignisse und vor allem dem nach der brutalen SEK-Räumung beschlossenen Waldspaziergang mit Picknick zur selben Zeit, wurde die Sitzung auf 19 Uhr verlegt.

Anlaß für Frau MdL Pausch-Gruber (SPD), dem Trägerkreis deswegen später eine üble Taktik zum Ausschluß der Parteien vorzuwerfen (Pausch-Gruber mußte abends zu einem Kirchweihfest und weitere SPD-Vertreter sind nicht zu finden gewesen).

Die Platzbesetzung mit der brutalbayerischen SEK-Linie, die Solidarität anschließend vor Ort und die gute Zusammenarbeit zwischen örtlichen und auswärtigen WAA-Gegnern, bewirkten eine Wende im Widerstand gegen die WAA, die auch in einer neuen Redner/innen-Liste für die Abschlußkundgebung zum Ausdruck kam:

Laut Beschluß (einstimmig, vom 17. 8.) sollten jetzt reden: Vertreter des christlichen Widerstandes, Landrat Schuierer, eine autonome Frau aus dem Camp, die auch bei der Besetzung dabei war, eine Frau aus dem bundesweiten Widerstand, Erna Wellnhofer von der BI Schwandorf und BUND-Vorsitzender Weinzierl für den gesamten Trägerkreis.

Mit diesem Konzept, das so ziemlich die gesamte Breite des Widerstands beinhaltete, war natürlich der Protest und Aufschrei von SPD und Grünen vorprogrammiert. Sollten sie doch jetzt „nur" auf den Auftaktkundgebungen reden.

Fortsetzung

Widerstand ja — Wahlkampagnen nein

Auf der nächsten Trägerkreissitzung am 21. 8. in München hatten die Landesfunktionäre beider Parteien wieder Zeit und der Streit fing an. Auftaktkundgebungen lehnten beide Parteien als Rednermöglichkeit ab, da sie sich dafür — wörtlich: — „zu schade seien". Landrat Schuierer wurde nach dem Hinweis, er sei ja auch SPDler, von seinen Parteifunktionären als Landrat, aber ansonsten uninteressant für die SPD, abgestempelt (zumindest im Hinblick auf die Repräsentation). Gleichzeitig zog die SPD ihre versprochene Unterstützung von lächerlichen 5000 DM zurück, und eine Mobiliserung käme unter diesem Gesichtspunkt auch nicht mehr in Frage. Im gleichen Horn, wenn auch etwas schwächer, bliesen die Grünen-Funktionäre mit ihrer Feststellung, sie müßten jetzt Unterstützung und Mobilisierung unter diesem Aspekt ‚neu überdenken'. Als erste spürbare Konsequenz erschien das Flugblatt ‚Argument 2' nicht. Martin Strässer von den Grünen hatte die Ausarbeitung dieses bundesweit mit Erscheinungsdatum angekündigten Flugblattes übernommen.

Als es schon zu spät war, antwortete er auf Nachfrage, daß er aufgrund des Schwandorfer Rednerbeschlusses beleidigt wäre und es somit nicht gemacht habe (Danke für die Ehrlichkeit!). Ständige Versuche der Parteien, doch noch auf der Abschlußkundgebung reden zu dürfen und die abgesagten Unterstützungen und Mobilisierungen durch die Landesvorstände, führten dann zu dem Beschluß, auf der nächsten Sitzung am 28. 8. nochmals darüber zu diskutieren, falls ein neues Konzept/Vorschlag vorgelegt würde. Kompromißvorschläge, auf den Auftaktkundgebungen zu reden, im Widerstand bekannte Leute (Grüne z. B. Daniels) reden zu lassen und dem Trägerkreis ein Mitspracherecht (bzw. Vetorecht) bei der Auswahl der Redner/innen zu geben, wurde abgelehnt. Die Parole lautete: Hiersemann und Rotter oder keiner und somit Schluß mit Unterstützung und Mobilisierung.

Bei einer erneuten Abstimmung kam es zu einer Patt-Situation: Während man sich darauf einigte, das Schwandorfer Konzept zu belassen, wurde für die Parteienvertreter keine Mehrheit erreicht. VMF, BUND und KLJB stimmten dafür, Lako, Atommüllkonferenz und BI Schwandorf dagegen. Ohne Mehrheit natürlich auch kein Redner und man hätte glauben können, jetzt wäre Ruhe. Aber wenn — wie am 28. 8. — Grüne und SPD-Spitzen nach einer solchen Abstimmung auf ein gemeinsames Bier gehen, dann darf man sich noch etwas erwarten: Zwei Tage nach der Abstimmung rief nun Martin Strässer von den Grünen bei der BI Schwandorf an, und erklärte, daß beim BUND ein Brief läge, in dem der BUND seinen Austritt aus dem Trägerkreis erklärte, sollte sich die SPD wie angekündigt zurückziehen. Einzige Möglichkeit um dem vorzubeugen wäre, die Parteien (genauer: Hiersemann und Rotter) auf der Abschlußkundgebung sprechen zu lassen. Ein Anruf beim BUND genügte, um diesen, laut Strässer schon unterschriebenen und zugeklebten Brief als Lüge zu erkennen. Der BUND hatte weder einen Brief geschrieben noch bis dahin über Konsequenzen gesprochen.

Ein bißchen sanfter (da schriftlich) machte es die SPD. Sie verschickte an alle Trägerkreismitglieder einen Brief. Zitat: „Wir bedauern diesen Beschluß gerade deshalb, weil nach unseren Informationen Zweifel an der Beschlußlage der BI Schwandorf und dem Verhalten ihres Vertreters angebracht sind. Gerade das Abstimmungsverhalten dieses Vertreters hat das Abstimmungsergebnis entscheidend beeinflußt. Grundsätzlich muß hier die Frage gestellt werden, ob es sinnvoll ist, in einem Bündnis Mehrheitsentscheidungen gegen die wesentlichen Interessen eines Partners zu treffen ... **Sollte dies (gemeint ist die Abstimmung für Hiersemanns Abschlußrede) am Mittwoch, den 4. September 85 nicht geschehen, so sieht sich die SPD außerstande, ihre Mitglieder für diese Demonstration zu mobilisieren.** Trotzdem wird sie ihren Kampf gegen die WAA konsequent fortsetzen."

Am 4. 9. war es dann soweit: Der Raum, in dem die immer öffentliche Trägerkreissitzung stattfand, war randvoll, die Stimmung gespannt. Vorsorglich blieben der grüne Strässer und die bisherigen SPD-Vertreter weg und überließen anderen die ehrenvolle Parole „Hiersemann und Rotter oder keiner". Alle Kompromißvorschläge wurden wiederum abgelehnt. Auf den Vorschlag, getrennt über beide Parteien abzustimmen, empörte sich Martin Kaltenhauser von den Grünen: Man wisse ja, worauf das hinauslaufe, es solle **nur** ein Grüner und kein SPD'ler reden. So geht das nicht! Das bayerische rot-grüne Bündnis soll leben!

Kurz vor der endgültigen Abstimmung gab dann noch der Nachwuchs-Vertreter der SPD auf Anfrage zu, daß Landrat Schuierer auch nicht rede(n) (darf), wenn Hiersemann nicht redet. Interessant auch die Aussage, daß Hiersemann einer der Spitzenmänner im WAA-Widerstand ist, den wir nur nicht richtig einschätzen. Die Schuierer-Erpressung, das endgültige Müdesein dieser ganzen Streitereien, und die Ablehnung aller Kompromißvorschläge, gaben dann den Ausschlag für eine Abstimmung zugunsten Hiersemann und Rotter. Entscheidend hierfür war die Enthaltung der BI Schwandorf, die zwar nicht dafür war, aber Angst vor den weiteren Intrigen und Streitereien hatte und sich lieber auf die Arbeit konzentrieren wollte.

Die Parteien haben jetzt hoch und heilig versprochen, keine Wahlkampfreden zu halten und fünf Minuten Redezeit nicht zu überschreiten. Es liegt nun an den Demonstrationsteilnehmern, darauf aufzupassen und wenn nötig daran zu erinnern!

Als größte Erkenntnis dieser — hier verkürzt wiedergegebenen — ‚Bemühungen' beider Parteispitzen, auf der Abschlußkundgebung reden zu dürfen, sollten wir aktiven AKW- und WAA-Gegner uns ins Stammbuch schreiben, daß wir inzwischen so stark sind, daß den Parteien alle Mittel recht sind, Hauptsache, sie können sich an uns anhängen. Wir sind nicht den Parteien nachgelaufen, sondern umgekehrt! Es scheint, daß wir unsere eigene Kraft unterschätzen. Umsonst hat es diesen Rednerkampf von seiten der Funktionäre nicht gegeben.

Erfolgreich wird Widerstand jedoch nicht aufgrund markiger Sonntagsreden, sondern primär durch tatkräftige Aktionen — hier wird sich erweisen, ob und wenn ja welche der Parteien mindestens mit dem gleichen Elan dabei sein werden, wie beim Kampf um die Kundgebungsredner.

Die Anti-AKW-Bewegung hat in ihrem bisher 15jährigen Kampf gegen Atomanlagen einschlägige Erfahrungen mit der SPD gesammelt, so daß uns das aktuelle Vorgehen zwar einerseits wütend macht aber andererseits auch eigentlich nicht sehr verwundern kann. — Allerdings waren wir bisher der Meinung, daß sich die GRÜNEN als verlängerter Arm der Anti-AKW-Bewegung begreifen, stattdessen schienen sich zumindest die bayerischen grünen Spitzenfunktionäre als verlängerter Arm der SPD zu sehen.

Auf den Brief der Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Bürgerinitiativen vom 31.08. an die Landesvorstände von SPD und GRÜNEN zu ihrem Vorgehen gegenüber den BIs hat es bisher keine der beiden Parteien für notwendig erachtet, den BIs zu antworten — dies, obwohl die GRÜNEN schon seit Wochen eine Stellungnahme angekündigt haben. Hiermit ergeht noch einmal eine eindringliche Aufforderung an die beiden Parteien, allen voran an die GRÜNEN (wir haben die Hoffnung noch nicht ganz verloren, daß wir am selben Strick ziehen), eine Erklärung zu ihrem Vorgehen abzugeben und auch wie sie ihr Verhältnis zu den BIs weiterhin begreifen.

Vielleicht gibt es doch noch irgendwo eine Basis der GRÜNEN, die ihrem Landesvorstand auf die Pelle rückt! Einige solcher Reaktionen sind uns inzwischen bekannt, doch dürfte das noch nicht ausreichen.

Landeskonferenzvertreter der
bayerischen BIs
Peter Kroiß

Aufruhr, Widerstand — es gibt kein ruhiges Hinterland

Zur ersten WAA-Platzbesetzung

„Spätestens am Samstag nach Rodungsbeginn werden wir den Bauplatz besetzen. Auch vorher werden schon Besetzungsversuche unternommen. Der erste Termin dafür wird während des Sommerlagers sein und kurzfristig vor Ort beschlossen." (Entschließung des Koordinationsausschusses der bayerischen BIs/Juli 1985.

Seit Monaten hatten sich die bayerischen BIs und andere Gruppen mit den Aktionen bei Rodungsbeginn beschäftigt. Es war klar, daß wir unseren Widerstand gegen die WAA deutlicher zeigen mußten, daß wir zu anderen Aktionen übergehen mußten. Die Zeit für Demonstrationen als einzigem Protestmittel ist vorbei, die Rodung steht vor der Tür. Neben verschiedenen Behinderungen der Rodungsarbeiten wollten wir eine Platzbesetzung vorbereiten. Nachdem die Rodung für August erwartet wurde, einigten wir uns auf den ersten Versuch einer Besetzung vom BIWAK-Sommerlager aus.

Nahtlos ging das Sommerlager des Bundes Naturschutz am Bahnhof Altenschwand (nur einige hunter Meter vom Gelände entfernt) am 11. August in das BIWAK-Camp über. Schon am Samstag waren über 100, vor allem auch autonome WAA-Gegner/innen angereist. Bis zum Sonntagabend hatten dann über 150 Leute ihre Zelte aufgestellt, erste Erkundungen auf dem Gelände gemacht, rodungsbehindernde Spuren hinterlassen und einen Zaun über einen Weg am Waldrand gezogen, auf dem die Polizei mit ihren geländegängigen Fahrzeugen fast bis ins Camp hineinfuhr.

Die Vorbereitungen . . .

Schon am Sonntagabend, auf dem ersten Plenum, wurde die Platzbesetzung für die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag beschlossen – nicht per Abstimmung, sondern durch lange Diskussion, bis wir einen gemeinsamen Nenner gefunden hatten. Noch gab es viel Skepsis, Debatten über Transparente und Unklarheiten.

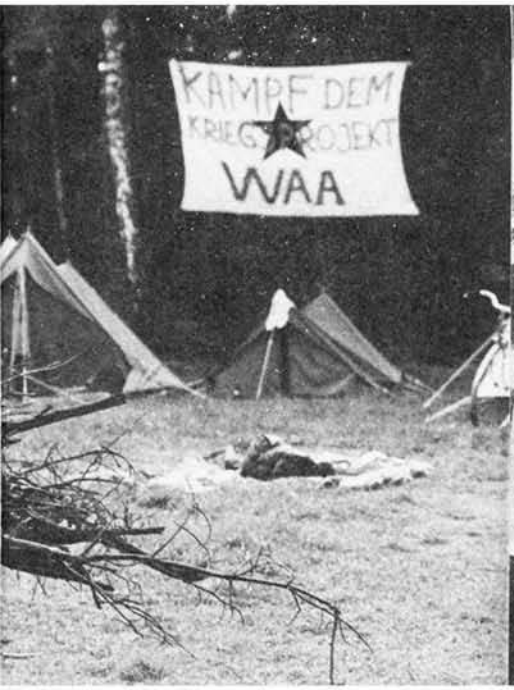
Gleich am Montag begannen die konkreten Vorbereitungen mit der Bildung von Arbeitsgruppen, die auch direkt anfingen, ihre Aufgaben in Angriff zu nehmen:

die Holzsammler, die Funk- und Kommunikationsgruppe, die Informationsgruppe „Raus auf die Dörfer", die unser Vorhaben über Flugblätter im Umkreis bekannt machten und die Bevölkerung dazu einluden; die Versorgungsgruppe, die Sanitätergruppe und der Ermittlungsausschuß.

Die Organisation wurde vor allem von den autonomen Gruppen getragen, aber wir waren alle mit vollem Einsatz dabei und sehr zuversichtlich, was den Erfolg der Besetzung anging. Dennoch gab es immer wieder unterschiedliche Positionen zur Form des Widerstandes und auch zu den konkreten Vorgehensweisen. Sie kamen im Plenum am Montag noch einmal voll zum Ausdruck und sorgten für turbulente Stunden. Aber das Prinzip der Konsensfindung ohne Abstimmung wurde eingehalten und wir fanden den Konsens des aktiven, gewaltlosen Widerstands: Wir wollten den Platz besetzen, dort ein Freundschaftshaus errichten und den Platz halten, solange es ging. Wir wollten, wie es schon in einem Beschluß des Koordinationsausschusses hieß, „keine Schlacht um den Bauplatz" führen. Wir wollten nicht freiwillig gehen, aber von uns sollte keine Gewalt ausgehen.

Als am Dienstagabend Mitglieder der örtlichen Bürgerinitiativen und des Koordinationsausschusses am Plenum teilnahmen, zeigte sich ihnen Bild von Gemeinsamkeit und Entschlossenheit. Leider konnten sie selbst nur wenig von einer geplanten Teilnahme aus ihren Gruppen berichten. Auch die Gespräche auf den Dörfern waren von Interesse, aber gleichzeitig von Resignation geprägt. Wir konnten nur immer wieder dazu auffordern, im entschlossenen Widerstand gemeinsam vorzugehen und die Besetzung zu unterstützen.

Am Mittwochabend kam es im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Widerstand noch einmal zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich vor allem daran entzündeten, daß Landrat Schuierer aus seiner Position heraus nicht zur Besetzung für den nächsten Tag auf-



rief, sondern immer wieder betonte, daß jeder nach seinen Möglichkeiten Widerstand leisten mußte. Da wurden auch radikalere Positionen vertreten und gefordert, und es gelang kaum, wieder zu einem konstruktiven Gespräch zurückzufinden. Obwohl es in dieser Nacht hochherging, blieb das gegenseitige Vertrauen im Camp bestehen und wir warteten auf das Signal zur Besetzung.

Die Platzbesetzung . . .

Kurz vor 5 Uhr wurden wir am 15. 8. geweckt und trafen uns wenig später am Sammelpunkt. In einem Zug von knapp 300 Leuten machten wir uns zu dem vorgesehenen Platz auf. Es klappte wie am Schnürchen. Vollkommen ungestört von der Polizei oder sonstigen Besonderheiten, kamen wir mit unserem Werkzeug zum Platz und begannen sofort mit unserem Vorhaben. Die Zufahrtswege wurden mit Holz verbarrikadiert, das gesammelte Holz wurde auf den Platz gebracht, mit dem Bau des Freundschaftshauses wurde gleich begonnen. Nach etwa einer Stunde zogen wir uns auf den Platz zurück, errichteten aus Holz, Leinen und Transparenten einen Zaun und konnten schon bald das Richtfest für das Freundschaftshaus feiern. Etwa zur selben Zeit rückte die Polizei an, und begann, die Barrikaden zu zersägen und den Zaun zu entfernen.

Auf welcher Seite stehst Du, he?
Hier wird ein Platz besetzt!
Hier schützen wir uns vor dem Dreck,
nicht morgen, sondern jetzt!

Wir bildeten eine Kette, die schnell von einer Polizeikette eingekreist war. Gegen 10 Uhr traf die Versorgungsgruppe mit Verpflegung ein, die erst nach lautstarkem Protest der Besetzer von der Polizei durchgelassen wurde. An dem Freundschaftshaus wurde eifrig weitergebaut. Die Situation war entspannt, viele der Besetzer führten Gespräche mit der Bereitschaftspolizei, die nach eigenen Aussagen zum Teil schon mehr als

30 Stunden im Einsatz waren und über die Hintergründe unserer Aktion so gut wie nicht Bescheid wußten. Es sollen auch vereinzelte WAA-Gegner darunter gewesen sein. Daß dies im Moment der Befehlsausführung keine Rolle spielte, sollten wir später noch zu spüren bekommen.

Um 12 Uhr fand im Freundschaftshaus eine Pressekonferenz statt, bei der unsere Forderungen

– keine WAA in Wackersdorf und anderswo!

– Stillegung aller Atomanlagen

– keine Kriminalisierung von Atomkraftgegner

erläutert wurden.

Dazu kommende WAA-Gegner aus der Umgebung berichteten davon, daß die Polizei die Leute am Durchkommen hindere, die Wege abgesperrt hätte.

Gegen 13 Uhr wurde uns dann, zuerst von einem Polizeipsychologen über Megaphon nahegelegt, den Platz zu verlassen, da wir, wegen Verstoß gegen das Baugesetz, eine strafbare Handlung begehen würden.

Im Hintergrund waren schon weitere Polizeieinheiten zur Verstärkung angerückt, darunter auch ein Sondereinsatzkommando aus Nürnberg, insgesamt etwa 300. Über uns kreisten vier Hubschrauber in immer kürzeren Abständen. Wir hörten das Gebell von bereitgehaltenen Hunden. Die ganze Zeit waren Videoteams und Fotografen dabei, Aufnahmen zu machen, weswegen sich verschiedene Leute zur Vorbeugung gegen eine spätere Kriminalisierung vermummten. Auch Presse und ein ZDF-Team waren anwesend. Wir forderten die Polizei auf, sich gewaltfrei zurückzuziehen und wiederholten unsere Motive. Nachdem der Einsatzleiter auf der Räumung bestand, forderten wir eine Bedenkzeit, um eine gemeinsame Entscheidung über unser weiteres Vorgehen zu treffen. Noch während der Besprechung formierten sich Bereitschaftspolizei und SEK (beide unterstanden Einsatzleiter Huber aus Amberg) zum Abräumen.

Die Räumung . . .

Wir hatten mehrmals unseren gewaltlosen Widerstand betont und bildeten zwei geschlossene Ketten. Die Polizeiketten drängten uns gewaltsam zurück, drückten uns gegen das Freundschaftshaus. Gleichzeitig versuchten SEKler, einzelne Leute aus der Kette herauszuziehen. Dabei traten sie, im Schutz der Bereitschaftspolizei, gegen die Beine, in die Geschlechtsteile, setzten CN-Gas ein, prügelten auf Demonstranten ein und zogen sie an den Haaren. Einige wurden brutal zusammengeschlagen und verletzt.

Das SEK ist eine speziell für gewaltsame Einsätze in allen Arten des Nahkampfs geschulte Hochleistungseinheit.

„Obwohl hauptsächlich vom SEK geprügelt wurde, wird der Einsatz von der Bereitschaftspolizei mitgetragen. Wir fordern deshalb die Bereitschaftspolizei nochmals auf, den Befehl zu verweigern. ' (Presseerklärung des Camps vom 16. 8. 1985.)

Aber nicht nur das SEK ging brutal vor, sondern auch Teile der Bereitschaftspolizei, mit denen wir vorher lange geredet hatten, führten den Räumungsbefehl nach der Devise aus: oben lächeln, unten treten.

Nur dem gewaltlosen und geschlossenen Vorgehen der Besetzer war es zu verdanken, daß es nicht mehr Verletzte gab. Wir zogen uns geschlossen zurück, aber es war klar: Wir kommen wieder.

„Der von den einheimischen Bürgerinitiativen und den Campbewohnern/-innen getroffene Konsens wurde von allen eingehalten und bestätigte sich als praktikable Widerstandsform ... Offizielle Begründung für die Festnahmen war die Vermummung der Verhafteten. Tatsächlich war nur einer vermummt! ... Gefangene wurden in Handschellen abgeführt und in die BGS-Kaserne verfrachtet. Ihnen wurde nicht gestattet, mit ihren Anwälten Kontakt aufzunehmen (angeblich war kein Telefon vorhanden). Sie wurden bis zu sechs Stunden festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt ...". (Presseerklärung des Camps vom 16. 8.)

Fortsetzung S. 20

Rüsten für den Bürgerkrieg

Gespräch mit Helmut Weihrauch,

— Elektromeister, 45 Jahre

Vorstandsmitglied der BI Schwandorf, Ortsgruppe Wackersdorf

Radi-Aktiv: Helmut, du hast bei der Besetzung des Baugeländes mitgemacht. Warum?

Helmut: Aus innerer Überzeugung. Für mich gab es nichts anderes als hin und mit, als es um die Besetzung ging.

Radi-Aktiv: Du warst vom Gesamtvorstand Schwandorf wie auch von deiner Ortsgruppe Wackersdorf der einzige, der an der Besetzung teilgenommen hat.

Helmut: Die Sache war die, daß Haupturlaubszeit war. Wir hatten auch während des Zeltlagers keine Sitzung mehr, um nochmal darüber zu sprechen und allerdings hatten wir auch vor dem Zeltlager über die mögliche Besetzung konkret nicht gesprochen. Auch ich habe vorher darüber nicht groß gesprochen. Ich red' da nicht viel, ich geh' halt hin.

Radi-Aktiv: Es war deine erste Aktion dieser Art. Was hattest du für ein Gefühl?

Helmut: Ich hab' ja schon allerhand gehört von Besetzung, Polizei und anderen Dingen, die damit zusammenhängen. Ich hatte mir da schon ein Bild gemacht. Aber am schlimmsten war das Sondereinsatzkommando. Die Polizeigewalt war noch schlimmer, als ich mir das gedacht hatte, aber da sieht man halt, was alles noch auf uns zukommen wird.

Radi-Aktiv: Wie hast du die Räumung erlebt?

Helmut: Das Vorgehen des Sondereinsatzkommandos war schon deprimierend. Ich habe gesehen, wie sie einen neben mir am Boden zu dritt festgehalten haben, ihn zu dritt bearbeitet und auf ihn eingeschlagen haben, mit Füßen getreten haben's ihn und mit Fäusten geschlagen. Dann haben's ihn weitergeschleift und wieder bearbeitet. Der hat sich überhaupt nicht gewehrt. Da hat man gesehen, wie brutal die sind. Dann haben's ihn abgeführt. Neben mir stand ein Mädchen, das aus dem Mund geblutet hat. Es war die, der sie auf den Kiefer geschlagen haben. Sie hat zu ihnen gesagt, wo sie mal eine Schlägerpause gemacht haben: „Da, schaut's her, was ihr angerichtet habt" — da haben sie nur ganz hämisch gegrinst. Das war schon irgendwie schockierend. Einen jungen Kerl hatten sie hinten am Hemd, da habe ich mich dazwischen gedrängt, er ist zu Boden gefallen. Ich hatte einen Rucksack dabei, an dem haben sie angezogen, aber ich war ja gleich wieder gestanden und hab' ihn hochgezogen und weggeschubst und er ist dann auch davongekommen. Ich habe ihn nur von hinten gesehen. Mich haben sie mit meinem Rucksack wieder ausgelassen. Der Polizeieinsatz war in jeder Situation vollkommen ungerechtfertigt. Es war überhaupt keine Verhältnismäßigkeit der Mittel. Gerade, wo doch die Polizei angebliche Psychologen dabei hatte, hätte sie sich was anderes einfallen lassen können. Die haben die gleichen Methoden angewendet, die sie praktisch vor 45 Jahren auch schon angewendet haben.

Radi-Aktiv: Dich haben sie wieder ausgelassen, Helmut?

Helmut: Ich weiß nicht, haben's mich ausgelassen oder bin ich losgekommen — ich hatte ja einen Nylonrucksack, der war sehr glatt. Auf jeden Fall war ich wieder los. Dann haben's neben mir einen gehabt. Da kann man nur sagen, die Leute vom Sondereinsatzkommando sind richtig wie programmierte Schlägerautomaten ohne menschliche Regungen, richtige Schlägertypen sind das. Ich weiß nicht, ob das für die

Polizei gut ist. Den Rest vom Respekt haben sie sich mit diesem Einsatz verscherzt.

Radi-Aktiv: Wie siehst du im Nachhinein die Besetzung? War sie erfolgreich?

Helmut: Wir sind ja weggeräumt worden. Sozusagen haben wir militärisch, wenn man dieses Wort überhaupt verwenden will, schon verloren. Aber sonst war es gut, hat's schon geholfen. Also, wenn man Stimmen hört in der Bevölkerung, man hört auch negative Stimmen, aber die meisten Stimmen sind schon positiv. Den Leuten ist so richtig alles vor Augen geführt worden über die harte bayerische Linie – so richtig brutal, alles zerschlagen von Anfang an.

Radi-Aktiv: Bist du bei der nächsten Besetzung wieder dabei?

Helmut: Ich hab' schon den Mut dazu. Warum nicht?

Da gibt's schon allerhand zu verteidigen. Ich tät' mir schon wünschen, daß mehr hingehen würden. So wie am Abend danach, bei der Kundgebung am Marktplatz und am Samstag drauf beim Waldspaziergang, da sind viele Leute auf die Beine gekommen, auch aus Wackersdorf, die sonst nur versteckt gegen die WAA sind. Da hat die Polizei schon ein Eigentor geschossen, gerade weil ja von unserer Seite aus alles friedlich verlaufen ist.

Radi-Aktiv: Aber es müßten mehr Leute bei der Besetzung teilnehmen.

Helmut: Ja, ein richtiger Querschnitt der Bevölkerung, das wäre ganz wichtig. So wie es auch beim Waldspaziergang nach der Besetzung war.

Radi-Aktiv: Du meinst, die Leute sollten mehr Mut haben, ihren Widerstand auch offen, z. B. bei einer Besetzung, zu zeigen?

Helmut: Ja, und nicht nur versteckt. Ich weiß bei manchen geht's halt schwer, wenn sie z. B. beim Bayernwerk arbeiten und so. Aber die können ja auch anders unterstützen und dabei sein. Sie könnten ja auch außen herumstehen, denn das wäre für die Besetzer gut und wichtig, wenn außen herum viele Leute sind. Gerade das wollten sie ja dieses Mal vermeiden, daß es Zuschauer gibt. Deswegen haben sie ja die brutale Räumung so schnell durchgeführt und nicht einmal die versprochene Viertelstunde abgewartet, wo sogar der Polizeipsychologe, der angebliche, gesagt hat, die hätte er noch abgewartet. Aber das wollten sie nicht, daß es Zuschauer, daß es Zeugen gibt. An einem Feiertagnachmittag gibt's halt Spaziergänger und damit Zeugen, das wollten sie vermeiden und deswegen haben sie so plötzlich geräumt, weil das schlecht für sie wär.

Radi-Aktiv: Wie ist jetzt die Stimmung in der Bevölkerung zu den geplanten Aktionen bei Rodungsbeginn?

Helmut: Also die meisten, glaube ich, sind dafür. Aber viele haben Angst, und müßten sich halt trauen. Wenn man sich

so anschaut, die rüsten ja regelrecht für den Bürgerkrieg. Sie richten ja in Wackersdorf eine Art Bereitschaftspolizei-Kaserne auf dem ehemaligen BBI-Gelände, das jetzt von der DWK gemietet ist, ein, das alles auf Kosten des Steuerzahlers. Es ist ja so, daß die Gebäude und das Gelände das Bayernwerk gekauft hat. (Das Bayernwerk ist einer der zwölf Gesellschafter der DWK), an die DWK weitervermietet und was die nicht brauchen, vermieten sie an die Polizei. So hat quasi die DWK eine eigene Hauspolizei, und das alles auf Kosten des Steuerzahlers.

Radi-Aktiv: Wir danken dir für dieses Gespräch.

„RODUNGSBEGINN – NIX WIE HIN"

Interview

mit Brigitte Karg von der Schwandorfer Ortsgruppe Städtedreieck

zur Platzbesetzung

Radi-Aktiv: Brigitte, du hast an der ersten Besetzung des Baugeländes teilgenommen. Was waren deine Gründe dafür?

Brigitte: Ich habe an der Besetzung teilgenommen, weil ich meine, daß mit dem Rechtsweg alleine und mit Demonstrationen die WAA nicht zu verhindern ist. Ich halte den körperlichen Einsatz vor Ort für notwendig, nachdem alle sachlichen Argumente der WAA-Gegner, wie z. B. gesundheitliche Risiken, Unwirtschaftlichkeit, Möglichkeit zur Herstellung von Atombomben, Abbau demokratischer Grundrechte, Gefährdung der Umwelt durch die WAA von Regierungs- und Betreiberseite einfach ignoriert werden. Ich möchte den verantwortlichen Politiker vor Augen führen, daß eine immer größer werdende Beschneidung von Grundrechten nicht tatenlos hingenommen wird; wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand für mich zur Pflicht.

Radi-Aktiv: Du warst das erste Mal bei einer derartigen Aktion dabei. Was hattest du für ein Gefühl?

Brigitte: Als wir morgens um 5 Uhr loszogen, fühlte ich mich in der Gruppe eigentlich ziemlich sicher. Diese Sicher-

heit resultierte aus dem vorhergehenden Zusammenleben mit den verschiedenen Leuten auf dem Camp und den gemeinsam getragenen Entscheidungen über die Vorgehensweise während der Besetzung, die vorher genau abgesprochen wurde.

Radi-Aktiv: Wie hast du die Räumung erlebt?

Brigitte: Ich stand in der ersten Reihe an der Stelle, wo der Einsatz der Polizei begann. Die gemischten Gefühle während des Anrückens der Polizei wandelten sich beim ersten körperlichen Kontakt mit der vorderen Polizistenreihe in Angst um. Diese verstärkte sich, als ich merkte, daß sie versuchen, mir die Füße vom Boden wegzuziehen und mich aus der Kette zu reißen. Wir wurden an die Wand des Freundschaftshauses gedrückt. Zu diesem Zeitpunkt mußte ich mich mit aller Gewalt zusammennehmen, um nicht in Panik zu geraten. Irgendwie konnte ich mich dann durch die Tür des Freundschaftshauses in zweiter Reihe zurückziehen. Entsetzt stellte ich fest, daß während unseres Rückzuges Einzelne herausgezerrt, verprügelt und anschließend verschleppt wurden.

Radi-Aktiv: Welche Haltung hast du im Nachhinein zur Besetzung, war sie erfolgreich?

Brigitte: Ich sehe die Besetzung im Nachhinein durchaus als erfolgreich an. Ich kann mich nicht erinnern, in unserer vierjährigen Arbeit in der BI jemals schon ein so großes Echo in der Presse gefunden zu haben. Über Tage hinaus haben wir es geschafft, das Thema WAA als Schlagzeilen in die Zeitungen zu bringen. Es wurde jeder damit konfrontiert, ob er wollte oder nicht. Ein weiterer Erfolg bestand darin, daß die Besetzung von einheimischen Bürgerinitiativen und auswärtigen Gruppen gemeinsam durchgeführt wurde und der vorher gefundene Konsens konsequent eingehalten wurde.

Das dritte positive Faktum besteht darin, daß die Bayerische Staatsregierung durch den Einsatz des brutalen Sondereinsatzkommandos gezeigt hat, daß sie mit brutaler Gewalt versucht, aktive Widerstandsformen im Keim zu ersticken und dadurch vielen Menschen in der Region klar geworden ist, daß der Atomstaat Wirklichkeit geworden ist. Ihre Unterstützung ist uns das nächste Mal sicher.

Radi-Aktiv: Wie ist die Haltung der Bevölkerung zur Platzbesetzung und wie steht eure Ortsgruppe dazu?

Brigitte: Wir haben am Samstag, eine Woche nach der Besetzung, Informationsstände in den drei Städten speziell zur Platzbesetzung durchgeführt. Wir haben festgestellt, daß diejenigen, die bisher dem Thema WAA desinteressiert gegenüberstanden, aufgrund der Platzbesetzung erst recht nichts mit uns zu tun haben wollen. In den Bürgerinitiativen allerdings, die inzwischen eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern haben, ist die Bereitschaft, aktive Widerstandsformen mitzutragen, auf eine breite Basis gestellt. Die Platzbesetzung am 15. 8. wird im Nachhinein als voller Erfolg und als Grundlage für eine Besetzung bei Rodungsbeginn gewertet.

Radi-Aktiv: Vielen Dank für das Gespräch.

Am Abend danach . . .

Wir wollten auch den Schwandorfer Bürgern von unseren Erfahrungen und den Geschehnissen berichten und beschlossen, für den Abend zu einer Spontandemo mit Kundgebung in Schwandorf aufzurufen. Spätestens bei der Demo, an der auch einige Hundert aus der Bevölkerung teilnahmen und viele uns an der Straße zuwinkten, kam unsere gute Stimmung zurück — die Platzbesetzung war, trotz Räumung, ein Erfolg gewesen. Sie hat die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns aufgezeigt. Um ihre Macht zu demonstrieren, wurden wir auch jetzt wieder von mehr als einer Hundertschaft der Polizei begleitet, und selbst das SEK hatte sich Marktplatz postiert, wo Besetzer und Augenzeugen den brutalen Einsatz schilderten. Dieses Polizeiaufgebot hat wohl manchen die Augen geöffnet, was da in Zukunft noch auf sie zukommt. Um uns näher zu kommen und unsere Gemeinsamkeit zu festigen, luden wir die Bevölkerung für den Samstag zu einem Waldspaziergang mit Picknick, Musik und Gesprächen ein.

Am Freitag kamen dann ständig neue WAA-Gegner/innen, die durch die Besetzung alarmiert worden waren. Es gab viel zu erzählen, aber auch enttäuschte Erwartungen, weil im Rahmen des Camps keine weitere Besetzung geplant

war. So gab's auch auf dem Plenum noch einmal heftige Diskussionen, wie der Waldspaziergang ablaufen würde. Wie wird die Polizei reagieren? Wird sie angesichts des Baus von Bänken und Tischen für einen Rastplatz wieder zum Verlassen des Platzes auffordern? Aber es war klar, daß wir es zu keiner ernsthaften Konfrontation kommen lassen wollten.

Im Wald, da sind . . .

Auf eine solche hatte sich anscheinend die Polizei eingestellt, als sie uns beim Waldspaziergang wieder mit mehreren Hundertschaften und dem SEK erwarteten. Über 500 WAA-Gegner aus der näheren Umgebung hatten sich eingefunden, die über das Polizeiaufgebot entsetzt waren. Provokativ hatten sie sich zusammen mit dem Schläger-Einsatz-Kommando vor ihren Fahrzeugen am Wegrand postiert, so daß die Spaziergänger durch die aufgeweichten Wege waten mußten. Nicht nur Landrat Schuierer verstand das Auftreten der Polizei als Provokation, das unter dem ständigen Kreisen eines Hubschraubers die Stimmung anheizte und die wohl nur darauf wartete, daß es dadurch zu Auseinandersetzungen kommen würde.

Auf dem am Donnerstag besetzten Platz gab es eine kurze Kundgebung und eine Vorstellung der „Altenschwander Hass-Cambo" (extra neu gegründet). Auf dem vorgesehenen Rastplatz wurde direkt mit der Errichtung von Tischen und Bänken begonnen, damit die vielen gespendeten Kuchen, Äpfel und Kaffee aufgetischt werden konnten. Bei Musik und Redebeiträgen liefen viele Gespräche über die Besetzung und Räumung, aber auch darüber, wie die bayerische Staatsregierung und die Polizei versuchen, dieses Wahnsinnsprojekt WAA mit allen Mitteln gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Laufend versuchten Polizeipsychologen (in Zivil mit Armbinde), Diskussionen zu beginnen und zu steuern, waren dann plötzlich WAA-Gegner und teilten auch voll andere Meinungen etc. An unseren Äußerungen waren sie, natürlich, nur in soweit interessiert, daß sie versuchten, Informationen herauszufiltern, die sie dann sofort an die Einsatzleitung weitergaben. Immer wieder bekam man den Eindruck, daß Gespräche mit der Polizei wenig sinnvoll sind – leugnete doch Einsatzleiter Huber noch immer, daß es Verletzte gegeben hätte, selbst dann, als ihm eine Frau, die geschlagen worden war, mit genähter Lippe vorgestellt wurde.

Die Strategie der Polizei ist nicht aufgegangen. Wir lassen uns durch ihre Macht und Brutalität weder schrecken noch provozieren. Wir kommen wieder. Der Ablauf der Besetzung und das Einhalten des Konsens haben uns in unserem gemeinsamen Widerstand gestärkt – eine Spaltung in den regionalen und den bundesweiten Widerstand lassen wir nicht zu. Wir alle sind betroffen und wir alle müssen uns wehren.

„Die WAA verhindern, heißt den Widerstand hier verstärken" – in der Oberpfalz und mit den Oberpfälzern (Transparent auf dem Camp). Mit 300 Leuten konnten wir den Platz nicht halten – aber mit 5000? „Spätestens am Samstag nach Rodungsbeginn . . .

Presseerklärung
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.

Brutalisierung der Politik in Wackersdorf

Nach Abschluß des Anti-WAA-Camps bei Altenschwand zeigte sich der Vorsitzende des bund, Hubert Weinzierl, davon beeindruckt, wie gut sich alle Demonstranten an das Gebot der Gewaltfreiheit gehalten haben.

Der bund begrüßte, daß Betroffene aus der Oberpfalz und Betroffene aus allen Teilen Bayerns, ja ganz Mitteleuropas, solidarisch und gewaltfrei auf das große Risikopotential der WAA aufmerksam machen.

‚Entsetzt aber hat uns der rücksichtslose Einsatz des polizeilichen Sonderkommandos. Diese bewußte Provokation der Bevölkerung durch Herrn Hillermeier hat den letzten Zweiflern klar gemacht, daß die bayerische Staatsregierung das Wahnsinnsprojekt mit brutaler Gewalt durchsetzen will", sagte Hubert Weinzierl.

Anstatt unseren Rechtsstaat zu beschneiden und das friedfertige Demonstrieren zu verhindern, anstatt die Mitsprache der Landräte einzuschränken und die erste Verwaltungsgerichtsbarkeit abzuschaffen, sollten bessere Gesetze erlassen werden, die das Roden des Waldes und die drohende Verseuchung der Heimat zum Unrecht erklären. Denn an den Naturgesetzen kann auch ein Ermächtungsgesetz der bayerischen Staatsregierung und deren vorläufige politische Mehrheit nichts ändern.

‚Wer eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz verantwortet, riskiert außerdem den Einstieg in die Plutoniumswirtschaft, auch wenn dies die Regierungen in Bonn und München noch so oft leugnen, die Strahlenverseuchung der betroffenen Bevölkerung ist bei einem Unfall genauso groß wie im Kriegsfall.'

‚All dies verpflichtet uns zum Widerstand gegen dieses Unheilprojekt', sagte Hubert Weinzierl und rief die Mitbürger auf, sich endlich in ihre eigene Zukunft einzumischen und diese nicht gutgläubig einem verantwortungslosen Staatssekretär oder der eiskalten Genehmigungsmaschinerie des sog. Umweltministeriums zu überlassen.

Zur Brutalisierung der Politik gehört nach den Worten von Hubert Weinzierl auch ‚die Erpressung der Bevölkerung mit der Allzweckwaffe Arbeitsplätze, obwohl längst entlarvt ist, daß akurat die Großtechnologien der Energiewirtschaft an vorderster Stelle zur Arbeitsplatzvernichtung beitragen.

Die WAA ist eine rein politische Entscheidung !

Beurteilung

der Platzbesetzung

von der BI Schwandorf

Wir, die BI Schwandorf betrachten die am Donnerstag, den 17.8.85 durchgeführte Platzbesetzung insgesamt als Erfolg. Hier wurde das erste Mal deutlich, daß der Widerstand nicht gespalten ist – Autonome Gruppen von Auswärts und ortsansässige Oberpfälzer haben eine gemeinsame, sorgsamst geplante Aktion vorbereitet und durchgeführt. Besonders erfreulich ist für uns die Tatsache, daß sich dabei alle an das gemeinsame Konzept der Gewaltfreiheit gehalten haben.

Für weit übertrieben und absichtlich provokativ halten wir hingegen die brutale Vorgehensweise der Polizei bei der Räumung des Platzes. Mit dieser bayrischen Linie wollten sie den Widerstand niederschlagen und gleichzeitig die WAA-Gegner provozieren um ein gutes Pressebild zu erhalten.

Ersteres ist der Polizei total mißlungen – im Gegenteil diese Räumung hat den Widerstandswillen enorm gestärkt.

Ihr zweites Ziel erreichten sie nur teilweise durch eine sehr anfechtbare Information der Presse, da sich eben niemand provozieren ließ. In der Bevölkerung wurde diese Aktion zugegebenermaßen höchst unterschiedlich aufgenommen.

Die Reaktionen reichten von spontaner Unterstützung bis hin zur totalen Ablehnung. Positiv ist auf jeden Fall, daß die Toleranz innerhalb der Bevölkerung und in BI-Kreisen solchen Aktionen gegenüber durch diese gewaltfreie Besetzung enorm gestiegen ist. Wie weit sich diese Toleranz zu aktiver Mitarbeit hin entwickelt, hängt vor allem davon ab, wie wir uns bei zukünftigen Aktionen verhalten und ob auf die oberpfälzer Mentalität genügend Rücksicht genommen wird.

Diese gewaltfreie, wohl geplante Platzbesetzung war auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung.

Deswegen möchten wir uns hier nochmals bei allen die dabei mitgeholfen haben bedanken und laden euch alle herzlichst ein in diesem Sinne wieder zu kommen.

Anti-WAA-Büro
8460 Schwandorf
Postfach 1145
Tel. 09431/20759

Einschätzung einer

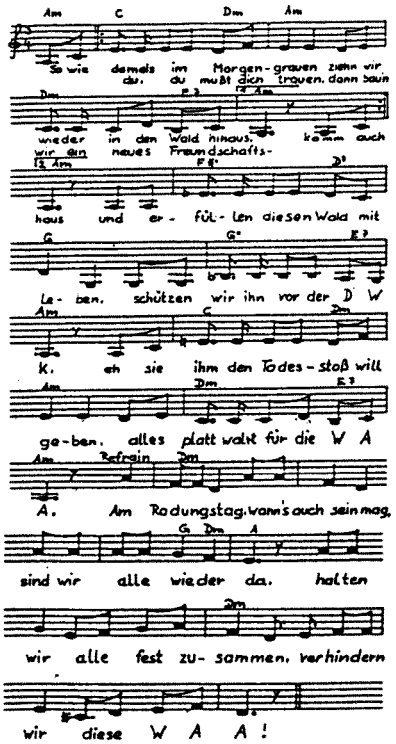
Platzbesetzung während der Zeit des Rodungsbeginns

der BI SAD, Ortsgruppe Städtedreieck (Teublitz, Maxhütte, Burglengenfeld)

Der größte Teil der Mitglieder der BI Schwandorf, Ortsgruppe Städtedreieck, steht einer Platzbesetzung bei Rodungsbeginn positiv gegenüber. Die gemeinsam mit auswärtigen Gruppen durchgeführten Aktionen während des Sommerlagers im August auf der Lorenz-Wiese haben eine Vertrauensbasis zwischen Auswärtigen und Einheimischen geschaffen, die für zukünftige Aktionen unbedingt notwendig ist. Die vorausgegangene Platzbesetzung am 15. 8. hat gezeigt, daß durch gemeinsame intensive Vorbereitung von Aktionen durch Einheimische und „angereiste Demonstranten" durchaus Erfolge erzielt werden können. Eine einhellige Meinung der Ortsgruppe besteht darin, daß eine so schnelle und massive Räumung durch die Polizei nur erfolgen konnte, weil die Menschen am Bauplatz noch zu wenige waren. Deshalb besteht die Arbeit der Mitglieder in der BI z. Zt. zum großen Teil darin, die Bevölkerung für diese Art von Widerstand zu gewinnen. Dies geschieht durch persönliche Gespräche, z. B. am Arbeitsplatz, durch Zeitungsartikel und durch Diskussionsveranstaltungen zum Thema

Keine WAA in Wackersdorf...

entstanden nach der ersten Platzbesetzung am 15. August 85



1 So wie damals im Morgengrauen
ziehn wir wieder in den Wald hinaus.
Komm auch du, du mußt dich trauen,
dann bauen wir ein neues
Freundschaftshaus
und erfüllen diesen Wald mit Leben,
Schützen wir ihn vor der DWK,
eh sie ihm den Todesstoß will geben,
alles platt walzt für die WAA.

Refrain: Am Rodungstag,
wann's auch sein mag,
sind wir alle wieder da,
halten wir alle fest zusammen,
verhindern wir diese WAA.

2 Im Interesse mancher reichen Herren
wird ein WAAhnsinnsplan hier aufgestellt.
Die Atommafia hat sich verschworen
mit der Staatsmacht und dem großen
Geld.
Was als Fortschritt wird gepriesen
und als umweltfreundlich dargestellt,
wird uns keine gute Arbeit bringen.
Doch die Bombe wird so hergestellt.

Refrain: Am Rodungstag...

3 Wenn der Wille der Bevölk'rung
nichts mehr gilt in diesem
unseren Land,
wenn hier Unrecht wird jetzt rechtens,
bleibt uns noch der Widerstand.
Doch die Staatsgewalt hat sich
bewaffnet,
steht bereit mit einem großen Heer,
um die Menschen hier einzuschüchtern.
Doch wir werden täglich mehr und mehr.

Refrain: Am Rodungstag...

4 Für die Zukunft unserer Kinder
braucht es Phantasie und auch viel
Kraft.
Wenn wir uns nur niemals spalten
lassen,
haben wir es schon halb geschafft.
Alle Bürger, alle Autonomen,
alle Gruppen, reiht euch ein!
Für 'ne bessre Welt den Weg zu bahnen
gibt's nur eins: WAA n e i n !

Refrain: Am Rodungstag...

Platzbesetzung. Nur wenn es gelingt, Tausende auf den Bauplatz zu mobilisieren, kann es gelingen, den Platz erfolgreich zu besetzen und auch zu halten. Ein wichtiger Faktor für die Besetzung sind auch diejenigen Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, selbst nicht besetzen können, sondern nur „Zuschauer" sind. Größtmögliche Öffentlichkeit gibt den Besetzern den besten Schutz vor Übergriffen durch die Polizei.

Nachdem es in jüngster Zeit verschiedene Hinweise gibt, daß die Rodungsarbeiten erst im nächsten Jahr beginnen sollen, gibt es geteilte Meinungen über den Erfolg der Mobilisierung. Die einen meinen, es wäre gut, wenn für die Mobilisierung noch mehr Zeit zur Verfügung stände. Dagegen steht das Argument, daß durch die etvl. Verzögerung bei vielen „die Luft raus ist". Es ist uns klar, daß diese Gerüchte aber auch Taktik von der Gegenseite sein können, um uns in Sicherheit zu wiegen. Wir müssen auf jeden Fall damit rechnen, daß es jeden Tag losgehen kann!

Um die WAA letztendlich zu verhindern, müssen die verschiedenen Widerstandsformen wie Aktionen vor Ort, Prozesse und die Großdemonstration in München Hand in Hand laufen. Bei den Aktionen vor Ort wird es der Polizei nicht gelingen, uns in „Gute" und „Böse" zu spalten. Unsere Gemeinsamkeit ist unsere Kraft!

An alle Oberpfälzer WAA-Gegner/innen!

Auf dem Weg vom Sommerlager gegen die WAA zurück in unsere Städte, kamen uns Ideen zur Fortsetzung des Widerstandes, die wir hier vorschlagen möchten.

Wir sind der Ansicht, daß es wichtig ist zu zeigen, daß der Taxsöldener Forst den Menschen gehört und nicht/niemals der • DWK oder dem Staat gehören darf.

Um zu zeigen, daß die Menschen den Wald besser nutzen können als die DWK je können wird:

schafft, errichtet, baut . . .

- zwei, drei, vier, viele Rastplätze
- Kinder- und Erwachsenenspielplätze
- einen Trimm-Dich-Pfad
- Reitwege
- einen Waldlehrpfad (incl. Pflanzen gorlebener Widerstandseiche)
- sonntägliche Jagdhorn- und Chorkonzerte
- die Rekultivierung von Feuchtbiotopen

Dieser Wald ist unser Wald, schmeißt jetzt DWK und SEK aus dem Wald heraus! (Frei nach TSS)

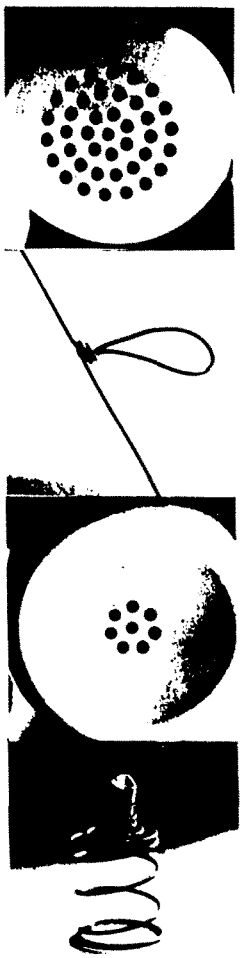
Wir kommen wieder!

Rosa
Mitarbeiter/innen der Binka und UWZ Münster

(Wenn Ihr Euch im Wald mit einem kühlen Bier erfrischen wollt, so achtet darauf, daß es sich nicht um ein Produkt des WAA Kantine-Lieferanten Schmidt-Bräu handelt.)

Aufruhr, Widerstand — es gibt kein ruhiges Hinterland

Ein ganzer Landkreis im Computer • Ein ganzer Landkreis im Computer • Ein ganzer Land



Lüchow-Dannenberg: Ein ganzer Landkreis im Computer

So nannte der Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg, Kempmann, Ermittlungsmethoden der Polizei in Niedersachsen.

In ihrer Presseinformation schreibt die BI: „Der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und dem Ermittlungsausschuß Gorleben (EA) liegen Erkenntnisse über illegale polizeiliche Ermittlungsmethoden im Landkreis Lüchow-Dannenberg vor.

Durch Vertrauenspersonen aus Bürokratie und Verwaltung wurden der Öffentlichkeit Computerausdrücke übermittelt, die nur den Schluß zulassen, daß mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung systematisch Bewohner des Landkreises Lüchow-Dannenberg erfaßt und gespeichert werden."

Die Daten über ca.jeden 25. Bewohner der ‚Freien Republik Wendland' sind beim LKA in Hannover gespeichert; es handelt sich bei den der BI vorliegenden Kopien (s. Abb.) um Ausdrucke aus dem vom BKA entwickelten SPUDOK-System (Spurendokumentationssystem).

Das SPUDOK ist ein Computerprogramm, das von der Polizei in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen seit längerem ‚genutzt' wird und das, nach Auskunft des LKA Hannover, bereits in sämtlichen Bundesländern zum Einsatz gekommen ist. Anders als andere Computersysteme der Polizei bietet dieses System praktisch unbegrenzte Verknüpfungsmöglichkeiten. „Bei SPUDOK sind alle eingegebenen Begriffe zugleich Suchbegriffe (z. B. Treffpunkte, Aktionen, Kfz-Kennzeichen) zum Wiederauffinden von Informationen im Computer. Dabei sind alle abgespeicherten Merkmale beliebig kombinierbar." (taz, 22. 8.)

Die thematische Eingrenzung der SPUDOK Niedersachsen auf die Anti-

AKW-Bewegung weist daraufhin daß sie vorwiegend von der in Uelzen stationierten Sonderkommission (SOKO) 602 benutzt wird. Hauptaufgabe der SOKOs 602 und 783 ist inzwischen, den Verdacht zu erhärten, daß im Wendland eine ‚kriminelle Vereinigung' (§ 129 StGB) oder gar ‚terroristische Vereinigung (§ 129a StGB) den Widerstand gegen das End- und Zwischenlager Gorleben betreibt.

Die SOKO 783 wurde, mangels dringend benötigter Ermittlungserfolge, 1983 als Folge einer nicht abreißenden Kette von Sabotageakten gegen Einrichtungen der am Bau von Atommüll-Lagern beteiligten Firmen eingesetzt. Verstärkt wurde sie März 1984 anläßlich der großen Wendland-Blockade durch die SOKO 602 (Ermittlungsbereich kriminelle Vereinigung).

Ab Mai 1984 begann eine verstärkte Observation des Landkreises Lüchow-Dannenberg, die im August in einer Serie von Hausdurchsuchungen gipfelte, die bis heute anhält.

Einer der Höhepunkte war: „Im Dörfchen Bodenteich wird das ordnungsgemäß geparkte Auto eines Beschuldigten aufgebrochen und durchsucht. Der Besitzer findet auf den Sitzen einen Durchsuchungsbeschluß, der auf „Bildung einer kriminellen Vereinigung' (§ 129) ausgestellt ist." (taz, 22. 8.)

Auf dieser Grundlage wird seither geschnüffelt, beschlagnahmt und abgehört:

„Inzwischen ließ der Celler Oberstaatsanwalt Nolte sogar durchblicken, daß in einem Fall auch nach § 129a – also Bildung einer terroristischen Vereinigung – ermittelt wird, obwohl diese laut Strafgesetzbuch nur sehr schwere Straftaten wie Tötung, Mord oder etwa die Anzettelung eines Waldbrandes zum Ziel haben kann." (taz, 22. 8.)

Und wieder einmal arbeiten Polizei, Verfassungsschutz und elektronische Datenverarbeitung Hand in Hand. Die Erfassung von Namen, Kfz-Nummern, Schlafplatzvermittlungen, Veranstaltungsteilnahmen oder auch nur der Tatsache, wie im Falle Marianne Fritzen, Vorsitzende einer Bürgerinitiative zu sein, erfolgt heute zu den Bedingungen der Denkmodelle, die Staatsapparat und Technokraten der BRD ins Konzept passen. Mit der SPUDOK ist die Trennung zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit aufgehoben.

Jetzt gelingt es dem Staatsapparat, mit subtiler Genauigkeit sog. Bewegungsbilder politisch nicht opportuner Teile der Bevölkerung eines ganzen Landkreises zu zeichnen. Es geht hierbei nicht etwa um traditionelle polizeiliche Ermittlungsarbeit strafbarer Handlungen – mit Hilfe der EDV sollen soziale Bezüge erkannt werden, die die Grundlage eines auf konkreten Lebenszusammenhängen basierenden politischen Widerstandes bilden.

Das SPUDOK-System ist die Realisierung des Konzeptes ‚polizeilicher Sozialhygiene', wie es dem BKA-Chef Horst Herold vorschwebte. Hier sollen gesellschaftliche Probleme durch polizeiliche Ermittlungstätigkeit beseitigt werden, denn als nützlicher ‚Nebeneffekt' stellt sich heraus, daß selbst Mitglieder des EA Gorleben, der solche und ähnliche Ereignisse seit langem an die Öffentlichkeit trägt, bei sich eine einschüchternde Wirkung feststellen.

Eine Rechtsgrundlage für SPUDOK existiert nicht; erst im Vorentwurf eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes vom Februar 1985 ist eine rechtliche Regelung für solche Datensammlungen vorgesehen. Das niedersächsische Innenministerium berief sich in seiner Rechtfertigung der Rechtsbrüche auf Rechtslinien, die durch das Volkszählungsurteil längst überholt sind.

Das bringt selbst konservative Kräfte, wie Prof. Ernst Benda, Vorsitzender des Senats, der im Dezember 1983 die Volkszählung suspendierte, zu der Aussage: „Die Sammlung von Daten auf Vorrat, nur in der Hoffnung, man könne sie möglicherweise in der Zukunft irgendwie einmal für nützliche Zwecke verwenden, ist unzulässig." Die ständige Aufzeichnung und Auswertung von Daten würde „zwangsläufig zu einem totalen Überwachungsstaat führen." (lt. taz, 22. 8.)

Doch der Überwachungsstaat existiert – nicht erst seit heute; auch in der Vergangenheit fand bereits „Spurendokumentation" statt. Ein Beispiel:

Es wurde bekannt, daß in der Vorbereitungszeit zur Kalkar-Demo am 24. 9. 1977 in Nürnberger und Würzburger Anti-AKW-Kreisen Spitzel eingeschleust wurden, die in direktem Kontakt mit den bayerischen Behörden standen. Jede Idiotenmeldung, die auf die Vorbereitung von „Gewalttaten" schließen ließ, wurde registriert und weitergeleitet. Auch interne organisatorische Rundschreiben des Verkehrsausschusses in Nürnberg an einen kleinen Kreis von Aktiven waren interessant genug, um abgefangen zu werden. Und ein Nürnberger Bus, der sich auf dem Weg zur – wohlgemerkt genehmigten – Kalkar-Demo befand, wurde bereits in Bayern festgehalten, durchsucht und vier Stunden an der Weiterfahrt gehindert.

Ein springender Punkt ist wohl: Sämtliche Demo-Vorbereitungsaktivitäten, alles, was dort besprochen wurde, wurde von Spitzeln weitergeleitet und per Fernschreiben kamen dann von den entsprechenden Stellen Befehle an die Polizeibehörden, die anreisenden Demonstranten zu observieren und bis zu den Kontrollstellen verdeckt zu begleiten.

Wahrscheinlich jedenfalls fand die Verknüpfung sämtlicher Stellen 1977 noch per Fernschreiben statt – heute geht's per EDV wesentlich schneller und effektiver, eine Art ‚Dauerrepression' auf politisch aktive Menschen auszuüben. SPUDOK, neues Polizeigesetz und der computerlesbare Personalausweis usw. machen Herolds Zukunftsvisionen perfekt.

Vieles ist denkbar
viel mehr als wir denken ist machbar
– wird bereits gemacht.

Die Konsequenz dieser Erkenntnisse darf allerdings niemals Resignation und Angst sein – wir müssen in die Offensive, müssen immer mehr Fakten in unseren Köpfen (nicht im Computer) speichern, um die Logistik der Herrschenden zu erkennen und gegen sie anzugehen. Das gilt insbesondere im Widerstand gegen die WAA, die mit ihrer militärischen Schlüsselfunktion das System auf diesem Sektor stützen und tragen soll.

Machen wir's den Wendländern nach: sie „taten als AKW-Gegner einen Schritt nach vorn" und gründeten am 13. Juli 1985 „Die Kriminelle Vereinigung Wendland Gruppe 129 e. V." Machen wir das Unmögliche möglich!

Elisabeth, BI Nürnberg

Dank an taz und BI Lüchow-Dannenberg für manchen geklauten Satz.

Strafverteidiger kritisieren Einsatz von Polizeispitzeln

Hamburg (dpa)

Schwere rechtsstaatliche Bedenken gegen den Einsatz von sogenannten V-Männern zur Aufklärung und Verfolgung von Straftaten hat der Deutsche Anwaltverein (DAV) geltend gemacht. Rechtsanwalt Gerhard Strate erklärte in Hamburg auf einer DAV-Veranstaltung, dafür gebe es keine Rechtsgrundlage. Die polizeiliche Praxis beruhe lediglich auf einer Duldung durch den Bundesgerichtshof. Nach den Ausführungen Strates sehen die Strafverteidiger mit besonderer Besorgnis, daß der Einsatz von V-Leuten in den letzten zehn Jahren ständig zugenommen habe. An die Stelle des früheren Tip-Gebers aus dem Milieu sei später der V-Mann getreten, der selbst in die Kriminalszene verstrickt sei und sich als Informant der Polizei betätige, um sich nach Möglichkeit von eigener Verfolgung freizuhalten. Inzwischen gebe es – jedenfalls im Bereich der schweren und schwer aufklärbaren Kriminalität wie Drogen- und Waffenhandel – sogar den gezielten Einsatz von V-Leuten unter Anleitung der Polizei und neuerdings den gezielten Einsatz von Polizeibeamten selbst. V-Männer sind nach Auffassung der Verteidiger ein schweres Handicap, wenn es darum geht, die Rechte des Angeklagten im Strafprozeß zu wahren. Diese Spitzel, oftmals die wichtigsten Zeugen, würden von den Sicherheitsbehörden regelmäßig für eine unmittelbare Vernehmung im Prozeß gesperrt, und zwar zu ihrem eigenen Schutz und zur Sicherung ihrer Weiterverwendbarkeit im Milieu.

„SZ" 24. SEPT. '85

-WAA-

Brutalisierung der Politik

Gutachten zu Atommülltransporten

Stoppt die Stadt Nürnberg die WAA?

Nürnberg (taz) — „Das Restrisiko ist nicht zu vernachlässigen." Zu diesem eindeutigen Ergebnis kommt ein jetzt vorgelegtes Gutachten der „Gruppe Ökologie" in Hannover zur Gefährlichkeit von Transporten radioaktiver Stoffe durch das Stadtgebiet Nürnbergs von und zur WAA. Mit Mehrheit hat der Umweltausschuß des Nürnberger Stadtrates daraufhin beschlossen, die Stadt Nürnberg möge sich in das laufende Genehmigungsverfahren der geplanten Wiederaufbereitungsanlage bei Schwandorf einschalten.

Lange hat es gedauert, bis der Antrag der Stadtratsfraktion der Grünen im Nürnberger Umweltausschuß mehrheitsfähig war. Doch im Zuge der Versuche der bayerischen Sozialdemokraten, sich an die Spitze des Widerstands gegen die geplante WAA zu setzen, kam es im Februar dieses Jahres mit den Stimmen von SPD und Grünen zu dem Auftrag für die Gruppe Ökologie e.V., ein „Gutachten zu den Gefahren für die Nürnberger Bevölkerung durch den Transport radioaktiver Stoffe von und zu der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf" zu erstellen. Dies liegt nun in einer Stärke von 172 Seiten vor und hat erheblichen Wirbel ausgelöst.

Die Bundesautobahnen Drei im Nordosten der Stadt und Sechs im Süden sowie der Rangierbahnhof im Süden Nürnbergs werden von den Transporten von und zur WAA in Wackersodrf berührt. Seit 1903 ist der Nürnberger Rangierbahnhof in Betrieb und gilt als der unfallträchtigste in der BRD. Obwohl er bis 1987 mit einem Kostenaufwand von 193 Millionen Mark modernisiert wird, ist er — so die Gutachter — „nach Anlagen der Kriterien weder ein besonders schwerwiegender möglicher Unfallpunkt noch ist er als solcher völlig zu vernachlässigen". Die Gutachter rechnen zwar mit einem drastischen Rückgang der Rangierunfälle, aber z.B. Brände, die nicht durch Bewegungsvorgänge hervorgerufen werden, bleiben davon unberührt. Allein in den Jahren 1980 bis 1984 hat es jährlich rund zehn Brände auf dem Nürnberger Rangierbahnhof gegeben.

Umschlagplatz Nürnberg

Der eindeutige Trend zur Verlagerung der Transporte gefährlicher Güter auf die Schiene, die durch die Modernisierung gesteigerte Waggonzahl, die Nürnberg durchlaufen (von 4.700 Waggons auf 5.800), sowie die Tatsache, daß radioaktive Transporte zur WAA gemeinsam mit anderen dort benötigten gefährlichen Gütern abgewickelt werden, lassen — so die Gutachter — das Risiko weiter steigen. Bei Brennelementen muß mit einem Unfall in 100.000 Jahren (siehe Tabelle), bei mittelaktivem Abfall mit einem Unfall in circa hundert Jahren gerechnet werden. Sowohl Betrachtungen in der Wissenschaft als auch Tendenzen in der Rechtsprechung gehen von einem „vernachlässigbaren Restrisiko" aus, wenn die Unfallwahrscheinlichkeit bei einem Unfall in einer Million Jahren oder niedriger liegt. Auf den sonstigen Schienenstrekken liegt das Risiko jedoch noch um ein Vielfaches höher.

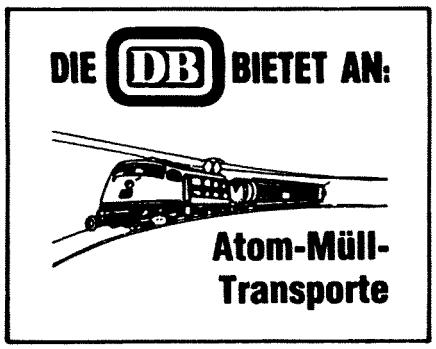
Eine genaue Berechnung aufgrund von Unfallstatistiken der Bahn war den Gutachtern jedoch nicht möglich, da derartiges Zahlenmaterial für gefährliche Güter nicht existiert („weil die Bahn ein an wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteter Betrieb ist"). Informationen von der Deutschen Bundesbahn, die die Gruppe Ökologie erhalten hat, waren zudem unvollständig. Sämtliche Ortsnamen und verschiedene andere Hinweise waren überklebt worden. „Eine Auswertung hinsichtlich von Vorfällen im Raum Nürnberg, die differenzierte Aussagen gestattet hätte, konnte daher nicht durchgeführt werden." Zudem sind die sehr knappen Unfallberichte „mit der aus-

drücklichen Absicht verfaßt, die Akzeptanz für Atomtransporte in der Bevölkerung zu erhöhen".

Trotz ungenauer Daten kommen die Gutachter Dr. Helmut Burdorf, Ulrike Fink von Rabenhorst und Dr. Helmut Hirsch zu dem Schluß, daß im Jahresmittel rund 250 Vorfälle im Raum Nürnberg eingetreten sind, „die bestätigen, daß derartige Wahrscheinlichkeiten (siehe Tabelle) keinesfalls vernachlässigbar sind".

In dem Gutachten wird von einem im Sinne der DWK optimalen Betrieb der WAA (Vollastbetrieb bis zu 500 Jahrestonnen) und des restlichen Brennstoffkreislaufs ausgegangen, d.h. die produzierten Mischoxid-Brennelemente gelangen zum Einsatz in Leichtwasserreaktoren und in Niedersachsen ist mindestens ein Bundesendlager für sämtliche Abfälle der WAA aufnahmebereit. „Andererseits wird weder ein Weiterbetreiben der WAA über die 40jährige Betriebszeit hinaus noch der Neubau einer (größeren) WAA in Wackersdorf in Rechnung gestellt, obwohl zumindest eine dieser Möglichkeiten sicher den Zukunftsvorstellungen der kerntechnischen Industrie entspricht."

Nach den bisherigen Planungen soll der Bau der WAA 1995 abgeschlossen sein. Bis dahin werden jährlich mehr als 40 Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus den KKWs aus Süddeutschland ins Zwischenlager Wackersdorf über Nürnberg gehen. In den darauffolgenden fünf Jahren wird sich der Jahresdurchsatz der WAA von 50 Tonnen bis auf 450 bzw. 500 Tonnen (es ist erklärte Absicht der DWK, nicht bei den geplanten 350 Tonnen stehenzubleiben) erhöhen. Die Transporte durch Nürnberg steigen dann auf etwa 1.000 pro Jahr. Neben den abtransportierten Brennelementen werden nun Produkte der WAA abtransportiert. Uranylnitrat wird zur Konversionsanlage Comurhex nach Frankreich und von dort zur Urananreicherungsanlage in Gronau, Plutoniumnitrat in flüssiger Form zur ALKEM nach Hanau transportiert. Falls in Wackersdorf Mischoxid-Pulver hergestellt wird, muß dieses ebenfalls nach Hanau transportiert werden.



Im Vollastbetrieb (in den Jahren 2000 bis 2035) fallen jährlich etwa 2.300 bis 2.400 Transporte an. Nach Stillegung der WAA (2035 bis 2067) werden 36 Transporte hochaktiver Glaskokillen und „erhebliche, aber unkalkulierbare Mengen radioaktiven Abrißschrotts" erwartet. Bis Mitte des nächsten Jahrhunderts werden also etwa 90.000 bis 100.000 Transporte mit radioaktiven Materialien über Nürnberg gehen, allein zuzeiten des Vollastbetriebes etwa 45 bis 50 pro Woche.

Trotz des Trends zur Verlagerung auf die Schiene wird damit gerechnet, daß Plutonium-Nitrat von Karlsruhe zur WAA, Plutonium-Oxid aus La Hague zur WAA und Mischoxid-Brennelemente von der WAA zu den einzelnen Kernkraftwerken per Lkw durchgeführt werden. Unbeeindruckt von der amerikanischen Entwicklung — dort sind seit 1978 Plutonium-Nitrat-Transporte verboten —, werden bereits seit 1971 derartige Transporte von der WAK in Karlsruhe nach Hanau durchgeführt.

Heiße Fracht

Hochgradig aktiver Atommüll soll über Straße oder Schiene selbst dann transportiert werden, wenn die Behälter beschädigt sind. In der Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben legte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt nun fest, daß Container mit schweren Defekten an die Absender, die Kernkraftwerke, zurückgeschickt werden müssen. Der Grund: Für Reparaturen wären in den Lagern sogenannte heiße Zellen erforderlich, die rund 100 Millionen Mark kosten würden. Wie die Energieunternehmen die heiße Fracht behandeln, zeigt eine interne Anweisung der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Hannover: Danach werden reparaturbedürftige Atommüll-Behälter „auf üblichem Wege per Schiene vom Zwischenlager zum Kernkraftwerk" transportiert. Eine Fehlhandhabung sei dabei „weitestgehend ausgeschlossen".

DER SPIEGEL, Nr. 25/1985

Unfälle und Konsequenzen

Fünf in Nürnberg mögliche Unfälle haben die Gutachter im Anschluß daran untersucht. Bei einem Unfall mit abgebrannten Brennstäben rechnen sie bei einer Freisetzung von Radioaktivität mit einer Evakuierung der Bevölkerung bis in etwa einen Kilometer Entfernung vom Unfallort. Kommt es bei unifixiertem mittelaktivem Abfall gar zu einem Brand, werden mehrere 100 Curie Plutonium freigesetzt. Unter bestimmten Annahmen rechnen die Gutachter mit einigen hundert zusätzlichen Todesfällen durch Krebs und Leukämie.

Für den Fall, daß in der WAA auch eine Mischoxid-Brennelemente-Fabrik errichtet wird, muß mit Plutoniumoxid-Transporten aus Frankreich und Großbritannien gerechnet werden. „Ein Auffahrunfall kann zu einer Stauchung der Behälter mit anschließender sogenannter schneller Kritikalität führen. Die Neutronenstrahlung wirkt in einem Radius von etwa zwanzig Metern tödlich. Nur unter äußerst günstigen Bedingungen können rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet werden, die eine Ausbreitung des freigewordenen Plutoniums in größerem Ausmaß verhindern." Und später: „Aber auch für den Fall, daß sich nur Bruchteile des Plutoniums in Richtung Stadtgebiet ausbreiten, ist mit einer hohen Strahlenbelastung der Bewohner und mit einer weiträumigen Verseuchung des Bodens und sonstiger Oberflächen zu rechnen. Weite Gebiete müssen langfristig oder auf Dauer für unbewohnbar erklärt werden."

Bei einem Unfall mit flüssigem Plutoniumnitrat, bei dem 25 Prozent des Behälterinhalts freigesetzt wird, können in den Folgejahren bis zu einigen tausend zusätzlichen Krebsfällen im betroffenen Gebiet auftreten.

Andere Studien — andere Zahlen

Kritisch setzt sich die Gruppe Ökologie aus Hannover mit dem 1984 abgeschlossenen und vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanzierten „Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung" (PSE) auseinander. Vier Varianten hatte PSE untersucht, darunter das „Integrierte Entsorgungskonzept mit Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf" („IEK-Süd"). Das hannoversche Institut wirft dem PSE eine „Unterschätzung von Unfallwahrscheinlichkeiten" vor, die Studie enthalte „noch zu viele, in weiten Grenzen willkürliche Annahmen und unzulässige Vereinfachungen", um mehr zu sein als ein erster Ansatz und Diskussionsbeitrag". So bezog sich die PSE auf die Sicherheitsvorschriften für Castor-Behälter, die einen Fall aus neun Meter Höhe auf eine starre Platte (Stahlplatte auf Betonfundament) aushalten müssen. Im Bereich der Deutschen Bundesbahn können jedoch Fallhöhen bis zu 40 Meter auftreten. Von der PSE wird nun davon ausgegangen, daß der härteste dabei auftretende Untergrund eine Betonfahrbahn ist, die erheblich weicher als die Testplatte sei. Dies — so die Gruppe Ökologie — werde der Realität aber nicht gerecht, da härtere Materialien wie z.B. Granit oder harter Kalkstein vorhanden sein können, die die Testplatte sogar an Härte übertreffen können.

Außerdem werden in der PSE-Studie z.B. menschliche Irrtümer und Sabotage-Angriffe, aber auch die eminent hohe Dunkelziffer bei Verkehrsunfällen nicht berücksichtigt. Wie in allen herkömmlichen Risiko-Analysen sei die Quantifizierung des Risikos problematisch. „Die Relevanz des dann errechneten 'geringen' Risikos erreicht für die öffentliche Diskussion schließlich nur die Qualität einer akzeptanzfördernden Maßnahme", denn damit ließen sich scheinbar schlüssige Vergleiche ziehen zwischen dem Risiko „Kernenergie" und anderen zivilisatorischen oder naturbedingten Risiken (Rauchen, Aufofahren, Blitzschlag etc.).

Aufgrund derartiger Analysen werde auch gefunden, daß das Risko einer einzelnen realen Person, von einem schweren Unfall getroffen zu werden, außerordentlich gering ist. „Hier liegt im übrigen auch das Grundproblem eines auf Individualklagen beruhenden Rechtssystems. Während ein direkter Anwohner einer kerntechnischen Anlage ohne weiteres das Klagerecht zugesprochen bekommt, müßte sich ein Bürger in Nürnberg, der sich von den zahlreichen Atomtransporten in irgendeiner Weise betroffen fühlt, dieses Klagerecht erst noch 'erfechten'".

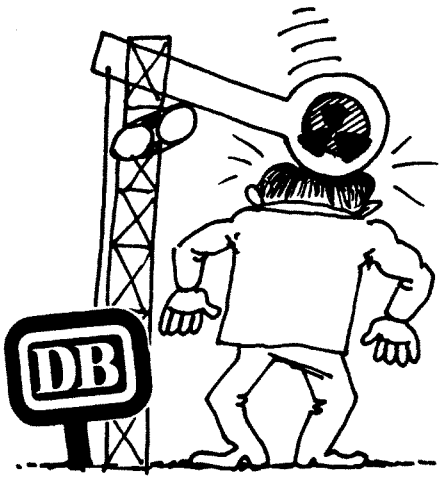
Expertenrat: Stadt soll klagen

Während die grüne Stadträtin Hiltrud Gödelmann fordert, die Stadt müsse Neuland beschreiten und aufgrund ihrer durch die Transporte eingeschränkten Planungshoheit in das Teilerrichtungsgenehmigungsverfahren intervenieren, weist die CSU dies weit von sich. Das Gutachten diene eh nur als Vehikel zur Verhinderung der WAA, am liebsten würde man es gar nicht mehr diskutieren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des SPD, Dr. Jürgen Fischer, verweist dagegen darauf, daß auch bei geringen Wahrscheinlichkeiten ein Unfall bereits im ersten Jahr eintreten könne. „Die Wahrscheinlichkeit eines Kanalbruches liegt auch bei einem Fall in 100.000 Jahren, wir haben die schmerzliche Erfahrung gemacht." Er bezieht sich dabei auf einen Dammbruch beim Rhein-Main-Donau-Kanal im Nürnberger Stadtteil Katz-

wang, der am 26. März 1979 ein Todesopfer gefordert und einen Schaden in Höhe von 17 Millionen Mark angerichtet hatte. Schließlich verabschiedeten Grüne und SPD folgenden Antrag: „Die Stadt Nürnberg hält sich für betroffen und schaltet sich in das laufende Genehmigungsverfahren ein mit dem Ziel, sich gegen die Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigung zu wenden, wenn der Betrieb der WAA abhängig ist von Atommüll-Transporten durch Nürnberger Stadtgebiet."

Auch Dr. Sauber, Rechtsreferent der Stadt, der sich bisher vehement gegen die Möglichkeit einer Klage gewandt hat, scheint von seiner Partei auf Linie gtrimmt worden zu sein: „Rechtsmeinungen können sich ändern."

Einer, der es wissen muß, Rechtsanwalt Wolfgang Baumann aus Würzburg, rät der Stadt Nürnberg, mit einer Popular- oder einer Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan der WAA vorzugehen. Auf Anfrage teilte er mit, daß dadurch die „planungsmäßige Grundlage des ganzen Projekts erschüttert werde". Baumann, der derzeit für den Bund Naturschutz eine Popularklage gegen die WAA und für Bürger in der Oberpfalz eine Normenkontrollklage verfaßt, verweist darauf, daß die Anlage der WAA planungsmäßig angebunden ist an das Streckennetz über Nürnberg und zwar „ohne Alternative". Er hält im Falle der Zulassung der Klage sogar einen Aufschub der im Oktober beginnenden Rodungsarbeiten für möglich.



Positive Aspekte kann der anstehende Rechtsstreit auch für den regionalen Widerstand gegen die WAA haben. Durch die öffentliche Diskussion werden die Transportwege zur und von der Atomfabrik wieder als Achillesferse des Atomprogramms deutlich. Statt dem bloßen Anrennen auf das Baugelände könnten auch die wichtigen Straßen der Oberpfalz zum Objekt der Ver- und Behinderungsaktionen werden. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat die Anti-Atom-Bewegung damit gute Erfahrungen gemacht: ein Grund, warum die WAA nun nicht ins wendländische Dragahn, sondern nach Wackersdorf soll. *Bernd Siegler*

Nürnberg

– **Gutachten zu den Gefahren für die Nürnberger Bevölkerung durch den Transport radioaktiver Transporte von und zu der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf – kann zum Selbstkostenpreis bezogen werden über**

– BI gegen die WAA Nürnberg
c/o Wilfried Knerr
Hochstraße 40
8500 Nürnberg

Ein Atomarbeiter packt aus . . .

Ein Hanauer Atomarbeiter, der aus verständlichen Gründen anonym bleiben will, hat zu verschiedenen Aspekten des Betriebs in diesen Firmen seine Erfahrungen und Informationen zusammengestellt.

Zum überwachungsstaatlichen Teil:

1. Bei der Einstellung von Ganz- oder Zeitmitarbeitern bei Nukem und Alkem findet eine Sicherheitsüberprüfung statt.
   Verschiedene Mitarbeiter haben behauptet, während dieses Zeitraumes sei in ihre Wohnung eingedrungen worden (Sachen waren nicht an derselben Stelle, abgeschlossene Türen waren nicht mehr abgeschlossen, etc.)

2. Telefongespräche von Nukem-Mitarbeitern nach draußen (während der Arbeitszeit) werden zumindest zeitweilig mitgehört, z. B. durch andere Mitarbeiter, Vorgesetzte oder dritte Stellen. Das wird von verschiedenen Seiten zweifelsfrei berichtet. Die Mitarbeiter haben sich auch darauf eingestellt und achten sehr auf das, was sie mit Familie oder Freunden am Telefon besprechen.

Sicherheitsrelevantes:

1. Ich nehme an, daß ihr über den Produktionsprozeß bei der Alkem prinzipiell informiert seid. Jedenfalls wird dort in sogenannten Caissons gearbeitet. Das sind Produktionsräume, die gegenüber der Halle Unterdruck aufweisen, wie auch die Halle gegenüber der Umgebung – damit soll sichergestellt werden, daß nichts entweicht.
   In diese Caissons geht keiner der Mitarbeiter bei der Alkem gerne hinein, da dort das Kontaminationsrisiko sehr groß ist. Kontamination kommt täglich vor.
   Die Anlagen bei der Alkem sind ja schon sehr alt, so daß es immer mal wieder vorkommt, daß Leitungen platzen, Ventile undicht werden etc. Manchmal wird mehrmals täglich Kontaminationsalarm ausgelöst, so oft, daß das schon gar nicht mehr ernst genommen wird.

2. In diesen Caissons darf nun eine Höchstradioaktivität nicht überschritten werden. Das wird kontrolliert. Aber wie! Genau wie in anderen Lagerräumen, wo das auch der Fall ist: Radioaktives Material wird in die eine Ecke geschafft, dann in der anderen Ecke gemessen. Dann wird umgeräumt: das Zeug in die vorher gemessene Ecke und dann in der anderen Ecke messen. So geht das reihum, bis dann aus den Messungen ein Mittelwert gebildet wird, der das ganze dort befindliche Material ignoriert und natürlich unterhalb der Toleranzen liegt. Um das radioaktive Material wird sozusagen herumgemessen. Das ist Routine und verstößt gegen alle Vorschriften.

3. Ein Beispiel, wie mit der Sicherheit umgegangen wird:
   Ein Teil des Fußbodens in der Halle ist einmal durch auslaufende Brühe kontaminiert worden. Er sollte herausgerissen werden. Der mit dem

STRENG VERTRAULICH. . . . .

Herausreißen des kontaminierten Teil des Fußbodens beauftragten Firma wurde aber nicht mitgeteilt, um was es ging. Ergebnis: Die Arbeiter der Firma machten sich ungeschützt – mit bloßen Händen – an die Arbeit. Erst als sie durch die Schleuse (dort erfolgen Kontrollmessungen, d. Red.) wieder rauswollten, merkte man, daß sie total kontaminiert waren. Das ist kein Einzelfall.

4. Überhaupt: Was geschieht mit kontaminierten Mitarbeitern? Sie werden von der Firmenleitung darauf eingeschworen (und dafür mit Zulagen bezahlt), daß sie noch nicht einmal ihren Familien davon erzählen. Da aber die notwendigen medizinischen Untersuchungen mit Zeitaufwand verbunden sind, müssen sie erzählen, sie machten Wochenendarbeit oder gingen auf Lehrgang, während sie aus dem Verkehr gezogen sind.

5. Wieder zurück zu radioaktivem Material: Die Alkem platzt aus den Nähten. Es ist viel mehr da, als gesetzlich erlaubt und vorgesehen. Die wissen gar nicht mehr, wohin mit dem ganzen Mist.

Folgende Abhilfen wurden geschaffen:

a) Das Zeug wird in Räumen gelagert, wo es gar nicht sein dürfte (siehe Punkt 2). Da wird dann, um es zu verschleiern, 'drumrumgemessen'.

b) Das vorgesehene Zwischenlager ist zum Platzen gefüllt und faktisch ein Endlager. Um den Vorschriften Genüge zu tun, werden ab und zu die Beschriftungen und Auszeichnungen des dort Gelagerten geändert, Ein- und Ausgänge fingiert. Der gelagerte Bestand aber ist im Großen und Ganzen immer derselbe.

c) Um aus der Produktion stammende Schwach- und mittelaktive Abfälle unterzubringen, wurde kurzerhand der Firmenparkplatz geräumt und der Mist dort gelagert! Ein Zwischenlager in Hanau usw.

6. Plutonium
Aus der Alkem Plutonium zu entwenden, ist nicht so schwer, wie die Leute einen glauben machen wollen. Zwar sind die Schleusen da, aber wer an das Zeug ran will, der muß nicht unbedingt an den Schleusen vorbei! Fragt mal die Arbeiter dort, die wissen wie das gehen könnte (bei Kontaminationsalarm). Straffreiheit zugesichert, wäre ich jederzeit bereit, das zu demonstrieren.

Ich könnte noch eine Weile so weitermachen . . .

Aber: Verfassungsschutz, MAD und wer-weiß-ich-noch-alles fahren total auf Versuche ab, solche Sachen nach draussen zu bringen. Deshalb habe ich die Sachen alle etwas verschwommen gehalten, damit sie die Informationen nicht so gut festnageln können, und deshalb will ich auch dabei nicht in Erscheinung treten.

Ich weiß auch noch andere Sachen, die bei Alkem und Nukem abgehen, z. B. wie Gutachten und Grenzwerte so lange gepfriemelt werden, bis die Dinge in den zulässigen Bereichen liegen. Aber ich fürchte man kann dort leichter feststellen, von wem ganz konkret etwaige Informationen stammen.
Macht bitte eine Fotokopie für Euch und schmeißt die Originale weg, auch den Umschlag.

–

TÜV genehmigt völlig unzureichenden

Vorläufige Stellungnahme zu den vom Bayerischen Staatsministerium ausgelegten Gutachten und weiteren Unterlagen im Zusammenhang mit der geplanten WAA-Wackersdorf.

Die Stellungnahme wurde verfaßt:
– vom Öko-Institut e. V., Projektgruppe Reaktorsicherheit, Darmstadt;
– von der Arbeitsgruppe Wiederaufarbeitung an der Uni Bremen
mit einem Beitrag der Gruppe Ökologie Hannover.

Schikanen

In zweiwöchiger Arbeit mußten, da die Bayerische Staatsregierung ein Kopierverbot erließ, Abschriften des 8000 Seiten starken Gutachtens erstellt werden.

Nicht einmal zwei Wochen blieb dann dem Öko-Institut, eine Stellungnahme zum Gutachten anzufertigen, da die Bayerische Staatsregierung die Frist zur Stellungnahme auf den 31. 7. 1985 festgelegt hatte. (Vom 1. 7. bis 15 7. 1985 lag das Gutachten in Schwandorf aus.)

Zusammenfassend wird über die vom Bayerischen Staatsministerium vorgelegten Gutachten wie folgt geurteilt:

„Auf Grundlage der vorgelegten Gutachten ist die Erteilung einer ersten Teilgenehmigung nicht möglich. Eine erste Teilgenehmigung enthält die Genehmigung des **Standorts**, des Konzepts und erster **Baumaßnahmen**, im vorliegenden Fall u. a. des Brennelementeeingangslagers.

Eine Genehmigung des **Standorts** ist derzeit nicht möglich, da Gutachten, die für die Beurteilung der Eignung des Standorts entscheidend sind (Meteorologiegutachten, Hydrogeologiegutachten, Radioökologiegutachten) noch nicht abgeschlossen sind.

Für die Begutachtung des **Konzepts** lagen den Gutachtern in vielen Punkten unzureichende Unterlagen vor, so daß sie nur Aussagen des Typs: „Wir sind der Meinung, daß es technische Lösungen möglicherweise geben könnte", machen können. Derartige Aussagen sind völlig unzureichend für die Bildung eines Urteils darüber, ob das von der Antragstellerin vorgelegte Konzept den Anforderungen des Atomgesetzes entspricht.

Ähnlich ist die Situation für das **Brennelementeeingangslager**. Hier war den Gutachtern wegen mangelnder Unterlagen die Beurteilung der zentralen sicherheitstechnischen Komponente, des Brennelemente-Lagerbehälters, nicht möglich. Auch hier ist daher die Erteilung einer ersten Teilgenehmigung nicht möglich.

Weitere Genehmigungsvoraussetzungen sind der Nachweis der **Zuverlässigkeit der Antragstellerin** und der Nachweis von **Entsorgungsmöglichkeiten** für die beantragte Anlage. Zu beiden Punkten liegen Gutachten nicht vor. Was die Zuverlässigkeit der Antragstellerin betrifft, sind genügend Tatsachen – sowohl aus anderen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren wie aus dem hier vorliegenden – bekannt, die starke Zweifel an Zuverlässigkeit und Fachkunde der Antragstellerin aufwerfen. Entsorgungsmöglichkeiten für die Anlage sind bislang offenbar nicht nachgewiesen worden und u. E. derzeit auch nicht nachweisbar.

Schließlich haben wir noch – soweit es die Kürze der uns zugestandenen Zeit erlaubte – zu einigen Detailfragen aus dem Bereich der Radioökologie und der Inventarrechnungen Stellung genommen.

Zur Einordnung der ausgelegten Gutachten

Die Wichtigkeit des Gutachtens zeigt sich daran, daß es von der Staatsregierung als Grundlage zur Erteilung der er-

sten Teilgenehmigung angesehen wird.

Weiter wird in der Stellungnahme des Öko-Instituts u. a. geschrieben:

„Wir sehen die Ausführungen in dieser Stellungnahme ausdrücklich nicht als Einwender im Sinne der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) an. Der Bayerischen Staatsregierung ist bekannt, daß das jetzt anstehende Konzept für die WAA bei Wackersdorf unter anderem wegen des Übergangs der Planungsdurchführung von Uhde/Lurgie an das KWU/KAH/Nukem-Konsortium nicht dem Konzept entspricht, das in dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren nach AtVfV in Form des Sicherheitsberichtes vorgelegt wurde. (Der TÜV

Das Konzept

Hier fordert der § 18,2 der AtVfV:

„Zusätzlich sind Angaben zu machen, die bei einer vorläufigen Prüfung ein ausreichendes Urteil darüber ermöglichen, ob die Genehmigungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb der gesamten Anlage vorliegen werden."

Dazu das Öko-Institut:

„Bei anderen kerntechnischen Anlagen werden dafür neben dem Sicherheitsbericht umfangreiche Beschreibungen vorgelegt, in denen schon recht detailliert die zukünftige Anlage beschrieben ist. (...) Anders bei der beantragten

Sicherheitsbericht

begutachtet also im Grunde überholte Unterlagen der Uhde/Lurgie-Gruppe. Mittlerweile beauftragte die DWK ja das KWU-Konsortium als Hauptauftragnehmer mit der Errichtung der Anlage, Anm. d. Red.) Deshalb hat entsprechend dem Atomgesetz und der AtVfV ein neues Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zu erfolgen.

Das Brennelement-Eingangslager

Das Gutachten des TÜV-Bayern geht nur an wenigen Stellen sehr kurz auf das Brennelement-Eingangslager ein. Meist wird vom TÜV das Fehlen von DWK-Unterlagen zum jeweiligen Aspekt festgestellt. Immerhin gibt der TÜV den Hinweis, daß **bis heute noch keine Transportbehälter für die beabsichtigte Zwischenlagerung von Hochabbrand- und MOX-Brennstoffen entwickelt sind.** Jedoch übt sich der TÜV in Zuversicht, wenn er von der Konstruktierbarkeit der Lagerbehälter ausgeht.

Weiter aus der Stellungnahme des Öko-Instituts:

„Dieses Vorgehen ist unhaltbar und entspricht jeder gängigen Begutachtungspraxis Hohn. (...) **Wenn Unterlagen dazu offensichtlich von der Antragstellerin (DWK, Anm. d. Red.) bis heute nicht vorgelegt werden konnten, kann der Gutachter damit auch keine sicherheitstechnische Wertung abgeben.** (...) Es ergibt sich damit die absurde Situation, daß für diesen Anlagenteil zwar die sicherheitstechnische Bedeutung der Beleuchtungseinrichtungen und jedes einzelnen Feuerlöschers, nicht aber die der aktivitätseinschließenden Lagerbehälter selbst gutachterlich überprüft worden ist. (...) Damit gibt der Gutachter eine positive Beurteilung einer Anlage ab, für deren wesentliche Komponenten die Antragstellerin bis heute keinerlei Konstruktionszeichnungen, Konstruktionsdaten und detaillierte Unterlagen vorgelegt hat."

WAA bei Wackersdorf. **In den bisher von der DWK vorgelegten Unterlagen fehlen auf weite Strecken Beschreibungen wichtiger Komplexe, sodaß eine Beurteilung nicht möglich ist.** An weiteren wichtigen Stellen beschreiben die Unterlagen Sachverhalte, die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht genehmigungsfähig sind. (...) Der TÜV-Bayern verfährt aber völlig anders. Er stellt jeweils fest, daß die Unterlagen fehlen, oder daß sie nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Dann ‚begutachtet' er aber weiter und stellt fest, daß er sich schon denken kann, **daß es möglicherweise eine technische Lösung geben könnte,** die die Anforderungen von Wissenschaft und Technik erfüllt. Diese Lösung hat aber wohlgemerkt nicht mehr mit den von der DWK vorgelegten Unterlagen, Plänen und Lösungen zu tun . . .

Wenn das Vorgehen des TÜVs Schule machen würde, könnte eine Firma mit beliebig schlechten und unvollständigen Unterlagen eine beliebige Anlage beantragen, und diese immer dann genehmigt bekommen, wenn der Gutachter erzählt, daß mit irgendwelchen vorstellbaren Techniken – die nicht Inhalt des Antrages sind – eine Anlage gemäß den geltenden Regeln und Gesetzen gebaut werden könnte."

Als Beispiel, die diese absurde Gutachterpraxis besonders deutlich macht, zitiert die Stellungnahme des Öko-Instituts u. a. die Bewertung der Störfallinstrumentierung. Dabei handelt es sich um Instrumente, die dem Betriebspersonal bei Störfällen Informationen mitteilt, um eine endgültige Störfallbekämfung und Folgenbegrenzung überhaupt erst zu ermöglichen.

Der TÜV schreibt dazu:

„(...) Aus den uns vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß bei den gewählten Aufstellungsorten der Anzeigegeräte ein notwendiger Gesamtüberblick über den Anlagenzustand der Wiederaufarbeitungsanlage nicht gegeben ist. (...) **Prüfbare Unterlagen hierzu und über den Umfang der Geräte sowie für die Zuordnung von Teilen der Instrumentierung der Strahlung- und Aktivitätsüberwachung zur Störfallordnung liegen nicht vor."**

Die Stellungnahme des Öko-Instituts berichtet weiter über „Widersprüche zwischen dem begutachteten Konzept und dem von der DWK tatsächlich beabsichtigten Konzept".

Das Öko-Institut u. a.: „Es ist daher festzustellen, daß das gegenwärtig von der Antragstellerin verfolgte Konzept (z. B. Plutoniumweiterverarbeitung und/oder -lagerung, Anm. d. Red.) bislang nicht begutachtet wurde. Eine Genehmigung kann aber vor Abschluß dieser Begutachtung unter keinen Umständen erteilt werden."

Fehlende endlagergeeignete Spezifikation der Abfallprodukte

Die bei der Wiederaufarbeitung entstehenden Abfallprodukte sollen in Glas oder Zement eingeschlossen und nach einer Zwischenlagerung auf dem Gelände der WAA in ein noch zu erstellendes Endlager gebracht werden. Hierzu ist erforderlich, daß ihre Eigenschaften an das Endlager angepaßt werden; andernfalls sind sie nicht endlagerfähig. In dem ausgelegten Gutachten wird jedoch nur über die Zwischenlagerung auf dem Anlagengelände gesprochen. Wäre auch die notwendige Endlagerung begutachtet worden, so hätte sie mindestens in

einem Punkt ein negatives Ergebnis erbringen müssen! **So sind die „Glaskokillen" (= verglaster, hochradioaktiver Abfall, Anm. d. Red.) von der DWK für eine maximale Stapelhöhe von 10 Stück ausgelegt. In der Konzeption des Endlagers ist jedoch eine Stapelhöhe von 217 Kokillen vorgesehen.**

Das Öko-Institut u. a. dazu: „Allein dieser Punkt muß zur Nichtgenehmigung des Konzepts führen."

Fehlende Begutachtung des Einflusses längerdauernder externer Ereignisse auf die Sicherheit der WAA

Dazu das Öko-Institut u. a.:

„Die WAA ist in ihrer sicherheitstechnischen Versorgung von der Außenwelt abhängig (z. B. Strom/Diesel/Heizöl/Stickstoff, Anm. d. Red.). Sie ist kein autarkes System. Das radioaktive Inventar der WAA und damit ihr Gefährdungspotential kann nicht durch Abschalten verringert werden. Im Gegenteil ist sie gerade darauf ausgelegt, über Jahrzehnte hinweg ein sehr großes Inventar an radioaktiven Stoffen zu beherbergen. Deshalb muß bei einer Konzeptprüfung überprüft werden, ob Abhängigkeiten von der Außenwelt zu sicherheitstechnischen Folgen führen können. Aber in der vorgelegten Begutachtung wird an keiner Stelle auf solche Probleme eingegangen. (...) Diese Vernachlässigung ist ein eklatanter Fehler. (...) **Weiter fehlt in der Begutachtung eine Untersuchung der Auswirkungen eines potentiellen Krieges auf die Sicherheit der WAA.** (...) Spätestens seit dem Gorleben-Hearing entspricht die Einbeziehung von Kriegsauswirkungen dem Stand von Wissenschaft und Technik."

Neben den oben angegebenen technischen Voraussetzungen zur ersten Teilgenehmigung (Standort/Konzept/erste Baumaßnahmen) sind nach dem Atomgesetz weitere Voraussetzungen zu erfüllen, bevor eine erste Teilgenehmigung erteilt werden kann.

Zu zwei dieser Voraussetzungen (Zuverlässigkeit des Antragstellers/Entsorgungsnachweis) werden in der Stellungnahme des Öko-Instituts zum ausgelegten Gutachten Anmerkungen gemacht.

Zuverlässigkeit des Antragstellers

Hier sind insbesondere zu berücksichtigen:

a) Betriebserfahrung und Zuverlässigkeit sonstiger von der Antragstellerin errichteter nuklearer Anlagen;

b) inhaltliche Dichte, Vollständigkeit, Know-How der vorgelegten Unterlagen.

Zu a)

„In der BRD wurden bis heute von der DWK erst zwei Nuklearanlagen errichtet und mit einer atomrechtlichen Genehmigung versehen: ein Zwischenlager für schwachaktive Abfälle bei Gorleben (sog. Faßlager) sowie ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente (sog. Transportbehälterlager) am gleichen Standort. **Beide Anlagen liegen derzeit wegen schwerwiegender Mängel des DWK-Konzepts und deren Bauausführung still.**

(...) Es muß weiterhin darauf verwiesen werden, daß die schon absurde Häufung offensichtlicher, elementare Fachkenntnisse negierender Fehler bei Planung, Errichtung und Betrieb des Faßlagers erst recht zu **Bedenken gegen Zuverlässigkeit und Fachkunde der DWK** zu Errichtung und Betrieb der ungleich größeren, komplexeren und um Größenordnungen höhere Schadenspotentiale aufweisende WAA führen. Die dafür beantragte Genehmigung ist der DWK zu versagen." (Zitiert aus der Stellungnahme)

Zu b)

„Die mangelnde Fachkunde der DWK wird aber nicht nur an ihren bisherigen Nuklearprojekten deutlich, sondern in ebensolchem Maße durch Umfang und inhaltliche Fehler der von ihr im Rahmen des hier vorliegenden Genehmigungsverfahrens vorgelegten Unterlagen." (Öko-Stellungnahme) Es folgen Sachverständigenbewertungen aus dem Gutachten der Bayerischen Staatsregierung, die die fehlende Fachkunde des DWK teilweise abschreckend deutlich bestätigen.

Entsorgung

Dazu wieder aus der Stellungnahme des Öko-Instituts u. a.:

„Eine der Genehmigungsvoraussetzungen ist der Nachweis einer Möglichkeit der Entsorgung für die zu errichtende Anlage. Dabei ist vom Antragsteller schon im Rahmen der Konzeptbeschreibung zu zeigen, daß die Entsorgung der Anlage möglich ist. Dieser Nachweis ist von der Genehmigungsbehörde zu prüfen bwz. durch Gutachten bewerten zu lassen. Beim vorliegenden Genehmigungsverfahren ist dies nicht gegeben. Es liegt keinerlei Begutachtung eines Entsorgungsnachweises vor; nach unserer Kenntnis sind von der Antragstellerin (DWK, d. Rd.) dazu auch noch keine Unterlagen beigebracht worden. (...) ist festzustellen, daß derzeit **ein betriebsfähiges Endlager nicht existiert.** (...) Da ein Entsorgungsnachweis nicht zu erbringen ist, ist die beantragte Genehmigung zu versagen."

•

Die letzten acht Seiten der Stellungnahme des Öko-Instituts u. a. zum Gutachten des Bayerischen Staatsministeriums bringt widersprüchliche Angaben z. B. aus dem Gutachten über die Rückhaltung des radioativen Edelgases Krypton-85 und zeigt fehlende Übereinstimmung zwischen Aussagen des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und den Unterlagen der DWK über die maximale Emissionsrate auf. Fehlerhafte Rechnungen über die Schilddrüsenbelastung oder etwa den Tritium-Eintrag in die Naab schließen die Stellungnahme ab.

Insgesamt hat man beim Studium der Stellungnahme des Öko-Instituts zum Gutachten des Bayerischen Staatsministeriums den Eindruck, die DWK, der TÜV-Bayern, bzw. die Staatsregierung, erlauben sich in einer unerhört naßforschen, oberflächlichen und fehlerhaften Art, ein Gutachten vorzulegen, das in keinster Weise den Anforderungen entspricht, die man an eine derart komplexe und gefährliche Technologie stellen müßte.

Häufig drängt sich der bekannte Vergleich mit dem Flugzeug auf, das gestartet ist und fliegt, wo man jedoch während dem Flug erst daran geht, die technischen Möglichkeiten für die Landung zu entwickeln.

STOP UAA & WAA – WACKERSDORF UND GRONAU SIND ÜBERALL !

Brand in der WAA-Karlsruhe – Tagesgrenzwert überschritten!

In der Nacht vom 29. auf den 30. 8. 1985 hat in einer sog. heißen Zelle der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe ein 200-Liter-Faß mit radioaktiven Abfällen gebrannt. Dabei sind radioaktive Stoffe über die Abluft der Anlage an die Außenluft gegeben worden. Ein Sprecher des Kernforschungszentrums hat mitgeteilt, daß dabei der Tagesgrenzwert überschritten worden ist. Inoffiziell wird von sechs- bis zehnfacher Überschreitung gesprochen (Schwarzwälder Bote).

Im übrigen heißt es: „Eine Gefährdung der Mitarbeiter und der Bevölkerung in der Umgebung der Anlage hat sich nicht ergeben." Die Einschätzung einer Gefährdung beruht auf sog. Grenzwerten, deren Überschreitung aber nach der derzeitigen Praxis nicht dann vorliegt, wenn der aktuelle Meßwert den Grenzwert überschreitet. Vielmehr wird ein Mittelwert der Meßwerte gefunden und dann mit dem Grenzwert verglichen. Damit wird die Belastungswirklichkeit verschleiert.

Atomwaffen

made in Germany? –

Keine Frage mehr

Die bundesweite Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany", die vom 6. - 8. September 1985 mit über 300 Teilnehmern in Bonn stattfand, veranstaltet von Teilen der Anti-AKW- und Friedensbewegung, den Grünen und Teilen der SPD, hat eines ganz deutlich aufgezeigt: eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Atomtechnik ist nicht möglich.

Abgesehen von den gesundheitlichen Belastungen durch den Normalbetrieb, liegen die Gefahren der Plutoniumfabrik (WAA) nicht in unabsehbarer Zukunft, wenn irgendeine furchtbare Regierung sich hier irgendwann einmal dazu entscheiden sollte, die WAA für den Atombombenbau zu nutzen. Stattdessen haben die Beiträge der über 30 auch internationalen Wissenschaftler und Referenten mit ihren unzähligen Fakten und Indizien ein sehr geschlossenes Bild abgegeben:

Die Bundesrepublik Deutschland hat z i e l s t r e b i g alle Voraussetzungen für eine umfassende Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen und für eine internationale nukleare Bewaffnung geschaffen.

Zumindest einige Leserinnen und Leser werden jetzt sicherlich empört ausrufen, wie man so eine Ungeheuerlichkeit einfach „behaupten" kann. Es wird uns jetzt sicher hier nicht möglich sein, die gesamten Fakten und Linien nachzuzeichnen, die auf dem Kongreß vorgetragen wurden. Dazu wäre eine extra Sondernummer erforderlich. Es wird aber Ende November im Buchhandel ein Buch erscheinen, das den gesamten Kongreß vollständig dokumentiert – es sollte zur Pflichtlektüre eines/r jeden WAA-Gegners und -Gegnerin werden.

Viele von uns, die genau wissen, daß die WAA keinen Beitrag zur Entsorgung leisten wird, daß sie ein ökologischer Wahnsinn ist und, zumindest volkswirtschaftlich gesehen, total unwirtschaftlich arbeiten wird, ist es absolut schleierhaft, wieso immer noch an der WAA festgehalten wird. Unter uns sind auch Positionen anzutreffen, die sich erhoffen, daß sich das „Problem" WAA von selbst löst, weil die Betreiber erkennen, daß die WAA unwirtschaftlich ist, bzw. weil sich die Politiker doch noch von unseren stichhaltigen Argumenten überzeugen lassen.

Dies wird jedoch nicht eintreffen. Nicht umsonst kommt uns das weitere Festhalten an der WAA schleierhaft vor, denn hier wurde und wird uns ganz gezielt die Wahrheit verschleiert und im Dunkeln gelassen. Oder ist es nur Zufall, daß nur außerhalb bundesdeutscher Grenzen die hiesige Atompolitik hinsichtlich einer möglichen Atombewaffnung viel offener, weitgehender und kritischer in der Öffentlichkeit diskutiert wird als hier im betroffenen Land?

Ich glaube, die Geschichte hat uns nicht nur deutlich gemacht, daß wir alles hinterfragen müssen, sondern auch, daß wir uns allen Antworten stellen müssen, die sich dabei auftun, seien sie auch noch so „undenkbar" und/oder furchtbar. Dies verdeutlichen am besten die provokanten Thesen von Dr. jur. Helmut Ridder, Professor der Rechte, der das Programm der Konferenz eröffnete und von dem wir im Anschluß an die Schlußerklärung einige Auszüge bringen werden.

„Ich will alles"

In Anbetracht unserer begrenzten Seitenzahl und angesichts dessen, daß die Schlußerklärung die allerwichtigsten Inhalte abdeckt und außerdem extra noch ein Buch erscheinen wird, werden wir auf eine alles anreißende Berichterstattung verzichten müssen und stattdessen einen Punkt der Konferenz in Anbetracht der aktuellen politischen Situation ausführlich darstellen, nämlich Südafrika und die Atomexportpolitik der BRD.

Nach dem das letzte Referat der Konferenz, das sich mit der „militärischen Infrastruktur für die nukleare Option in der BRD" auseinandersetzte, so große Betroffenheit bei den Teilnehmern hervorgerufen hat, wollen wir auch hier als Abschluß einige zentrale Fakten erwähnen.

Jetzt möchte ich nur noch so viel vorausschicken, daß heutzutage kein ernstzunehmender Wissenschaftler das bundesdeutsche Atomprogramm, sprich Leichtwasserreaktoren, WAA, Schneller Brüter, Urananreicherungsanlage etc. als nicht für den Atombombenbau geeignet abtun würde – daß stattdessen das bayerische Umweltministerium jede entsprechende Ausführung in dieser Richtung dazu benutzt, auch nur die Möglichkeit einer militärischen Nutzung aufs heftigste zu leugnen, macht deutlich, wie empfindlich diese Herren an diesem Punkt sind, Sorgen wir dafür, daß überall dieser Zusammenhang diskutiert wird, denn auch den letzten Ignoranten wird es stutzig machen, wenn von „denen da oben" an diesem wichtigen Punkt ein fortwährendes Dementi erscheint.

Deutsche Atomraketen – der Bau beginnt

Mitte der 70er Jahre hatte ein gewisser Lutz Kaiser, der eng mit dem Nazi-Raketenpionier Sänger zusammengearbeitet hatte, in Baden-Württemberg eine

kleine Firma namens OTRAG gegründet. Er schloß dann mit dem Staat Zaire einen Pachtvertrag über ein Raketentestgelände mit 100 000 qkm, so groß wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen. OTRAG durfte eigene bewaffnete Wachmannschaften unterhalten, ihre Mitarbeiter genossen volle diplomatische Immunität, sie hatte in ihrem Pachtgebiet die uneingeschränkte Möglichkeit zum Uranabbau, zur Umsiedlung sämtlicher Ureinwohner und zum Abtragen beispielsweise ganzer Bergzüge erhalten. Nach Erkenntnissen der New York Times testete die OTRAG in Zaire Cruise missiles, und zwar im Auftrag von bundesdeutschen Rüstungskonzernen, wie Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) und Dornier.

Nach ruchbar gewordenen Aktivitäten versprach die OTRAG hoch und heilig, sich künftig nur noch zivilen Höhenforschungsraketen zu widmen. Seither darf sie sogar den offiziellen Abschußplatz der Westeuropäischen Weltraumbehörde ESA in Kiruna, in Nordschweden, benutzen. Ihre „friedlichen" Versicherungen allerdings sind keinen Pfifferling wert: nach Berichten der wehrtechnischen Zeitung INTERAVIA arbeitet die OTRAG nämlich an einer Rakete 3-6 P2, die vergleichbar mit der amerikanischen Minuteman sein soll. Die Minuteman ist eine US-Atomrakete mit einer interkontinentalen Reichweite von über 10 000 km.

Einiges deutet darauf hin, daß es sich bei der OTRAG um eine Briefkastenfirma handelt, mit der süddeutsche Rüstungskonzerne und der Staat heikle Rüstungsunternehmen tarnen:

Indiz 1: Grundkapital der OTRAG = 1 Mio. DM, Zuwendungen anonymer Großfinanziers = 173 Mio. DM. Diese Summe deckt nur 30 - 50 % des Betriebskapitals. Die Wehrzeitschrift INTERAVIA schreibt, daß der Rest von Banken gedeckt wird.

Indiz Nr. 2: Die Bundesregierung hat 90 % der Startkosten für die OTRAG 1983 getragen.

Indiz Nr. 3: Sämtliche Fertigungsarbeiten, sprich Raketenbau, werden nach außen vergeben (MBB und Dornier).

Indiz Nr. 4: Großen Anteil an den jüngsten Entwicklungen der OTRAG hat auch eine staatliche Forschungseinrichtung, die DFVLR, die Deutsche Forschungs- und Versuchseinrichtung für die Luft und Raumfahrt. Sie hat die Raketenstarts in Kiruna überwacht, und auf ihrem Testgelände im Kreis Heilbronn, in Lampoldshausen, sind die Triebwerke der OTRAG probegelaufen.

Jetzt ein Blick auf die ganz legalen und hochoffiziellen staatlichen Unternehmungen in der BRD im Bereich der Raketenforschung:

In den schwäbischen Instituten der DFVLR läuft schon seit 1980 ein Forschungsprogramm unter dem Titel „Marschflugkörper großer Transportleistungen", bei dem Triebwerkseinläufe bis zur 2,5fach Schallgeschwindigkeit untersucht werden. Diese könnten von der Luftabwehr nicht mehr abgeschossen werden. Das bedeutet eine weitere schlimme Revolutionierung der Cruise missiles: die derzeitigen US-Marschflugkörper, die auch im Hunsrück stationiert werden sollen, fliegen lediglich 800 km/h.

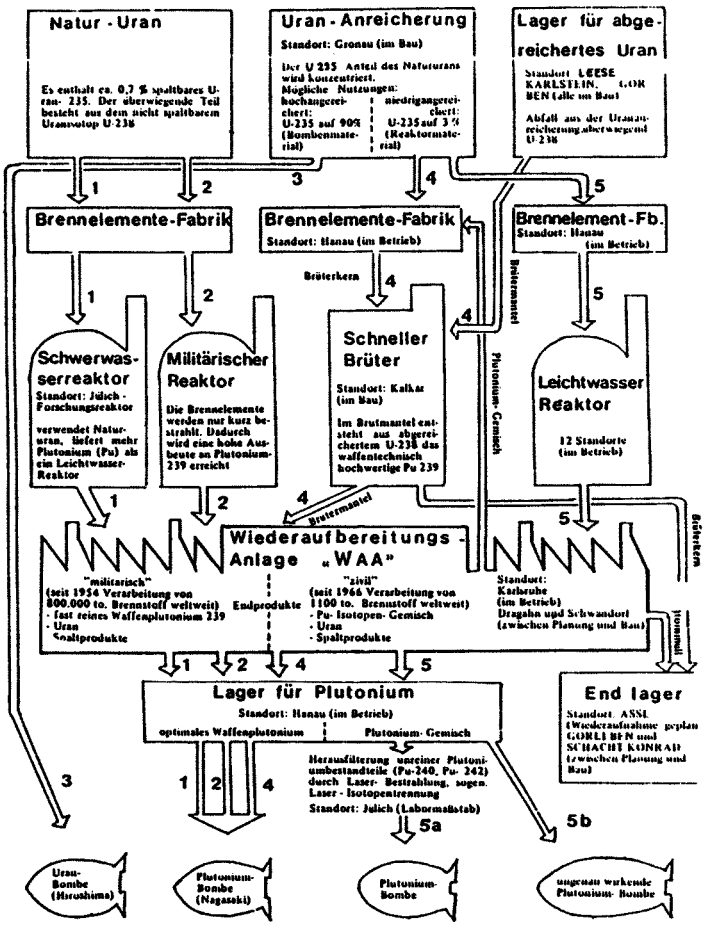
Nicht weniger verdächtig ist die DFVLR-Raketenkooperation mit nuklearen Schwellenmächten wie z. B. Brasilien. Im letzten Jahr haben diese Entwicklungen eine neue Qualität erhalten: zu der staatlichen Forschung kommt jetzt die Produktion weitreichender Raketenwaffen, nachdem bis 1984 die BRD keine Geschosse über 70 km Reichweite produzieren durfte, und diese Einschränkung auf ihr Drängen hin fallengelassen wurde, allerdings mit ihrer Zusicherung, daß ihr Interesse keinen konkreten Hintergrund habe. Dies ist eine Lüge. Es liegen ganz klare Beweise vor, daß in der BRD an solchen weitreichenden Raketenwaffen gearbeitet wird. Dies geschieht nicht nur unter den Augen der angeblich unwissenden Staatsorgane, sondern wird von diesen auch noch subventioniert. Schwerpunkt dieser Produktionen sind Baden-Württemberg und Bayern, sind die Firmen Dornier und Messerschmitt-Bölkow-Blohm.

Nur ein Beispiel sei hier herausgegriffen: der Marschflugkörper LR-So 11. Die wehrtechnische Zeitung schreibt dazu: „Die Reichweite wurde auf maximal 600 km begrenzt, um nicht unter die Beschränkungen der SALT-Vereinbarungen zu fallen." Im Klartext: Die 600 km sind eine Art diplomatischer Beschränkung, die nicht die Obergrenze des „technisch Machbaren" angibt. Zusammen mit der Eindringtiefe des Tornados können so also Ziele im Herzen der Sowjetunion angegriffen werden. Die Anschaffung soll 1992 beginnen, vorgesehen sind 500 Stück dieser Cruise missiles. Dagegen nehmen sich die 96 Marschflugkörper, welche die USA im Hunsrück stationieren wollen, schon fast mickrig aus. Wir sind halt wieder wer – auch im Raketenbau.

Kurzes Fazit: Schon heute verfügt die Bundeswehr über 1500 atomar verwendete oder jederzeit atomar verwendbarer Trägerwaffensysteme, davon allerdings „nur" knapp 500 Raketen. Bis zur 2. Hälfte der 90er Jahre, bis zu dem Zeitraum also, wo auch Wackersdorf serienmäßig Atombomben liefern soll, wird sich das dramatisch verändern: statt knapp 500 atomar verwendbaren Raketen wird die Bundeswehr dann über etwa 400 dieser Raketen verfügen, und zwar großteils aus eigener Fertigung. Der Bundesrepublik müssen also keine schrecklichen Waffen aufgenötigt werden, sie baut sie selber. Die BRD ist nicht Biedermann, sondern Brandstifter.

Prof. Dr. Robert Jungk hat im Anschluß an diese Ausführungen mit großer Betroffenheit eine Folgekonferenz eingefordert, mit dem Thema: „Atomraketen made in Germany?".

Fünf Wege zur Atombombe



– Robert Jungk, Klaus Traube, Dr. Helmut Ridder

Handlungen von Firmen, Politikern, Bankiers, Staatsanwälten, Wissenschaftlern in Südafrika, die zur Erzeugung von Atomwaffen dienen.

Gelder aus Westdeutschland bzw. Nazi-Fluchtkapital finanzierten 1948 maßgeblich den siegreichen Wahlkampf der burischen Nationalen Partei in Südafrika gegen das vorherrschende britische Kapital. Damit standen dort eine gleichgesinnte Herrschaftsgruppe und Uran den in Westdeutschland/Bundesrepublik weiter herrschenden Kräften für die seit 1939 versuchte Herstellung von Atombomben zur Verfügung. Auch mit den 1954 unterzeichneten Verträgen von Brüssel und Paris wurden Herstellung, Lagerung und Entwicklung von A-B-C-Waffen außerhalb bundesdeutschen Territoriums, also z. B. in Südafrika, nicht verboten. Erst der Atomwaffensperrvertrag, dessen Inkraftsetzung von den Bundesregierungen bis 1975 verzögert wurde, untersagte das.

Nazi-A-Bomben-Aktivisten wie Dr. H. Verleger und Prof. R. Maul sowie die Atomwissenschaftler Prof. W. E. Frahn aus Aachen, Dr. H. G. Denkhaus aus Karlsruhe, B. Eisinger, W. Lutsch stehen für hunderte von Personen aus der BRD, die in Südafrika (S.A.) z. T. seit 1949 die Schritte zur A-Bombe ebneten. Zuarbeit leisteten in der BRD z. B. Prof. Wilke, Clausthal-Zellerfeld, Prof. Erikson, Bonn, Prof. Appel, Karlsruhe, Wissenschaftler der KFA Jülich, des KFZ Karlsruhe, des Hahn Meitsner Instituts, Berlin, der Universitäten Marburg, Ffm. usw. . . .

Anfänglich waren die bundesdeutsch-südafrikanischen Aktivitäten auf die Erzeugung von Plutonium mit Hilfe des offiziell von Allis Chalmer, USA, gebauten und international kontrollierten Reaktors Safari I und des offiziell von Südafrika alleine gebauten Reaktors Safari II, der keiner Kontrolle unterliegt, gerichtet. In Wirklichkeit sind Safari I von der heutigen Siemens Tochter Allis Chalmer, GHH und Hochtief sowie Safari II von Siemens, GHH und Hochtief gebaut worden. Von folgenden Firmen sind in diesem Zusammenhang stehende Lieferungen für atomare Aktivitäten in S.A. bekannt: Degussa – Ffm, Höchst – Ffm, Delbag – Berlin, Freudenberg – Weinheim, Gedo – Remscheid, Lederle – Freiburg, Brandt & Kritzler – Wenden, Mannesmann – Madrid, Demag – Duisburg, August Thyssen Hütte – Ddf, Klöckner – Duisburg, Emil Adolff – Reutlingen, Heräus-Vötsch – Hanau, Vacuumschmelze – Hanau.

Ab ca. 1968 war neuer Schwerpunkt die Gewinnung von hochangereichertem Uran mit Hilfe des für die Bundesregierung (über ihre 90%ige Teilhabe an der GfK Karlsruhe) patentierten Trenndüsenverfahrens. (S. z. B. „Erwiderung, Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland Südafrika", AAB, Bonn 1979). Die Anlage wurde von Steag, Essen, GfK Karlsruhe und Linde, Höllriegelskreuth entworfen. Die entscheidenden Trennelemente wurden von Siemens geliefert, Spezialkompressoren von GHH, Isotopenmeß- und Überwachungssysteme von Varian MAT, Bremen, Spezialventile von Leybold Heräus, Köln, Gastrennungsgeräte von Linde, die Nickel-Galvanisierung besorgte Langbein-Pfannhauser Werk, Neuß, der TÜV Rheinland versuchte die Funktionsfähigkeit der Lieferungen zu garantieren. Südafrikanische Nukleartechniker kamen dafür ins KFZ Karlsruhe und zu Steag. Steag-Techniker arbeiteten, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz sie auf ihre Loyalität gegenüber der südafrikanischen Regierung überprüft hatte, in der hochgeheimen Anlage Valindaba in Südafrika. Und zumindest die Lieferungen der Firma MAN/GHH wurden mit NATO-Kodifizierungsnummern durch das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versehen. Nach Absprache mit Bundesverteidigungsminister Leber kontrollierte der Beauftragte der Bundesregierung bei der NATO, General Rall im Herbst 1974 heimlich und unter falschem Namen reisend, die Anlage.

Die Urananreicherungsanlage kann nur für militärische Zwecke vorgesehen sein, da die kontrollierten Reaktoren Safari I und Koeberg nur Brennelemente aus kontrollierten Anlagen benutzen dürfen und Safari II nur minimal angereichertes Uran benötigt.

Am 22. September 1979 explodierte über den südafrikanischen Prince Edward Inseln ein nuklearer Sprengsatz. Technische Daten und das Fehlen von Hinweisen auf Flugzeuge oder Raketen sprechen dafür, daß er mit einer 155-mm-Artilleriegranate transportiert wurde.

Die Anlage zum Füllen derartiger Granaten wurde von der Firma Rheinmetall, Ddf unter Beteiligung von Otto Junker, Lamersdorf, Süddeutsche Eisen- und Baubeschläge, München und Wasag, Sythen errichtet.

Die Firma Kärcher, Winnenden, hat ABC-Dekontaminationsanlagen an die südafrikanischen Militärs geliefert. Da die Nachbarstaaten über keine ABC-Waffen verfügen, können sie nur zum Schutz vor durch die südafrikanischen Militärs verursachten und wohl auch geplanten ABC-Auswirkungen gedacht sein.

Anlagen zur Produktion von Atombombenspaltstoff, Trägersystem und Schutzvorrichtungen kommen also aus der Bundesrepublik Deutschland.

Anzeigen von Mitgliedern der Anti-Apartheid Bewegung zwangen die Staatsanwaltschaften in z. B. München und Köln sowie Ermittlungen der UNO die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf zu offiziellen Ermittlungen gegen Siemens, Leybold Heräus, Rheinmetall. Trotz eindeutiger Beweislage hat es aber z. B. die Staatsanwaltschaft in München seit fast neun Jahren und die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf seit fast acht Jahren geschafft, eine Bestrafung der Verbrecher bei Rheinmetall und Siemens zu verhindern, obwohl die Lieferungen völkerrechtswidrig und damit verfassungswidrig sind. Das verwundert nicht so sehr, wenn man weiß, daß auch der ehemalige Bundesanwalt Buback freundschaftlichen Umgang mit dem Vermittler der Atombombenaktivitäten, Rassisten-Botschafter D. B. Sole pflegte.

Finanziert wurden und werden die Bombenaktivitäten durch Kredite der Deutschen Bank (Abs, Christians), Dresdner Bank (Ponto, Häusgen), Commerzbank (Lichtenberg). Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau finanzierte unkontrollierte Urangewinnung für die BRD in Südafrikas Palabora Bergwerk sowie die Elektrizitätsversorgung der geplanten Urananreicherungsanlage mit Hilfe des Stroms aus Cabora Bassa, Mosambik. Hauptakteure wie Siemens, erhalten so große Forschungsgelder, daß sie seit Jahren weniger Steuern zahlten als sie an Subventionen erhielten!

Alle bisherigen Bundesregierungen haben die militärisch orientierten atomaren Entwicklungen und Produktionen in Südafrika gefördert. Besonders aktiv waren Strauß, Lücke, Stoltenberg, Schmidt, Genscher, Dohnany, Lambsdorff sowie Staatssekretär Haunschild.

Mit Hilfe des 1963 abgeschlossenen Kulturabkommens wird der Austausch von Wissenschaftlern offiziell gefördert. Nur die Bundesrepublik Deutschland unterhält ein derartiges Abkommen mit der Apartheid-Regierung. Auf Grund des Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens werden die Steuerzahlungen bundesdeutscher Firmen in Südafrika an die südafrikanische Regierung auf die Steuerschuld gegenüber der Bundesregierung angerechnet. Dieses Abkommen wurde 1975 in Kraft gesetzt und zwar rückwirkend für zehn Jahre. Damit schenkte die Bundesregierung den in Südafrika tätigen bundesdeutschen Unternehmen Milliarden an DM. Auch die Rückdatierung des Wirkungsbeginns über zehn Jahre ist einmalig.

Mit Lügen und Verleumdungen haben die bisherigen Bundesregierungen auf die Tatsachen ihrer nuklearen Zusammenarbeit mit Pretoria reagiert. Der African National Congress hat mit den Veröffentlichungen „Nuclear Conspiracy Continued" 1977 diese Zusammenarbeit aufgedeckt. Er wird sie sicherlich auch beendigen.

Wolff Geisler

– Anti-Apartheid-Bewegung

Dieser Beitrag, gehalten auf der Konferenz, macht wohl deutlich, daß auch die bundesdeutsche ANTI-AKW-Bewegung gefordert ist, bei örtlichen und überregionalen Bündnissen und Aktivitäten aktiv zu werden gegen das südafrikanische Apartheidregime und gegen die Politik der Bundesregierung gegenüber diesem Regime. Wir müssen die Verantwortung der Bundesregierung für die südafrikanische Atombombe an das Licht der Öffentlichkeit zerren.

■

Für einen **totalen** Wirtschaftsboykott!
Gegen jeden Technologie/Nuklear-Transfer!

Schlußerklärung des Trägerkreises der bundesweiten Alternativkonferenz "Atombomben made in Germany?"

Bonn, den 8. September 1985

Zur Zeit tagt in Genf die 3. internationale Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages. Im Mittelpunkt der Genfer Diskussion steht die vertragswidrige und in höchstem Maße gefährliche Rüstungspolitik der atomaren Großmächte. Wir haben im Rahmen dieser Alternativkonferenz unser Hauptaugenmerk auf die Rolle der Bundesrepublik bei der (Nicht-)Verbreitung von Kernwaffen und Nukleartechnologien gerichtet.

40 Jahre nach Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten Zweiten Weltkrieges werden in der Bundesrepublik zielstrebig alle Voraussetzungen sowohl für eine umfassende Teilhabe an der Verfügung über Atomwaffen als auch für eine nationale nukleare Bewaffnung geschaffen. Darüber hinaus wird seitens der BRD die atomare Aufrüstung innerhalb Westeuropas und der NATO beschleunigt und durch den Export von Atomwaffentechnologien die Anzahl der Atomwaffenstaaten weltweit erhöht. Anstatt also ihrer besonderen historischen Verantwortung für eine kriegsverhindernde Politik gerecht zu werden, wird durch die BRD der Atomwaffensperrvertrag bis heute fortlaufend vielfältig verletzt und damit in seinem Bestand gefährdet. Das Beispiel der Bundesrepbulik Deutschland zeigt, daß ein hochindustrialisiertes Land auch innerhalb des Atomwaffensperrvertrages die

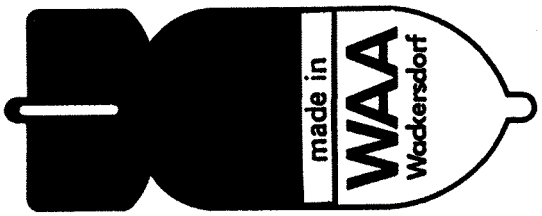
technologische Schwelle zur Atommacht faktisch überschreiten kann. Denn jede hochentwickelte Atomtechnik ist gleichzeitig ein militärisches Potential und somit friedensbedrohend. Zivile und militärische Atomtechnik lassen sich nicht voneinander trennen. Entsprechender politischer Wille vorausgesetzt, ist jede Atomtechnologie militärisch nutzbar.

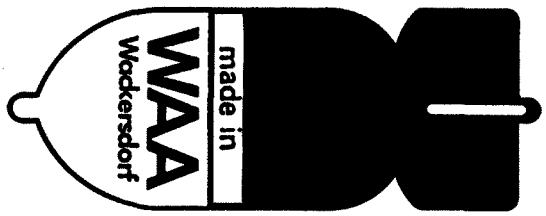
Der Atomwaffensperrvertrag verbietet seinen Unterzeichnern ausschließlich die letzten Schritte zur Fertigung und Erprobung einer einsatzreifen Atombombe. Jedewede Forschung und Entwicklung im Bereich der Atom- und Atomwaffentechnologie sind hingegen nicht nur frei, sondern werden im Rahmen dieses Vertrages (Art. IV) sogar ausdrücklich gefördert. Der Atomwaffensperrvertrag, der in 10 Jahren formell ausläuft, ist für seine Unterzeichner deshalb lediglich eine politische Hürde bei der Verwirklichung der militärischen Option, keinesfalls aber eine materielle.

Weil wir uns auf diesen Vertrag alleine nicht verlassen können, wenden wir uns mit dieser Erklärung an die nationale und internationale Öffentlichkeit, um politischen Druck zur Abwendung drohender Gefahren zu erzeugen. Diese Gefahren sind das Ergebnis einer Politik, die im Folgenden exemplarisch am Beispiel der BRD untersucht und angeklagt wird, einer Politik, die in den drei Bereichen

— nuklearer Aufrüstung (vertikale Proliferation),
— Weiterverbreitung von Atomwaffen (horizontale Proliferation),
— heimliche Atombewaffnung durch „zivile" Atomtechnik (latente Proliferation),

im Folgenden nur in den Punkten skizziert wird, die nach Auffassung des Trägerkreises der Konferenz „Atomwaffen — Made in Germany?" derzeit besonders dringlich einer verstärkten Aufmerksamkeit bedürfen.





1. Beteiligung der BRD an nuklearen Aufrüstungsprogrammen

Mit Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages hatte sich die BRD verpflichtet, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen „über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle". (Art. VI, NPT) Im krassen Gegensatz hierzu hat sich die BRD auch nach Vertragsunterzeichnung massiv für eine konventionelle und nukleare Aufrüstung eingesetzt: als Bundeskanzler forderte z.B. Hemut Schmidt 1977 als erster die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen. Die BRD hatte einen maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des „Nach"-Rüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979, dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag am 22. 11. 1983 den Abbruch der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur Folge hatte. Mit der Unterstützung und der angestrebten Mitwirkung an SDI verletzt die Bundesrepublik den Atomwaffensperrvertrag gleich zweifach: das gigantische SDI-Aufrüstungsprogramm widerspricht der Abrüstungsverpflichtung und beinhaltet eine weitergehende Beteiligung der BRD an einem Programm atomarer Kriegsführung und potentiell eine Mitwirkung der Bundesrepublik an den vorgesehenen Atomzündungen im Rahmen von SDI.

■

2. Weiterverbreitung von Atomwaffen durch Atomexporte aus der Bundesrepublik

Mit ihrer aggressiven Atomexportpolitik hat die Bundesrepublik fortwährend gegen Geist und Wortlaut des Atomwaffensperrvertrages verstoßen:

der größte Teil der seit 1975 in der Bundesrepublik getätigten Atomexporte aus der BRD ging in Länder, die dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, und stabilisierte oftmals die dort herrschenden Regimes (z.B. in Brasilien, Argentinien, Südafrika, Pakistan und Indien). Die BRD hat mehr als jeder andere Sperrvertragsunterzeichner direkt nutzbare Atomwaffentechnologien (Wiederaufarbeitungs- und Urananreicherungsanlagen) exportiert und als einziger Nuklearexporteur im Rahmen des Sperrvertrages bis heute auf vollständige Kontrolle bei den Empfängerstaaten bundesdeutscher Atomexporte verzichtet. Das bundesdeutsche Atomprogramm war zwar schon immer in erster Linie ein Exportprogramm. Mit dem Niedergang und der Krise der Atomenergie in den Industriestaaten steigt

aber die Gefahr, daß Länder der „3. Welt" noch skrupelloser mit einer Technik penetriert werden, die sie in eine immer größere finanzielle und energiepolitische Abhängigkeit treibt.

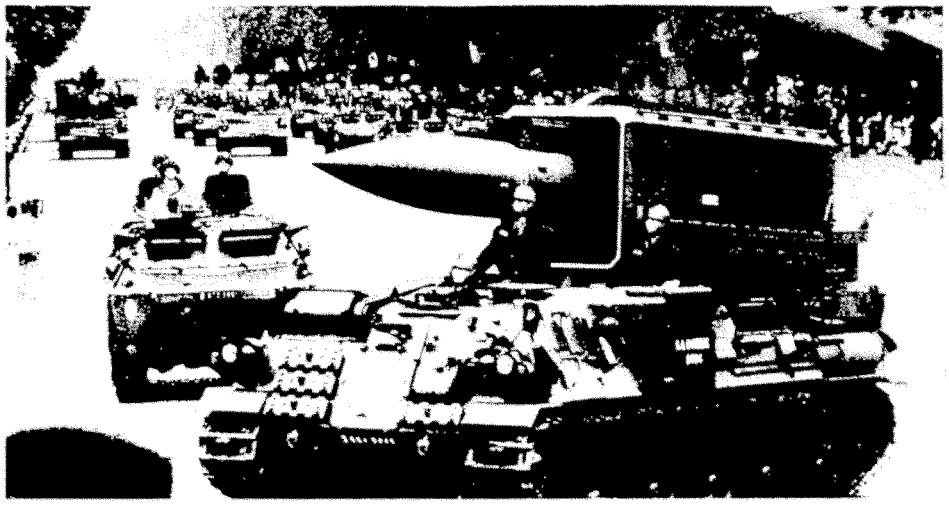
Eine besonders skandalöse Tatsache ist in diesem Zusammenhang die fortwährende nukleare Kooperation der Bundesrepublik mit dem Apartheid-System in Südafrika und Namibia: es waren u.a. Lieferungen von bundesdeutschen Atomanlagen und -Komponenten, die das Regime in Südafrika in die Lage versetzt haben, heute Atomwaffen herstellen und damit drohen zu können. Das bundesdeutsche Atomprogramm wird im Gegenzug zu 40 % mit Uran aus Südafrika oder Namibia beliefert. Dies widerspricht eindeutigen Beschlüssen der UNO und stärkt das südafrikanische Apartheid-Regime und seine Herrschaft über Namibia.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

— Unverzügliche Beendigung der Uranimporte und Einstellung jeglicher weiterer Kooperation mit Südafrika und Namibia, Beendigung aller Atomexporte und Aufkündigung bereits abgeschlossener Atomexportverträge, da es eine ausschließlich friedliche nukleare Technik nicht gibt.

— Einseitige Vorleistung für einen weltweiten Verzicht auf Atomenergie durch raschen Ausstieg aus der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik. Einseitige Neuinterpretation von Artikel IV, Atomwaffensperrvertrag: statt Erleichterung von Nukleartransfer, wie dort gefordert, maximale Förderung und Hilfe bei der Anwendung und Entwicklung von regenerativen Energiequellen.

Wir appellieren an die Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz, zu bedenken, daß dem Artikel IV des Sperrvertrages die gefährliche und in der Praxis widerlegte Illusion einer prinzipiellen Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomenergie zugrundeliegt. Statt der Atomenergieförderung sollte den Unterzeichnerstaaten eine großzügige Förderung und Hilfestellung bei der Entwicklung nicht-nuklearer und umweltverträglicher Energiequellen garantiert werden.



3. Gefahren einer bundesdeutschen Atombewaffnung durch „zivile" Atomanlagen

In der Bundesrepublik wird derzeit besonders massiv auf Atomtechnologien gesetzt, die ökonomisch und energiepolitisch unsinnig sind, jedoch den potentiellen Zugriff auf eigene Atomwaffen erleichtern:

in *Gronau* ist eine nationale Urananreicherungsanlage trotz weltweiter Überkapazitäten auf diesem Sektor in Betrieb genommen worden. Damit ist der BRD auch großtechnisch die Möglichkeit der Herstellung hochangereicherten waffenfähigen Urans gegeben. Mit dem Hochtemperaturreaktor in *Hamm* ist ein Reaktor in Betrieb genommen worden, der waffenfähiges, hochangereichertes Uran und Thorium als Brennstoff verwendet, wobei das Thorium in ein künstliches Uranisotop umgewandelt wird, das für Bombenzwecke fast ebenso geeignet ist wie Plutonium (U 233). Mit der Beteiligung am französischen Schnellen Brüter in *Malville* und der vorgesehenen Inbetriebnahme des sog. Schnellen Brüters in *Kalkar* verschafft sich die Bundesrepublik die Fähigkeit der großtechnischen Gewinnung von besonders waffenfähigem Plutonium. Schnelle Brüter sind Zwei-Zweck-Reaktoren, die gereinigtes Reaktorplutonium in Waffenplutonium umwandeln. Bei der kleinen Wiederaufbereitungsanlage in *Karlsruhe* und der geplanten großen WAA in *Wackersdorf* handelt es sich um militärische Schlüsseltechnologien, ohne die eine Herstellung moderner Atomwaffen nicht denkbar ist. Sie dienen dem Ziel, das in Atommeilern gewonnene Plutonium abzutrennen. In Wackersdorf sollen pro Jahr 5 Tonnen Plutonium abgetrennt werden, genug für etwa 500 Atomsprengköpfe.

Eine andere höchst gefährliche, aber von der Öffentlichkeit noch weitgehend ignorierte Entwicklung wird derzeit im westeuropäischen Raum vorangetrieben. Schon heute ist die Bundesrepublik an der nuklearen Aufrüstung Frankreichs und Großbritanniens direkt und indirekt beteiligt.

Schon heute wird von der Bundesregierung eine noch engere nukleare Zusammenarbeit im westeuropäischen oder französisch-deutschen Rahmen als ersten Schritt einer angestrebten westeuropäischen nuklearen Verteidigungsgemeinschaft als 2. Säule innerhalb der NATO angestrebt. Auch von einzelnen Sprechern der SPD wird auf Mitwirkung und Mitentscheidung über den Einsatz von Atomwaffen und auf eine engere militärpolitische Zusammenarbeit in Westeuropa gedrungen. Auch damit wird ein neuer Aufrüstungsschub vorbereitet, der gleichzeitig andere Länder und insbesondere die Bundesrepublik näher an die Bombe bringt und den Aufrüstungskurs innerhalb der NATO verstärkt. Auch das von der Bundesregierung und Teilen der SPD propagierte „Eureka"-Projekt läßt befürchten, daß die Bundesrepublik im Verband mit anderen westeuropäischen Aufrüstungsprozessen einen direkten Zugang zur entwickelsten Technologie auch im nuklearen Trägerbereich und der Waffenentwicklung sucht.

Trägerwaffen sind die „hard-ware" jeder Atomstreitmacht. Seit 20 Jahren wird die Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen ausgerüstet und in ihrer Bedienung geschult. Die Aufhebung des BRD-Produktionsverbots für weitreichende Raketen und strategische Bomber am 27. 6. 1984 durch die Westeuropäische Union (WEU) war ein Auftakt für die Westeuropäisierung der Militärpolitik. Die westeuropäische und weltweite Aufrüstungspolitik hinterläßt schon heute durch die Zerstörung von Lebensbedingungen durch Atombombentests ihre grausamen Spuren.

Die Bundesrepublik trägt eine Mitverantwortung an den französischen Atomwaffentests, da sie seit 30 Jahren und mit zunehmender Tendenz mit der militärisch motivierten Atomenergieentwicklung Frankreichs verflochten ist. Der deutlichste Ausdruck dieser friedensgefährdenden Kooperation ist der gerade in Betrieb genommene Schnelle Brüter Superphenix in Malville, der unter Verwendung bundesdeutschen Plutoniums die nötigen Bombenrohstoffe für die Modernisierung der Force de Frappe bereitstellen soll.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

— Keinerlei Mitwirkung der BRD am US-Weltraumrüstungsprogramm „SDI", weder durch ein bilaterales Rahmenabkommen, noch durch staatlich geförderte Firmenkooperation. Keine Steuermittel für die „SDI"-Forschung.

— Ablehnung der aktuellen „Eureka"-Pläne und -Finanzierung, weil hierdurch ebenfalls militärische Ziele (im Rahmen westeuropäischer Atomrüstung, Verknüpfung mit SDI-Forschung, Raketenabwehr etc.) verfolgt werden.

— Einstellung jeglicher nuklearer Zusammenarbeit mit Frankreich. Ausstieg der Bundesrepublik aus dem Projekt Superphenix, das die Bundesrepublik zum direkten Komplizen Frankreichs im Mururoa-Atoll macht.

— Konsequente Denuklearisierung des Bundeswehr und Abschaffung der nuklearen Trägersysteme als erster Schritt dahin. Gesetzliches Verbot der Herstellung von Trägersystemen strategischer Reichweite.

Die Bundesregierung wird stattdessen aufgefordert, den Atomwaffensperrvertrag ernst zu nehmen und ihr gesamtes ökonomisches und politisches Gewicht auf die Waagschale zu legen zugunsten einer raschen nuklearen und konventionellen Abrüstung in der BRD, in Westeuropa und der ganzen Welt. Dazu gehört die Einstellung der Stationierung weiterer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und der Abbau und die Beseitigung aller hierzulande stationierten Atomsprengköpfe. Dazu gehört insbesondere eine offensive Politik hinsichtlich einer raschen Verwirklichung des vollständigen Atomteststoppabkommens, anstatt, wie durch den jüngst in Genf vorgelegten Plan geschehen, den falschen Eindruck zu erwecken, es gäbe noch ernsthafte technische Probleme bei der Verifi-

kation von Atomtests.

Die Bundesregierung muß die mit ihr verbündeten Atommächte auffordern, ebenso wie die Sowjetunion, einseitig die Atomtests einzustellen.

Wir appellieren an die derzeit in Genf versammelten Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, neben der notwendigen Forderung nach einem sofortigen und vollständigen Atomteststopp-Abkommen allen Vorhaben zu einer Aufrüstung des Weltraums eine klare Absage zu erteilen und allen Tendenzen zugunsten einer westeuropäischen Atomstreitmacht eine klare Absage zu erteilen, da beides unvereinbar ist mit Geist und Wortlaut des Atomwaffensperrvertrages. Wir befürworten die anstehenden Aktionen am Atomwaffentestgebiet um Mururoa, deren Verlauf wir öffentlichkeitsiwirksam unterstützen werden.

■

Die *Hanauer* Atombetriebe schließlich beherbergen schon heute das weltweit größte Potential bombenfähiger Stoffe, das ein Nicht-Atomwaffenstaat jemals besaß. Die geheime staatliche Lagerung von Plutonium im Bunker der Firma Alkem, die beantragte Aufstockung der Plutoniumdurchsätze von heute 460 kg auf 6,7 Tonnen und die Verarbeitung von hochangereichertem Uran in Tonnenmengen verschaffen der BRD mit dem Atomzentrum Hanau schon heute die Option, Atomwaffen zu produzieren.

Diese Entwicklung ist besonders besorgniserregend vor dem Hintergrund der Tatsache, daß

a) maßgebliche Repräsentanten der Bundesregierung traditionell und fortwährend den Atomwaffensperrvertrag bekämpft und stattdessen auf einen nuklearen Status der Bundesrepublik hingearbeitet haben bzw. erneut darauf hinarbeiten,

b) die Bundeswehr schon heute mit nuklearen Trägerwaffen ausgerüstet ist und nach Aufhebung der letzten konventionellen Rüstungsbeschränkungen durch die Westeuropäische Union die BRD zur eigenständigen Produktion von Fernbombern und cruise missiles in der Lage ist.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung bzw. den zuständigen Landesregierungen:

— sofortige Einstellung jeglicher Plutoniumabtrennung und die Einstellung allen Umgang mit hochangereichertem Uran. Das in Frankreich abgetrennte Plutonium aus bundesdeutschen Reaktoren ist der Internationalen Atomenergieagentur zur Lagerung und Bewachung zu übergeben. Da in jedem Atomkraftwerk Plutonium entsteht, bedeutet Widerstand gegen Plutoniumwirtschaft gleichzeitig Widerstand gegen Atomkraftwerke.

Die unverzügliche Stillegung aller Atomanlagen ist aber auch deshalb unerläßlich, weil jedes Atomkraftwerk radioaktive Stoffe abgibt, die ungelösten Atommüllprobleme vergrößert und Unfallrisiken von bisher unbekannter Tragweite mit sich bringt.

Wir appellieren an die in Genf versammelten Teilnehmer der 3. Atomwaffensperrvertrags-Überprüfungskonferenz, jegliche Abtrennung von Plutonium und jegliche Erzeugung bzw. Verarbeitung von hochangereichertem Uran zu verurteilen und für unzulässig im Sinne des Artikel I und II des Nichtweiterverbreitungsvertrages zu erklären.

Der Trägerkreis des Konferenz „Atombomben made in Germany" ruft dazu auf, die in diesen Tagen zusammengetragenen Erkenntnisse in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die hier erstmals entwickelte Aktionseinheit von Anti-AKW-. Friedens- und 3. Welt-Solidaritäts-Bewegung auf lokaler und regionaler Ebene fortzusetzen, um koordiniert und zielgerecht für eine wirklich allseitige nukleare Abrüstung, einschließlich der Beendigung jeglicher Atomenergienutzung zu kämpfen.

Der Trägerkreis ruft dazu auf, in diesem Sinne die bevorstehenden Informationstage der Friedensbewegung vom 10. bis 16. November 1985, während deren die Bundeswehr ihren „30. Geburtstag" mit großangelegten „Feierlichkeiten" begehen will, zu nutzen und insbesondere die Widerstands- und Protestaktionen gegen die WAA Wackersdorf und die Großdemonstration gegen Atomenergie und Plutoniumwirtschaft am 12. 10. 85 in München mit aller Kraft zu unterstützen.

Wir rufen auf, sich an der *Bundesweiten Demonstration* gegen die bundesdeutsche Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika am 21. September in Bonn und an den bundesweiten Aktionstagen „Gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika" am 4. und 5. Oktober zu beteiligen.

Der Trägerkreis des Alternativkonferenz
„Atombomben made in Germay"
vom 6. - 8. September 1985 in Bonn

Das Anfangsziel war die deutsche Atombombe – und das Endziel?

Zur Geschichte des deutschen Atomprogramms (Teil 1)

I. „Der frühe Drang zum Plutonium"

Fragen wir uns nach dem, was die Entwicklung der Atomernergie beherrschte und noch beherrscht, fragen wir uns nach den Machtgruppen, Institutionen Interessegruppen, an denen Ursprung und Verlauf der westdeutschen Atomwirtschaft festgemacht werden können, so lassen sich eine Vielzahl handelnder Subjekte benennen. Gleich vorweg genannt sei hier z. B. die Person Karl Winnackers (siehe RadiAktiv Nr. 3, S. 16, ff.), stellvertretend für eine ganze „Elitetruppe" und die geschichtliche Tradition, der sie sich schlimmstenfalls immer noch verpflichtet glaubt.

Eine Aufgabe dieses Artikels wird es folglich sein, etwas über die Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker mitzuteilen, die bei besagter Entwicklung Schlüsselpositionen einnahmen und z. T. noch einnehmen – diesbezüglich wird es manchen Lesern zappenduster werden.

Eine weitere Aufgabe wird die sein, zumindest ansatzweise die Ursprünge und Triebfedern in den Mechanismen zu benennen, welche die Beziehung zwischen Staat, Privatwirtschaft und Forschung charakterisieren. Diese Mechanismen, so Jürgen Radkau im Schlußkapitel seines Buches „Aufstieg und Krise der Atomwirtschaft 1945 - 1875", *„führen auch direkt an die Schwachstellen der Kerntechnik heran. (...) Der Staat versucht, eine ökonomische Rolle zu spielen; die Industrie sucht eigene Interessen mit nationalen Interessen auszustaffieren. In Industriekreisen spekulierte man mit dem atomaren Engagement auf ein staatliches Machtstreben, das in Bonn zwar – anders als bei den etablierten Atommächten – recht unartikuliert blieb, aber doch vorhanden war und sich besonders in dem frühen Drang zum Plutonium abzeichnete."* (1, S. 465)

Diesen Satz gilt es zu konkretisieren und auszuweiten. Was hier mit „Bonn" umrissen wird, also die Bundesrepublik nach 1945, müssen wir rückkoppeln mit der NS-Zeit, d. h. mit dem, was vor 1945 vor allem auf nationaler Ebene während des runs auf die erste Atombombe ablief. Radkau schlägt den Bogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, wenn er den zivitärischen Charakter der Atomtechnologie entstehungsgeschichtlich erklärt:

„Ein weiteres fundamentales Bedenken (gegen die „Kerntechnik", d. Verf.) wird dadurch begründet, daß die Verbindung der Kerntechnik zur militärischen Spaltstoffgewinnung nie drastisch gelöst worden ist, ja, daß sich nicht einmal eine systematische Bemühung darum erkennen läßt. Weder das Göttinger Manifest von 1957 noch der Atomsperrvertrag ein Jahrzehnt später führte zu neuen technischen Lösungen, die die zivile Reaktortechnik von der Bombentechnologie abgekoppelt hätten – mehr noch, es gab nicht einmal einen Gedanken an solche neuartigen Wege. Immer noch sind die Kernkraftwerke über den ‚Brennstoffkreislauf', über Urananreicherung und Wiederaufarbeitung, mit der Bombenproduktion verknüpft; daß der von der Bundesrepublik mitfinanzierte französische Brüter Plutonium für die Force de frappe liefert, wurde noch unlängst durch die Presse bestätigt. Die Atombombe ist der größte Triumph der Kerntechnik geblieben." (Unterstreichung v. Verf.) (1, S. 469)

Das erste Kabinett der Bundesrepublik, 1949

Das Göttinger Manifest 1957:

Öffentliche Erklärung von 18 Atomwissenschaftlern gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr.

Damals setzte sich der Bundeskanzler K. Adenauer (Großvater unseres Bundeskanzlers H. Kohl) massiv dafür ein, die Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen auszurüsten.

Im Zusammenhang damit müssen wir sehen, daß der Kreis derjenigen, die maßgeblich den Kurs der bundesdeutschen Atomwirtschaft und Atompolitik festsetzten, eng und nach außen abgeschirmt war. Erst mit den Sicherheitsdebatten um 1970 wurde eine breitere Öffentlichkeit aufmerksam, die kontrovers zu diskutieren begann und das Parlament auf Trab brachte, das bis dahin seine Aufgabe als Kontrollinstanz, aus welchem Grund auch immer, übersehen hatte. Immerhin, heute weiß fast jede/r wenigstens, daß unser inzwischen 70jähriger Ministerpräsident F. J. Strauß als Atomminister (1956/57) gegenüber der zivilen Atomtechnik „eine auffallend zurückhaltende und abwartende Strategie" (1, S. 138) verfolgte, die auf Nachahmung der USA abgestellt war (Reise dorthin 1956), d. h. auf Übernahme der dort bereits erarbeiteten Konzepte und Maschinerie. Dies stand im Gegensatz zur Meinung der Deutschen Atomkommission, seinem Beratergremium (s.u.), das deutsche Eigenentwicklungen im AKW-Bau begünstigen wollte. Darüber kam es aber, wohl wegen Straußens kurzer Amtszeit, zu keinem offenen Konflikt. Zur Verzögerungstaktik entschied sich Strauß auch bei der Ausarbeitung eines Atomgesetzes (s. u.). Doch zurück zu den Anfängen.

II. Nationalsozialismus und Uranspaltung

Die deutsche Atomindustrie hat sich im Dritten Reich entwickelt. Schon vor dem 2. Weltkrieg hatten die Nazis eine besondere militärische Dienststelle, die sich mit militärischen Aspekten der Kernspaltung beschäftigte. Kurz nachdem die Entdeckung der Kernspaltung durch Prof. Otto Hahn (Januar 1939) veröffentlicht worden war, wurden die führende deutschen Atomwissenschaftler zusammengezogen: Dr. Erich Bagge, Dr. Beuthe, Prof. W. Bothe, Prof. A. Esau, Siegfried Flügge, Prof. W. Gerlach, Dr. W. Groth, Dr. Kurt Diebner (Groths Mitrarbeiter), Harteck, Prof. Heisenberg, Mattauch, Prof. G. Joos, Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker.

Heisenberg wurde Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts, der Zentrale der Atomforschung. Er war es, der den Bau eines Uranreaktors „zur unabdingbaren Voraussetzung für den Bau der Atombombe erklärt(e), da auf anderem Wege das nötige Plutonium nicht zu beschaffen sei". (2, S. 30)

Obwohl während des Krieges mehrere Forschergruppen, getrennt voneinander, an der Konstruktion eines mit Schwerwasser moderierten Reaktors arbeiteten, wurde jedoch – wir wissen es – nichts aus dem NS-Atombombentraum. Auch schweres Wasser war damals knapp!

Dafür schafften es aber die USA in Hiroshima und Nagasaki . . .

III. Die Kontiniutät der Forschung nach 1945: The Beat Goes on!

Die Alliierten ließen die Versuchsanlage demontieren und entmilitarisierten die Atomforschung. Trotz alledem: Etwa ein Jahr später nach Kriegsende setzten sich die Männer wieder zusammen, die bereits unter Hitler in der Atomwaffenforschung gearbeitet hatten, um das Atomprojekt fortzusetzen. Kaum waren die zehn Wissenschaftler (Hahn, von Laue, Heisenberg, Gerlach, Groth, Diebner, Harteck, Weizsäcker, Korsching, Bagge) aus englischer Gefangenschaft entlassen, führten sie ihre Arbeit fort. Sie werden Institutsleiter, erhalten Gastprofessuren oder bauen ein neues Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik auf (von Laue, Weizsäcker, Wirtz, Korsching, Bagge). Hauptziel war der Bau eines eigenen Forschungsreaktors, da in allen Ländern die Atomforschung strenger Geheimhaltung unterlag. Offiziell war den Deutschen allerdings durch ein Gesetz des alliierten Kontrollrats der Reaktorbau und die Uranverarbeitung untersagt. Zu dieser Zeit trat vor allem Heisenberg als treibende Kraft der bundesdeutschen Atompolitik in Erscheinung.

IV. Wissenschaft – Wirtschaft – Staat: Wer sitzt am Ruder?

Am 8. 11. 1954 wurde zur Vorbereitung des Reaktorbaus die „Physikalische Studiengesellschaft" gegründet. Beteiligt waren 16 Industrieunternehmen, darunter alle wichtigen Kriegsverbrecherkonzerne: Degussa, Siemens, AEG, Bayer-Leverkusen, Hoechst, Krupp, Haniel u.v.m.. Ein ernsthaftes Interesse an der Atomenergie war zu jener Zeit zunächst bei der Chemie, v. a. den Hoecht Farbwerken, vorhanden (Chef: Karl Winnacker, in der Folge Aushängeschild der jungen Atomwirtschaft).

„Diese engagierten sich schon im Frühjahr 1954 als mögliche Schwerwasserproduzenten in den Vorbereitungen für den Reaktorbau . . ." (1, S. 46)

Erst nach Inkraftreten der Pariser Verträge 1954, also mit der Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik, formierte sich die Atomwirtschaft zu einer schlagkräftigen Interessengruppe. Adenauer gründete das neue Atomministerium, das unter dem Druck und auf Verlangen der Chemieindustrie, der Elektrokonzerne und des Maschinenbaus geschaffen wurde. Der neue Atomminister: Franz Josef Strauß, CSU-Verteidigungsexperte, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsausschusses im Bundestag, ehemaliger „Offizier für wehrgeistige Führung" (eine Funktion, die schon im Dezember 1943 in die des „NS-Führungsoffiziers" umgewandelt worden war). Um intensive Beziehungen zwischen seinem Ministerium und der interessierten Industrie herzustellen, wurde einen Monat nach Gründung des Atomministeriums die „Deutsche Atomkommission" als Beratungsgremium berufen (26. 1. 1956).

Treffender ist es wohl . . .

V. . . . die Deutsche Atomkommission (DAtK) . . .

. . . als Planungsgremium der deutschen Atommafia zu bezeichnen, auch wenn sie, wie Radkau abschwächend feststellt, nicht die „machtvolle Rolle besessen (hat), die ihr in der Literatur immer wieder zugesprochen wird. Gewiß gab es ein Geflecht von Querverbindungen zwischen Staat, Industrie und Kernforschung: Aber dieses Geflecht war insgesamt kein funktionierender Apparat, keine Steuerungszentrale." (1, S. 464) Für Radkau steht aber zweifellos fest: Auch in der Geschichte der Atomwirtschaft werden „staatliche In-

stanzen mehr denn je Einflüssen der Privatwirtschaft" ausgesetzt, was zur „verstärkten Identifikation des Staates mit bestimmten wirtschaftlichen Interessen" führt (ebd.).

Können wir aber Radkaus Umkehrschluß folgen, der besagt, eine „Verstärkung der politischen Steuerung der Wirtschaft" sei damit nicht gegeben? Diese Schlußfolgerung würde allen Indizien widersprechen, die für die Kontinuität des politischen Ziels einer atomaren Aufrüstung Deutschlands, bzw. nach 1945, der Bundesrepublik sprechen! Allein die Liste der Mitglieder der Deutschen Atomkommission und ihre ehemalige parteipolitische Zugehörigkeit spricht da Bände. Ein wahre Fundgrube für den, der Altnazis und NS-Unternehmer sucht. (Hervorhebungen v. Verf.)

Die Deutsche Atomkommission bestand in dieser Form mehr als 15 Jahre und wurde im Oktober 1971 durch einen Beschluß der Bundesregierung Brandt aufgelöst. Bis dahin waren ihre Mitglieder hauptverantwortlich für die Entwicklung des Atomprogramms, das von Interessen der Großindustrie, des Militärs und reaktionärer Politiker bestimmt wurde. (Ende des 1. Teils)

(Teil 2 dieses Artikels erscheint in RadiAktiv Nr. 5, 1985:

Kapitel VI. Das Atomgesetz und die Verzögerungstaktik Franz Josef Strauß'; Kapitel VII. Braune Kumpanei: Niederlande, Argentinien, Brasilien, Südafrika)

Verwendete Literatur:

(1) Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975, rororo 7756
(2) Atomexpress
(3) Autonomie 4/5, Hamburg 1980
(4) D. Irving, Der Traum von der deutschen Atombombe, rororo 1969
(5) Winnacker/Wirtz, Das unverstandene Wunder Kernenergie in Deutschland, Econ Verlag 1975
(6) Robert Jungk, Heller als tausend Sonnen (Erstveröffentlichung 1956), Reinbek 1964
(7) Bernt Engelmann, Das neue Schwarzbuch Franz Josef Strauß, Köln 1980

Gründungsmitglieder der Deutschen Atomkommission:

Franz Josef Strauß: Vorsitzender

Prof. Dr. Otto Hahn: Stellvertreter

Dr. Herrmann Abs: Deutsche Bank (vor 1945 Wehrwirtschaftsführer)

Dr. Hans Boden: AEG (vor 1945 Beauftragter der Faschisten für Wirtschaftsfragen in Ungarn)

Dr. Knott: Siemens AG (vor 1945 Wehrwirtschaftsführer und Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke)

Dr. Herrmann Reusch: Gute Hoffnungs Hütte AG (vor 1945 Generalbevollmächtigter für Wirtschaftsfragen im besetzten Jugoslawien und Griechenland)

Prof. Heisenberg: Max-Planck-Institut für Physik

Prof. Arnold Scheibe: Universität Göttingen (vor 1945 Mitglied der NSDAP, der SA und des Reichskolonialbundes)

Dr. Winkhaus: Mannesmann AG (vor 1945 verantwortlich für den Einsatz von Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie)

Einige weitere Mitglieder der Atomkommission:

Wolfgang Finkelnburg: Generalbevöllmächtigter der Siemens AG (vor 1945: seit 1937 in der NSDAP, von 1940 bis 1942 Gaustellenführer und Dozentenführer an der technischen Universität Darmstadt)

Heinrich Röhrs: Technischer Direktor und Vorstandsmitglied der Howaldtswerke Hamburg (vor 1945: seit 1933 förderndes Mitglied der SS, seit 1937 in der NSDAP, Reichsverbandsredner)

Fürst Otto von Bismarck: Mitglied des Präsidiums des Atomforums (vor 1945: seit 1933 in der NSDAP, ab 1937 Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, ab 1940 Gesandter Hitlers in Rom)

Karl-Heinz Spilker: Interessenvertreter der Farbwerke Hoechst AG (vor 1945: Angehöriger der SS-Division Deutschland, später mit der Ausbildung von SS-Führungsanwärtern beauftragt)

Felix-Alexander Prentzel: Vorstandsvorsitzender der DEGUSSA (vor 1945: Zentralfinanzverwaltung Berlin IG-Farben, Militärverwaltungsoberrat)

Auch in anderen Institutionen der Atomindustrie nisteten sich Altnazis ein, so z. B. **Walter Schnurr** in der Gesellschaft für Kernforschung (GfK. Er war „seit 1934 in der NS-Rüstungsindustrie bei der IG-Farben, im Hauptlabor der Hauptgruppe II, mit der Herstellung von Giftgasen beschäftigt". (2, S. 32 f)

SPENDENAUFRUF
WEGEN ANTI-WAA-SPRÜHPAROLEN IN SCHWANDORF !

Anfang Dezember letzten Jahres wurden in der Innenstadt von Schwandorf mehrere Gebäude mit Anti-WAA-Parolen besprüht.

In diesem Zusammenhang wurden acht Leute von der Polizei festgenommen, die jetzt der Tat verdächtigt werden und gegen die inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet wurde. Es handelt sich um einen Sachschaden zwischen 50-100000 Mark.

Durch Vorbereitung und Führung der Prozesse entstehen eine Menge Unkosten (Rechtsanwälte...). Der Kampf gegen die WAA und ihre Betreiber ist unsre gemeinsame Sache! Wir fordern deshalb alle WAA-Gegner/innen auf, uns finanziell zu unterstützen.

Sollten wir aufgrund von Freisprüchen einen Teil des Geldes wieder zurückkriegen, werden wir damit einen Rechtshilfefonds aufbauen, der Leute unterstützen soll, die im weiteren Verlauf des Anti-WAA-Widerstandes mit dem Gesetz in Konflikt kommen.

Spendenkonto: Bayerische Raiffeisen-Zentralbank
(BLZ 750 600 00), Ludwig Hopfensperger,
Konto-Nummer: 10 524 622.

WIDAG

Wir sind eine leistungsfähige Gruppe im Widerstandsbereich und haben mit unseren Partnergesellschaften in Whyl, Gorleben und Hainburg vorzeigbare Akzente gesetzt.
Für unser neues Projekt Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf suchen wir in Kürze mehrere tausend

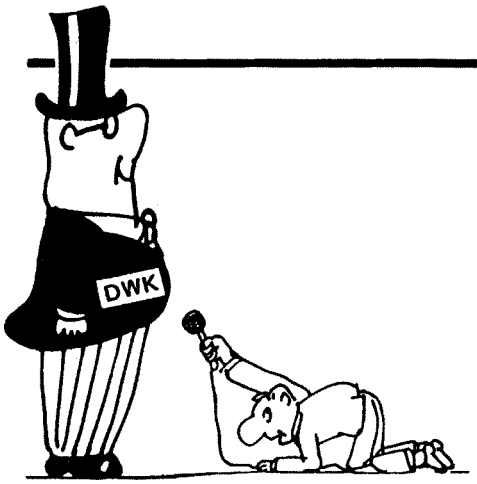
Bauplatzbesetzer/innen

und/oder

Demonstrant/inn/en

Wir erwarten von unseren neuen Mitarbeiter/inn/en nach Möglichkeit einschlägige Erfahrung (nicht Bedingung) sowie Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Beweglichkeit beim Ausbau des Widerstandes gegen die WAA. Sie sollten Ideenreichtum, kollegiales Verhalten, Kontaktfreudigkeit und überdurchschnittliches Engagement mitbringen; darüber hinaus sollten Sie Bereitschaft zum Reisen zeigen.
Wir arbeiten Sie selbstverständlich gründlich ein!
Wir bieten einen interessanten Arbeitsplatz, der Ihnen die Zukunft sichert, dazu erhöhte Lebensqualität und selbständige Arbeit in einem jungen, dynamischen Team.
Sind Sie interessiert? Dann senden Sie uns bitte Ihre aussagekräftige Bewerbung an Chiffre 007 oder kontaktieren Sie uns in unserer Hauptniederlassung DESI, Brückenstraße 23, jeden Montag von 18.30 bis 21.00 Uhr.

Widerstandsarbeitsgemeinschaft



wollen. Desgleichen hat er den Vorschlag, zumindest einen Teil davon an Verfolgte des NS-Regimes zu spenden, abgelehnt.

Radi-Aktiv (RA): Herr Otto, Sie haben den Artikel im letzten RADI-AKTIV gelesen. Waren Ihnen die Fakten über Winnacker schon bekannt?

G. Otto: Zum Teil. Ich wußte, was allgemein bekannt ist, daß er bei IG Farben arbeitete und nach dem Krieg Vorstandsmitglied bei Hoechst wurde.

RA: Wieso wurden Sie ausgewählt?

G. Otto: Weil ich ein Thema, das Thema WAA, den Bürgern nahebringe. Ich lasse jeden zu Wort kommen. Ich bin kein Lobbyist der DWK!

RA: Der Preis wurde vom Deutschen Atomforum – sicher keine neutrale Institution – vergeben.

G. Otto: Aber das ist ja schließlich keine Splittergruppe anarchischer oder anderer Art oder konservativer Prägung – es ist die deutsche Energiewirtschaft Genau gesehen ist es der Staat.

„Ich würde jeden Preis nehmen..."

In der letzten Nummer berichteten wir über die Vergabe des Karl-Winnacker-Preises, den das Deutsche Atomforum zum Abschluß der Jahrestagung Kerntechnik an Redakteur Gerd Otto

der Mittelbayerischen Zeitung, verliehen hatte.

Karl Winnacker, dessen Namen der Preis trägt, war nicht irgendein Wirtschaftsführer, sondern er war

- 1930 Mitbegründer der Harzburger Front
- vor 1945 Leiter der chemischen Abteilung bei IG Farben. IG Farben hat den 2. Weltkrieg mit vorbereitet: „Ohne IG Farben .... wäre es in Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen" (Vorstandsmitglied der IG Farben)
- IG Farben steht in direkter Verbindung mit Auschwitz. KZ-Häftlinge mußten für IG Farben arbeiten – mit dem IG Farben-Gift Zyklon B wurden Millionen in den KZs ermordet
- nach Kriegsende wurde Winnacker Vorstandsmitglied von Hoechst
- in einer „großen Zahl alter Freunde" (Winnacker) setzte er sich für den Reaktorbau ein
- schon 1956 favorisiert er die Wiederaufbereitung
- für Winnacker ist ganz deutlich: „... es gibt kein entweder oder zwischen dem militärischen Einsatz und dem Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie ..."
- konsequenterweise war er auch gegen den Atomwaffensperrvertrag.

Das Leben und die damit verbundene Politik Winnackers können von dem Preis nicht losgelöst werden. Wir hatten deshalb Herrn Otto aufgefordert, den Preis zurückzugeben.

Auf diesem Hintergrund führten wir ein Gespräch mit dem Preisträger Gerd Otto, das wir hier nur kurz, in Auszügen, wiedergeben wollen.

Auf die Frage nach der Höhe des Preises, der nach unseren Informationen mit 25 000 DM dotiert sein soll, Herr Otto herumgedruckst etwas von 4 000 DM erwähnt, das aber wieder relativiert und keine genauen Aussagen machen

RA: Hat sich nach der Lektüre dieses Berichts Ihre Stellung zu dem Preis geändert?

G. Otto: Nein. Was war Winnacker denn: ein erzkonservativer Mann, der das 3. Reich mit vorbereitet hat. Mir ist es ziemlich gleichgültig, wer Winnacker war – außer er wäre ein Symbol für Grausamkeit, Brutalität und Unmenschlichkeit.

RA: Als Chef der Chemieabteilung bei IG Farben, die Zyklon B produzierte und mit seinen klaren Aussagen seit 1930, sind die Ziele Winnackers deutlich geworden. Sie sehen darin keinen Anlaß als deutscher Journalist 40 Jahre danach, sich davon zu distanzieren?

G. Otto: Der Name Winnacker ist kein Programm für mich, zumindest kein so negativ besetztes Programm. Außerdem müssen Sie diese Problematik doch dem Deutschen Atomforum oder Hoechst darlegen, nicht mir.

RA: Dieser Preis steht in der Tradition eines Namens.

G. Otto: Ich habe einen Preis für Presse bekommen. Ich habe ihn nicht **für** etwas bekommen. Es ist auch kein Pro Preis. Daß er Winnacker-Preis heißt, ist mir egal. Wenn Sie einen Preis hätten, hätte ich ihn auch genommen.

RA: Sie haben den Preis für Ihre Berichterstattung bekommen. Wie sehen Sie die Aufgabe der Presse heute zu dem Problem des 3. Reichs?

G. Otto: Ich bin auch dafür, daß nicht alles, was zwischen 33 und 45 war, vergessen werden darf. Nur hat es nichts mit dem Thema zu tun. Winnacker saß nicht auf der Bank der Kriegsverbrecher, sondern hatte Funktionen und Ehrenämter.

RA: Deswegen ist er aber noch kein Ehrenmann und es werden heute in seinem Namen Preise vergeben . . .

G. Otto: Aber das hat doch mit mir nichts zu tun.

RA: . . . und angenommen

G. Otto: Ich finde es ungerecht, daß Sie sich an mich wenden. Ich glaube, Sie verwechseln hier etwas. Es geht um einen Journalisten-Preis. Für uns Journalisten ist Neutralität eine Tugend, eine Eigenschaft.

RA: Und der will die WAA. Bei Durchsicht Ihrer Artikel ist uns dennoch aufgefallen, daß die Argumente der DWK sehr viel mehr Raum einnehmen als kritische Beiträge. Haben Sie eine besondere Verbindung zur DWK?

G. Otto: Was heißt besondere Verbindung – jeder Redakteur macht eigentlich alles. Ich will aber nicht verheimlichen, ich bin eher pro . . .

Wir drucken dieses Gespräch ab, nicht um die persönliche Haltung Herrn Ottos darzustellen, sondern um aufzuzeigen, wie nachlässig die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangen, ihren Zielen und Positionen, auch jetzt von Teilen der Presse noch betrieben wird. In den Beiträgen zur Alternativkonferenz zum Atomwaffensperrvertrag und zu den Anfängen des Atomprogramms wird deutlich, daß viele dieser Ziele gerade im Bereich der sog. zivilen Atomforschung noch unverändert verfolgt wurden.

Einsatz von Atomwaffen ist durch Genfer Protokolle nicht untersagt !

Bonn (dpa). Ein Angriff mit Atomwaffen, der nicht begrenzt werden kann und deshalb hohe Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert, wird nach Ansicht der Bundesregierung nicht durch die Zusatzprotokolle zum Genfer Rotkreuz-Abkommen untersagt. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bekräftigte am Montag während einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, daß die Bundesregierung bestimmte Vorschriften des Abkommens für Nuklearwaffen nicht als bindend ansehe. Diese Zusatzprotokolle wurden vom Bundestag noch nicht ratifiziert.

·MZ· 25.SEPT.

2. Rodungstag:
Gewaltfreie Behinderungsaktionen gegen Rodungsarbeiten am WAA-Gelände
Treffpunkt: 9.00 Kölbldorf

Atomkraftgegner beenden laufende Ohu-2-Prozesse

Landshuter Bürgerforum und Franziska Beck brechen Rechtsstreit ab – Neue Widerstandsformen und -ziele – Bayernwerk und KWU tragen Kosten

Landshut (lw) – Nach fast genau dreijährigem Rechtsstreit gegen das bei Landshut in Bau befindliche dritte Atomkraftwerk „Ohu 2" haben sich das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke und die Klägerin, Franziska Beck, aufgrund der geänderten Prozeßlage und einer nüchternen Einschätzung der zu erwartenden Kosten entschlossen, die drei laufenden Gerichtsverfahren als aussichtslos abzubrechen und einen Kostenvergleich zu schließen.

Diese Einschätzung beruht auf folgendeh Tatsachen, die bei der teilweise turbulenten Mitgliederversammlung am Montag zur Sprache kamen:

1. Seit der im Januar '83 von den Atomkraftgegnern vor dem Verwaltungsgericht Regensburg voll gewonnenen Klage mit Baustoppfolge ist in zweiter Instanz der „Atomsenat" des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) München mit dem Verfahren gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung befaßt. Derselbe Senat hatte vorher sowohl die Prozesse gegen das AKW Grafenrheinfeld als auch gegen das Ohu-1-Kompaktlager für radioaktive Brennstäbe über Jahre verschleppt und schließlich voll zugunsten der Atomindustrie geurteilt.

Zwar hoben die VGH-Richter den Regensburger Baustopp in ungewohnter Zackigkeit schon nach zehn Wochen wieder auf. Doch bis zur Klageverhandlung im Mai '85 ließen sie über ein Jahr verstreichen. (Inzwischen näherte sich der Ohu-2-Rohbau im Eiltempo seiner Fertigstellung!) Bei dieser Verhandlung ging es um die schwerwiegenden Sicherheits- und Unfallrisiken des Reaktor-Konzepts und um die Zuziehung von Sachverständigen. Erst im August '85 stellte sich endgültig heraus, daß die von der Klägerseite benannten **unabhängigen Sachverständigen** zu diesen Streitfragen **nicht aussagebereit** waren. Nur die von der Atomindustrie benannten und ihr treu verbundenen Gutachter blieben für die im Oktober/November '85 geplante abschließende Gerichtsverhandlung übrig. Deshalb stellte sich für Rechtsanwalt Siegfried de Witt (Freiburg), die Klägerin und den Vorstand des Bürgerforums das weitere Verfolgen dieses VGH-Verfahrens nur noch als aussichtslose, unsinnige Kraft- und Geldverschleuderung dar.

2. Gegen die schnelle Baustopp-Aufhebung durch den VGH München läuft seit Ende '84 eine **Verfassungsbeschwerde** beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Vor kurzem erfuhr Anwalt de Witt in einem Telefonat mit dem Bundesverfassungsgericht, daß über diese Beschwerde **frühestens im Laufe des Jahres 1986 entschieden** werde. Damit war klar, daß der VGH München noch vor dem Bundesverfassungsgericht urteilen und damit der Verfassungsbeschwerde den Boden entziehen würde.

3. Die beim Verwaltungsgericht Regensburg anhängige **Klage gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung** hätte durchaus gewisse Erfolgschancen, würde jedoch in jedem Fall wieder vor dem bisher so atomkraftfreundlichen Senat des Münchner Verwaltungsgerichtshof enden – mit voraussagbarem Ergebnis (vgl. Punkt 1).

Klagte zusammen mit dem Bürgerforum 3 Jahre lang: Franziska Beck aus Griesenbach. tz/Foto: Archiv

4. Diese drei aus jetziger Sicht aussichtslosen Gerichtsverfahren bis zum bitteren Ende durchzukämpfen, würde nicht nur die ohnehin fast leere Kasse des „Bürgerforums-Rechtshilfefonds gegen Ohu 2" und die Klägerin ruinös überfordern, sondern auch die persönliche Energie vieler aktiver Atomkraftgegner binden und damit von anderen Widerstandsmöglichkeiten gegen Ohu 2 und andere gefährliche Atomprojekte abhalten.

5. Das mit Sicherheit zu erwartende atomkraftfreundliche **Urteil** des VGH München wäre eine gewichtige **negative Festschreibung** der Rechtsprechung gegen die gesamte Anti-Atomkraft-Bewegung. Beim jetzigen Verfahrensabbruch dagegen behält das positive Urteil des Regensburger Verwaltungsgerichts sein hohes rechtliches und politisches Gewicht.

6. Der **Ausstieg** aus den jetzt laufenden Gerichtsverfahren **blockiert keine wesentliche juristische Möglichkeit** für die Zukunft. So kann etwa gegen wichtige Konzeptänderungen oder gegen die Betriebsgenehmigung von Ohu 2 jederzeit geklagt werden, z.B. wenn sich die Hinweise auf die zu hohe Strahlenvorbelastung der Anwohner durch Ohu 1 bestätigen.

7. Mit den bescheidenen finanziellen Möglichkeiten einer einzelner Klägerin und einer Bürgerinitiative wurde **das Bestmögliche erreicht**: seit Jahren wieder der erste AKW-Baustopp und ein bundesweites Negativ-Image für die Atomindustrie. Mit einer personellen und finanziellen Unterstützung durch die Stadt Landshut, die vom vorgeblichen Atomkraftgegner Oberbürgermeister Deimer jedoch massiv verhindert wurde, wäre sicher eine breiter angelegte Prozeßführung und vielleicht sogar eine Prozeßweiterführung möglich gewesen.

Vergleichsangebot

Schon im April dieses Jahres – also vor der wichtigen Münchner VGH-Verhandlung – wurde dem Anwalt der Klägerin im Auftrag der Prozeßbeteiligten Bayernwerk (Ohu-2-Hauptbetreiber) und KWU-Siemens (Ohu-2-Hersteller) durch einen Düsseldorfer Anwalt die Erstattung aller Kosten und Auslagen aus den laufenden Gerichtsverfahren angeboten, falls diese Gerichtsverfahren gegen Ohu 2 beendet würden. Wegen der damals noch offenen Prozeßlage in München und Karlsruhe wurde diese Offerte damals nicht in Betracht gezogen. Nach gründlicher Abwägung des Für und Wider bei den inzwischen massiv verschlechterten Erfolgschancen wurden sich der Vorstand des Bürgerforums, die Klägerin und Anwalt de Witt jedoch darin einig, daß es für die langfristige Arbeit gegen Atomkraft und Plutoniumwirtschaft vernünftiger ist, jetzt unter Kostenerstattung durch den Gegner freiwillig auszusteigen, als später unter ruinösen zusätzlichen Kosten zum Ausstieg gezwungen zu werden.

Kostenerstattung

Zwischen den Anwälten wurde deshalb ein Kostenvergleich vereinbart, nach dem Bayernwerk und KWU-Siemens sämtliche Kosten der Klägerseite (ausschließlich 50 Prozent der relativ geringen Gerichtsgebühren) erstatten und alle Kosten der Beklagtenseite (also auch des Freistaates Bayern und der Stadt München) übernehmen. Im Gegenzug wurden die beiden Klagen und die Verfassungsbeschwerde am 26.8.'85 zurückgenommen. Mit der Erstattungssumme werden ausschließlich die für diese Verfahren bereits bezahlten und noch ausstehenden Kosten und Auslagen der Klägerseite ersetzt. Damit steht der vom Bürgerforum-Rechtshilfefonds für Prozeßkosten ausgegebene Spendenbetrag wieder voll für Widerstandsaktionen zur Verfügung.

Der Widerstand geht weiter

Der Vorstand und die hierzu für Montag eigens einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung des Bürgerforums haben beschlossen, diesen Betrag satzungsgemäß für folgende geplante Maßnahmen gegen Atomkraft- und Plutoniumwirtschaft einzusetzen:

1. Für eine radioaktive Umgebungsüberwachung der Atomanlagen von Ohu und Niederaichbach.
2. Für Aktionen und gerichtliche Schritte gegen eine eventuelle Betriebsgenehmigung für Ohu 2 und das Abrißprojekt AKW Niederaichbach und
3. für die Unterstützung des Prozeß- und Rechtshilfefonds gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Schwandorf Wackersdorf.

Damit werde erreicht, daß die Atombetreiber die Kosten des Widerstands gegen ihre atomaren Wahnsinnsprojekte indirekt selbst mittragen.

Fazit: der Widerstand geht weiter.

Terminkalender

5./6. Oktober:
WAA-Hearing in München

Bei Rodungsbeginn am Bauplatz:

12. Oktober:
Großdemonstration in München

Bei Rodungsbeginn am Bauplatz

13. November:
Dezentraler Frauenaktionstag

Bei Rodungsbeginn am Bauplatz

14./15. Dezember
Atommüllkonferenz in Trebel (Lkr. Lüchow-Dannenberg)

An alle Frauen

Aufruf zum bundesweiten dezentralen Frauenaktionstag am 13. 11. 1985 während der Informationswoche der Friedensbewegung vom 10. - 16. 11. 1985

Wir werden auch in der Friedens-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung vertreten, daß Frauenerwerbslosigkeit, Gewalt gegen Frauen, die Durchsetzung neuer Technologien und die herrschende Entwicklungspolitik nicht nur von Frauengruppen kritisiert und bekämpft werden, sondern daß sich Friedens-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung für eine andere Frauenpolitik einzusetzen haben, die alle gesellschaftspolistischen Bereiche angeht.

Der Frauenaktionstag ist zu nutzen, um Männerstrukturen in der Friedens-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung anzusprechen, Zusammenhänge zwischen Gewalt gegen Frauen, die sozialen Situationen der Mehrheit der Frauen in der sog. 1. und 3. Welt und die zunehmende Umweltzerstörung und Kriegsvorbereitung zu thematisieren.

Frauen für Frieden, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Initiative Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein, Frauen gegen WAA etc., versuchen, die Kommunikation und Zusammenarbeit von verschiedenen Frauengruppen für den 13. 11. 1985 zu unterstützen und zu koordinieren.

Geplant sind bundesweite dezentrale Aktionen (z. B. vor Arbeitsämtern, Forschungsinstituten, Atomfabriken oder -waffenlager etc.), Informationsveranstaltungen, Infotische, gemeinsame Presseerklärungen und sonstiges, was den verschiedenen Frauengruppen einfällt.

Bitte schickt Eure Aktionspläne an:

Anstiftung der Frauen für Frieden
c/o Eva Quistrop
Nassanischestr. 53
1000 Berlin 31

bzw. unterstützt die Aktionen am 13. 11. 1985 vor Ort, z. B.
Frauen gegen WAA, Wackersdorf
c/o 8467 Uckersdorf 7
Tel. 09675/557

DOKUMENTATION

Bekennerbrief der „RAF-SÜD"

Mohrenkopfbombe

Die in Wackersdorf benutzte Bombe — vor der Explosion. *Foto: ap*

Die RAF-Süd aus dem Anti-WAA-Widerstand Wackersdorf bekennt sich zu dem gewalttätigen Anschlag auf das WAA-Gelände mit einer Mohrenkopfbombe. Dieser Anschlag ist als Warnung zu verstehen. Sollte sie nicht ernstgenommen und auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage nicht verzichtet werden, ist mit weiteren „gewalttätigen Ausschreitungen" (Pressezitat) zu rechnen.
Unsere Waffenarsenale sind randvoll von gefährlichem Kriegsgerät. Unsre zahlreichen Brigaden aus Gummibärensoldaten sind in harter militärischer Ausbildung strategisch geschult. Sie sind in der Lage, unsere Marzipan-Mittelstrecken-Raketen, Nougat-Missiles, Schokogranaten und Mehrfach-Mohren-Sprengköpfe mit äußerster Präzision zu bedienen und damit eine teuflische Kriegsmaschinerie in Gang zu setzen.

Trotz alledem:

Nix WAA, weg mit dem Atomprogramm, es lebe die zügellose Gewalt der Energiebällchen, auf nach München am 12.10. 85 und zur Besetzung des Baugeländes bei Rodungsbeginn

Radio — Aktiver — Fortschritt — Strahle — Über — Deutschland (RAF-SÜD) Abteilung BKA

„TAZ" 4. SEPT. '85

Wo bleibt die Sondernummer Radi Aktiv?

In der letzten Ausgabe hatten wir noch für die Zeit vor der Großdemo am 12. 10. eine Sondernummer angekündigt, deren Inhalt grundlegende Informationen zu allen Aspekten der WAA sein sollte. Diese Sondernummer sollte möglichst viele Leute erreichen – deswegen planten wir, durch eine Großauflage den Preis auf 1 DM drücken zu können.

Entstanden war die Idee für dieses Vorhaben auf Anregung und in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitskreis Energie der Grünen/Bayern, der für eine grundlegende WAA-Broschüre Geld zur Verfügung gestellt hatte. Nur durch die Zusammenarbeit wäre für beide Seiten die Großauflage zu diesem Preis möglich gewesen. Es hatten auch schon verschiedene Treffen stattgefunden, in denen wir zum Teil gemeinsam die Inhalte diskutierten und festgelegt hatten, als der Bundeshauptausschuß der Grünen im Juli beschloß, eine derartige Broschüre bundesweit zu vertreiben. Nachdem was wir allerdings erst jetzt erfuhren, nur ein Teil des LAK Energie die Zusammenarbeit mit Radi-Aktiv begrüßte, einigte man sich darauf, von der schon konzipierten bayerischen Broschüre (als Sondernummer unter dem Namen Radi-Aktiv geplant) für den bundesweiten Bedarf 10 000 Stück aufzulegen – als grüne Broschüre. Dadurch war für uns die Möglichkeit einer billigen Sondernummer nicht mehr gegeben und der verbleibende Vorschlag des LAK Energie, daneben halt noch einige Tausend mit einem eigenen Deckblatt als Radi-Aktiv aufzulegen, erschien uns als nicht vertretbar.

Wir bedauern sehr, daß unsere gemeinsame Arbeit unter diesen Voraussetzungen beendet wurde und die Sondernummer ausfallen muß. Die Broschüre der Grünen ist noch nicht fertiggestellt.

Kann die Anti-WAA-Bewegung mit ihrer bisherigen Politik erfolgreich sein?

Wir befürchten nein, denn wir glauben, daß in der Anti-WAA-Bewegung entscheidende Fehler gemacht werden.

Dazu möchten wir einige Thesen zur Diskussion stellen.

These 1

Die meisten WAA-Gegner sind sich nicht bewußt, welche Motive die Herrschenden zum Bau einer Plutoniumfabrik bewegen.

Zwar wird von breiten Teilen inzwischen erkannt, daß wegen der Unwirtschaftlichkeit der WAA der Bau rational nur mit der Atombombenproduktion erklärt werden kann, aber es wird anscheinend nicht weiter darüber nachgedacht, wozu der BRD-Staat diese Atombomben braucht.

Der Besitz von Atomwaffen gäbe der BRD endlich das militärische Gewicht, das sie ökonomisch längst inne hat (die stärkste konventionelle Armee Europas hat sie schon jetzt).

In Friedenszeiten kann man mit dem Besitz von Atomwaffen die Ausplünderung der Dritten Welt besser durchsetzen, den Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber weitaus selbstbewußter und aggressiver auftreten und seinen Einfluß in EG und NATO noch erheblich vergrößern.

Von den Herrschenden der NATO-Staaten wird aber offensichtlich ein Krieg zur Eroberung neuer Märkte im Osten nicht mehr ausgeschlossen und entsprechend vorbereitet. Für diesen Fall bietet der Besitz von eigenen Atomwaffen weitaus bessere Möglichkeiten, Kriegsverlauf und Nachkriegsordnung in seinem Sinn mitzugestalten.

Offensichtlich erwartet man, in nächster Zeit den Besitz eigener Atomwaffen politisch durchsetzen zu können; technisch ist man mit der WAA gerüstet.

These 2

Wenn in der Anti-WAA-Bewegung der Zweck der WAA als Bombenfabrik zwar diskutiert wird, aber die systembedingten Gründe für die Atomrüstung nicht erkannt werden, so liegt dies in einer falschen, positiven Einschätzung dieses Systems begründet.

Deshalb versucht man auch, den Staat auf „Fehler" aufmerksam zu machen, damit er diese erkennt und abstellt.

Grundposition ist dabei, daß der Staat die Interessen der Bürger wahrnimmt: dem geht's aber nur darum, die Profite für das Kapital zu sichern. Deshalb wird unserer Ansicht nach unvollständig gegen die WAA argumentiert.

a) Es ist natürlich nicht richtig, daß das Problem der Endlagerung durch die WAA beseitigt wird, und es ist auch richtig, dies als WAA-Gegner aufzuzeigen.

Die Anti-WAA-Bewegung muß aber auch aufzeigen, daß dies den Betreibern sehr wohl bewußt ist. Deshalb bringt es nichts, den Staat darüber „aufzuklären", sondern wir müssen aufzeigen, warum die WAA trotzdem gebaut wird. Die Gründe sind bekannt.

b) Genauso ist es richtig, aufzuzeigen, daß die Energiegewinnung aus AKWs erheblich teurer ist als mit anderen Energieträgern und durch die WAA nochmals verteuert wird.

Man braucht die Betreiber allerdings nicht auf den „ökonomischen Unsinn" aufmerksam zu machen, sondern unsere Aufgabe ist es, die Bevölkerung über den Sinn des Atomprogramms aufzuklären.

Der Sinn des Atomprogramms war von Anfang an auch der, die Atombombe herzustellen (wenn man früher wohl auch glaubte, dieses Programm auch zivil sinnvoll nutzen zu können).

Die Stromproduktion ist derzeit nur noch willkommenes Nebenprodukt, um die Bevölkerung die Kosten für die Bombenentwicklung über den Strompreis bezahlen zu lassen. Der Griff nach der Bombe kann so getarnt werden.

Mit AKWs hat man natürlich eine zusätzliche Alternative der Energieversorgung; man ist unabhängiger von der Ölversorgung, kann erfolgreich Rohstoffpreise drücken.

c) „Der Bau der WAA und die Sicherung der Atomtransporte wird einen Ausbau des Polizeiapparates und eine stärkere Überwachung der Bevölkerung zur Folge haben."

Dies als Argument dem Staat gegenüber zu gebrauchen, doch deswegen den WAA-Bau zu stoppen, heißt die Augen verschließen vor dem Ausbau des staatlichen Gewaltapparates auch unabhängig von der WAA. Atombombenbau und Aggression gegen den Osten machen es notwendig, Ruhe und Ordnung im Inneren herzustellen.

d) Die WAA-Gegner kritisieren, daß mit dem Bau der WAA wenig Arbeitsplätze geschaffen werden. Das stimmt.

Aber wäre es ein Grund, für die WAA zu sein, wenn dort mehr Arbeitsplätze geschaffen würden? Könnte man dann die Gefährlichkeit der WAA in Kauf nehmen? Wären wir dann für den Bau einer deutschen Atombombe?

Die Forderung nach Arbeitsplätzen unterstellt, daß es Staat und DWK darum ginge, Leute zu beschäftigen. Deren Motiv ist einzig und allein der Profit. Wir sollten in unserer Argumentation vielmehr versuchen aufzuzeigen, in welcher Situation wir uns befinden. Wir werden vor die Wahl gestellt, arbeitslos zu werden, was unter den herrschenden Bedingungen bedeutet, ein elendes Leben zu fristen, oder in der Bombenfabrik Krankheit und Tod in Kauf zu nehmen und letztendlich an unserer eigenen Vernichtung mitzuarbeiten.

Das sollte unser Ansatzpunkt sein. Nicht um Arbeitsplätze, um unsere Ausbeutung für den Profit des Kapitals zu betteln, sondern ein System, das uns vor solche Alternativen stellt, radikal in Frage zu stellen und zu bekämpfen.

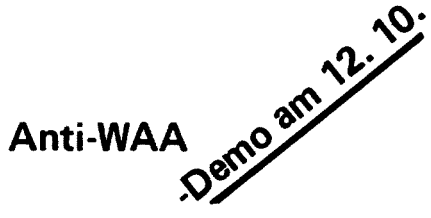
These 3

Die Gewaltdiskussion und die daraus resultierende Spaltung der Anti-WAA-Bewegung ist eine notwendige Folge der falschen Einschätzung der Motive für den WAA-Bau und des Charakters dieses Staats.

Wer glaubt, der WAA-Bau sei ein Auswuchs in einem Staat, mit dem er prinzipiell schon einverstanden sei, wird sich an die staatlich vorgegebenen Regeln halten bzw. Politiker durch seine Friedfertigkeit von der Redlichkeit seines Anliegens überzeugen wollen.

Das Prinzip der Gewaltfreiheit und die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols sind Bedingungen, die der Staat andie Bewegung stellt, und die es ihm erlauben, ungehindert seine Ziele zu verwirklichen.

Initiative Kein Frieden mit der Nato —Raus aus der Nato! Regensburg



Hinweis für alle Schul-Pädagogen !

WAA IM UNTERRICHT

Der Bezirksverband Oberpfalz der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat für die Fächer:

Biologie	
Chemie	Musik
Deutsch	Physik
Englisch	Religionslehre
Erdkunde	Sozialkunde
Mathematik	Wirtschaftslehre

Unterrichtseinheiten für alle Schulstufen zum Thema WAA erstellt.

Diese Unterrichtseinheiten sind im Juni '85 als Sammelband im Kartenhausverlag Regensburg erschienen. Es ist das erste Lehrbuch zur WAA-Thematik, das nicht nur Materialien zu diesem Thema enthält, sondern **fertig** ausgearbeitete Unterrichtseinheiten anbietet, die **direkt** im Unterricht eingesetzt werden können!

Umfang: ca. 200 Seiten, DIN A 4, Arbeitsblätter, Folien.
Selbstkostenpreis: 12,– DM

GEW

Bestellungen an:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bezirksverband Oberpfalz, Richard-Wagner Str. 2, 8400 Regensburg, durch Vorüberweisung von DM 14,50 incl. Porto + Verpackung auf das Konto: 1 006 105 101, BLZ 75 010 111, bei der Bank für Gemeinwirtschaft Regensburg.

Matthias Küntzel

Atomwaffensperrvertrag und nukleare Optionen der Bundesrepublik

323

Blätter für deutsche und internationale Politik
Politische Monatszeitschrift 30. Jahrgang

Sonderdruck Nr. 323 aus Heft 8/1985

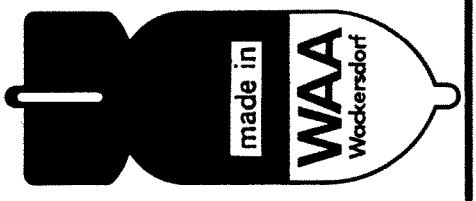
Bestelladresse:
Atommüllzeitung
Sültenweg 57
2120 Lüneburg

Radi Aktiv – abonnieren

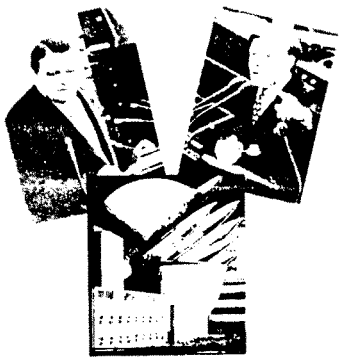
Anti-WAA-Büro
8460 Schwandorf

Postfach 1145
Tel. 09431/20759

Diese Aufkleber (rot/schwarz auf gelbem Grund) sind für 1 DM/Stück erhältlich.
– BIWAK
Spiegelgasse 9
8400 Regensburg



Der Griff zur Bombe



Westdeutsche Plutoniumpolitik 1954 - 1984

Herausgeber: KB Lüneburg
Bestelladresse: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2 000 Hamburg 19
Tel.: 040/435320
Preis: 4.00 DM, ab 10 Ex. 3.50 DM.
Konto: PSCH-Amt Hamburg, Nr. 27175 - 203

Anti-WAA-Büro
8460 Schwandorf
Postfach 1145
Tel. 09431/20759

Aufruhr — Widerstand
"Es gibt kein ruhiges Hinterland"
Aktuelles ideo zur Bauplatzbesetzung und räumung am baugelände der geplanten WAA in Schwandorf in der letzten woche.
17 minuten, ausleihgebühr 35,- DM
Zu beziehen bei uns:
Medienwerkstatt Franken, Bleichstr. 12 a
85 Nürnberg, ☎ 0911-28 80 13

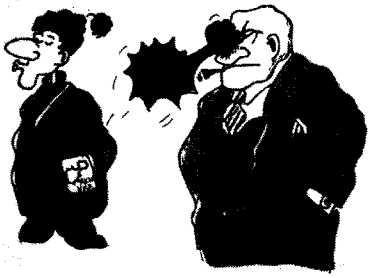
AStA-Öko-Referat:

„Wenn's hoch geht is halt alles ex!"

Die Cassette gegen die WAA

---

atom



– Schwerpunkte –

- **Spudok – Fahndung im Wendland**
- **Konferenzbericht**
- **Frauen im Widerstand**
- **Aktuelle Energiedaten 1985**

AtomExpress/atommüllzeitung erscheint alle zwei Monate, kostet 4.- Mark (Doppelnummer 5.-) und sollte unbedingt abonniert werden.

Bestelladressen:
Atom Express,
Postfach 1945, 3400 Göttingen
und
atommüllzeitung,
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.

Gegen Einsendung von 4.- Mark (für Doppelnummer 5.-) in Briefmarken schicken wir gerne und prompt ein Probeexemplar zu.

Anti-WAA-Adressen

Nur kurz zur Erläuterung: Falls bei einer BI mehrere Adressen stehen, ist d
1.Adresse als Versandadresse bei uns im Verteiler. Die anderen Namen haben
wir nur angegeben, damit mensch sich bei eventueller Abwesenheit der Kontak
person doch noch an einen kompetenten Menschen der BI wenden kann.

Und falls sich irgendwelche Adressen geändert haben bzw. neu aufgenommen we
den sollen, gebt uns bitte möglichst schnell bescheid.

	BN Wiesenfelden
Bund Naturschutz	Postfach 40
	8441 Wiesenfelden
	09966-777
ALTDORF	Lisa Eha
BI Altdorf	Neumarkterstr. 41
	8503 Altdorf
	09187/87 76
AMBERG	Helmut Wilhelm
BI Amberg	Langangerweg 42
	8450 Amberg
	09621/61 279
AUGSBURG	c/o Jörg Westerhoff
Aktion	Burgfriedenstr. 10
Umweltschutz e.V.	8900 Augsburg
	0821/51 60 04
AUGSBURG	c/o Carl v. Audrian
Weltbund zum Schutze	Nesselwangerstr. 12
des Lebens (WSL),LV	8900 Augsburg
	0821/65 961
AUGSBURG	c/o Marion Rieß
BI gegen Atomanlagen	Kemptenerstr. 22
	8901 Königsbrunn
	08231-7152
BAMBERG	Christian Mose
B I G A	Pestalozzistraße 5
	8600 Bamberg
	0951/47 182
BAMBERG	Hubert Sachs
B I G A	Grünhundsbrunnen 3
	8600 Bamberg
BAMBERG	Dr.Ludwig Trautmann-Popp
Bund Naturschutz	Obere Sandstr. 7
Bamberg	8600 Bamberg
	0951/53444
CHAM	Martin Heubeck
BI Cham	Mainzingerweg 5a
	8491 Runding
	09944-15 67
COBURG	Werner Michel
Die Grünen	Nicolaus Zech Str.66
	8630 Coburg
	09561-36794
COBURG	
Friedensbüro	Mohrenstr. 3
	8630 Coburg
COBURG	c/o Michael Selle
BI Coburg	Bahnhofstr.6
	8630 Coburg
DONAUWÖRTH	Dr. Jochen Meyer
Schutzgem.Donauwörth	Birkenweg 2
Stdort.Pfaffenhofen	8851 Buttenwiesen
ECKENTAL	Manfred Bachmayer
Die Grünen	Hallerstr.15
	8501 Eckental
	09126-91 26j
ERLANGEN	Matthias Schilling
Anti-WAA-Gruppe Er-	Bismarckstr. 25
langen	8520 Erlangen
	09131/22 66 0
ERLANGEN	Stefan Pahde
Gruppe gegen Atomanl-	Leipziger Str. 3
agen	8520 Erlangen
	09131/67 069
ERLANGEN	BN Erlangen
Bund Naturschutz	Holmstr.1
Kreisgruppe Erl.	8520 Erlangen
FORCHHEIM	c/o Peter Mraz
Grün-Alternative	Boldwitzer Str. 20
Liste Forchheim	8524 Neunkirchen/Brand
	09134/50 17
FREILASSING	Die Grünen Freilassingg
Die Grünen 36 L	Breslauerstr. 13
KV Freilassing	8228 Freilassing
GRÜNE	
Die Grünen Nürnberg	Karl-Bräger-Str. 32
	8500 Nürnberg 40
	0911/45 39 84
GRÜNE	Dorothea Wieczorek
AK Energie	Seutzstr. 4
der Grünen	8000 München
	089/27 17 514
GRÜNE	Alfred Körblein
AK Energie	Engelhardstr. 4
der Grünen	8000 München 70
GRÜNE	
KO-Ausschuß	Kolbeusaustraße 6
der Grünen	8000 München 5
	089/26 60 68
HILPOLTSTEIN	Robert Bauer
	Nibelungenstr.4
	8543 Hilpoltstein
	09174-90 85
INGOLSTADT	Horst Felgner
Grünes Büro	Tränktorstr.8 II.
Ingolstadt	8070 Ingolstadt
	0841-33 703
KALLMÜNZ	Karl Hemmer
BI Kallmünz	Galgenberg 5
	8411 Kallmünz
	09473/10 51
KULMBACH/	Regionalbüro Oberfranken
Die Grünen Regional-	Obere Stadt 27
büro oberfranken	8630 Kulmbach
LANDSHUT	Th. von Taeuffenbach
Bürgerforum Landshut	Damastr. 13
	8300 Landshut
	0871/65 886
LANDSHUT	Gernot Häublein
Bürgerforum Landshut	Bussardstr. 2
	8311 Altfraunhofen
	08705/10 23
LANDSHUT	Sepp Fleck
Bürgerforum Landshut	Am Pfarranger 6
	83oo Hohenegglkofen
	0871/52 351
MITTERTEICH	Franz Kunz
BI Mitterteich	Ernst-Reuter-Str. 7
	8596 Mitterteich
	09633/29 84
MITTERTEICH	Erich Dickert
BI Mitterteich	Königshütte 7
	8596 Leonberg
	09633/757
MÜNCHEN	c/o H.P.Haferkorn
Münchener Initiative	Ieplerstr. 38
gegen Atomkraftwerke	8000 München 70
	089/ 76 28 79
MÜNCHEN	Kurt Neumann
V.U.A. München	Metzstr. 11
	8000 München
	089/48 01 374
MÜNCHEN	H. Steininger
Bund Naturschutz in	Schönfeldstr. 8
Bayern e.V.	8000 München 22
	089/28 43 71
MÜNCHEN	
Landesverband d.kath	Krimhildenstr.14
.Landjugend	8000 München
	089-172560
NEUMARKT	Heinz Metz
BI Neumarkt/	Spengerlerstr. 11
Die Grünen	8500 Nürnberg
	0911/26 08 04
NEUMARKT	Eddie Nowak
BI Neumarkt	Weidenwang 41
	8434 Berching
	09179/5602
NÜRNBERG	Anita Aschenbrenner
N I G A	Keßlerplatz 15
	8500 Nürnberg 20
	0911/55 83 61
NÜRNBERG	Karin Gleixner
BI gegen die WAA	Fürther Str. 6a
	8500 Nürnberg 80
	0911/26 86 89
NÜRNBERG	
Bund Naturschutz	Bauernfeindstr.23
Nordbayern	8500 Nürnberg 50
	0911-86 80 11
OBERVIECHTACH	Fritz Bilkenroth
BI Oberviechtach	Burkhardsberg 1
	8478 Teunz
	09671/12 56
PAPPENHEIM	Volker Schaid
Umweltgruppe Pappenh	Dr.Dr.Bertha-Kipfmüller1
	8834 Pappenheim
	09143-6105
PASSAU	
Verein z. Förderung	Innstr. 8a
d.K.B.j.M.	8390 Passau
	0851/36480
PASSAU	
Die Grünen	Innstr. 8a
KV Passau-Stadt	8390 Passau
	0851/41 119
PEGNITZGRUND	Wolfgang Gröner
BI Pegnitzgrund	
	8561 Eschenbach 71
	09154-85 64
REGENSBURG	BIWAK-Büro
B I W A K	Spiegelgasse 10
	8400 Regensburg
	0941/55 555
REGENSBURG	c/o Olli Scheurer
GRÜNSPAN	Reinhausener Damm 5
	8400 Regensburg
	0941/44 182
REGENSBURG	Dieter Braun
BIWAK	Löweneckstr. 4
	8411 Penk
	09404/2515
REGENSTAUF	1. u. H.-W. Robold
BI Regenstauf	Marktplatz 9
	8413 Regenstauf
	09402/34 08
SCHWABEN	c/o Cl. Rothenstein
Bürgerinitiativen	Quellenweg 7
Schwaben	8871 Burtenbach
	08285/582
SCHWANDORF	c/o Helmut Weihrauch
Ortsgruppe Wackers-	Isserstr. 7
dorf	8464 Wackersdorf
SCHWANDORF	Dieter Kersting
BI gegen die WAA	Kaltersbergstr. 1
Schwandorf/ Vorstand	8460 Schwandorf
	09431/8546
SCHWANDORF	Karlheinz Kargermeier
Ortsgruppe	Rosenstr.19
Schwandorf	8460 Schwandorf-Fronberg
	09431/20 435
SCHWANDORF	Dieter Kirpal
Ortsgruppe Mittenau	Sandweg 2
	8415 Mittenau
	09436/4 53
SCHWANDORF	Brigitte Pabst
Ortsgruppe	Ludwig-Thomastr.15
Städtedreieck	8418 Teublitz
	09471/91 70
SCHWANDORF	Michael Mohr
Ortsgruppe	Waldstr. 3
Schwarzenfeld	8472 Schwarzenfeld
	09435/20 96
SCHWANDORF	Josef Fischer
Ortsgruppe Bruck	Kälbldorf
	8466 Bruck
	09434/13 56
SCHWANDORF	Helmut Ertel
Ortsgruppe Bruck	Silberbergstr. 6
	8466 Bruck
	09434/23 16
SCHWANDORF	Hans Bemmerl
Ortsgruppe Nabburg	Schmidgasse 3
	8470 Nabburg
	09433/62 56
SCHWANDORF	Agnes Dietz
Ortsgruppe Nabburg	Karlsbader Str. 2
	8470 Nabburg
	09433/7 50
SCHWANDORF	Johann Jobst
Ortsgruppe Pfreimd	Fliederweg 9
	8473 Pfreimd
	09606/13 34
SCHWANDORF	Dr. Hans-Werner Heine
Ortsgruppe Pfreimd	Fliederweg 9
	8473 Pfreimd
	09606/13 79
SCHWANDORF	Alois Harrmann
Ortsgruppe	Ufertal 24
Neunburg v.W.	8462 Neunburg v.W.
	09672/12 12
SCHWANDORF	Mechthild Müller
Vertreterin in der	Waldgasse 9
bay. Landeskonferenz	8460 Schwandorf
	09431/20 759
STÄDTEDREIECK	Postfach 1174
Jugendzentrum im	
Städtedreieck	8412 Burglengenfeld
SULZBACH-ROSENBERG	Ingrid Hartl
BI Sulzbach-Rosen-	Adolf-Kolping-Str. 9
berg	8468 Sulzbach-Rosenberg
	09661/25 69
TRAUNSTEIN	c/o Margot Stefula
Die Grünen,KV Traun-	Oberpirach 1
stein	8091 Frabertshaun
	08624/1320
VILSHOFEN	
Bürgerforum	Galgenberg 3
Uawelt e.V.	8358 Vilshofen
WEIDEN	Jost Hess
BI Weiden	Hohenstaufenstr. 99
	8480 Weiden
	0961/27 156

BIs außerhalb Bayerns:

	Christian Unselt
DBV-Jugend	Gut Sunder
Jugendnaturschutzver	3108 Weißendorf
	05056-12 92
LÜCHOW-DANNENBERG	
BI Lüchow-Dannenberg	Drawehnerstr.3
	3130 Lüchow
	05841-4684
BERLIN	Inge Winkelmann
	Blissestr.48
	1000 Berlin 31
BONN	c/o Wolfgang Daniels
Die Grünen	Bundeshaus
	5300 Bonn
	0228-169367
DARMSTADT	Stefan Kohler
öko-Institut	Wittmannstr. 45
Darmstadt	6100 Darmstadt
	06152/66 48 79
DIEMELSTADT	
Anti-Atombüro	Auf dem Ort 10
	3549 Diemelstadt-Wethen
	05694/737
GÖTTINGEN	Bernd Weitmann
Göttinger AK gegen	Herrmann-Föge weg 14a
Atomenergie	3400 Göttingen
HANNOVER	
Gruppe Ökologie Han-	Immengartenstr. 31
nover (GÖK)	3000 Hannover 1
	0511/69 63 130
KARLSRUHE	Umweltzentrum
BUND Mittlerer-	Kronenstr.9
Oberrhein	7500 Karlsruhe 1
	0721-66 14 27
KASSEL	
Umweltzentrum Kassel	Elfbuchenstr. 18
	3500 Kassel
	0561/77 53 07
LÜNEBURG	Sabine Roisch
Atommüllzeitung	Sültenweg 57
	2120 Lüneburg
	04131-45290
MARBURG	c/o KFZ
BI gegen Atomanlagen	Schulstr. 6
Marburg	3550 Marburg
METTINGEN	z.Hd. Müller
BI gegen Atomenergie	Reuterstr. 18
Mettingen	4530 Ibbenbüren
	05451/12 620
MÄRFELDEN	Helga Arnold
BI gegen die Flug-	Wilhelm-Leuschnerstr.50
hafenerweiterung	6082 Märfelden
MÜNSTER	
Umweltzentrum	Scharnhorststr. 57
Münster	4400 Münster
	0251/52 11 12
UNTERELBE	
BUU Holstein	Heimatweg 7
	2087 Bönnigstedt
	040-53 667 21

WER WAA SÄT

WIRD WIDERSTAND ERNTEN!

Collection Labadie Foundation
www.labadie.org
Digitized 2019